

befehlen konnte. In den darauffolgenden Jahren führte die Linke auf Grund einer Reihe von sehr kostspieligen Militärexpeditionen eine äußerst undemokratische Steuerpolitik, die einen Sturm der Entrüstung in der Bevölkerung hervorrief. Als das Land darauf vor den Neuwahlen zum Folkething stand, entschloß sich die Partei zu einem Schachzug, der sie über die entstandenen Schwierigkeiten bringen sollte.

Am Oktober 1912 unterbreitete die Regierung dem Reichstag einen Gesetzentwurf über Veränderung der Verfassung, übereinstimmend mit dem Programm der Linken, nach dem das allgemeine und gleiche Wahlrecht eingeführt und das privilegierte Wahlrecht aufgehoben werden sollte.

Die Partei forderte die übrigen demokratischen Parteien auf, diesem Gesetzentwurf ihre Unterstützung zu geben. Da nun die weitergehenden Forderungen der Sozialdemokratie nicht durchgeföhrt werden konnten, wogegen eine Zusammenarbeit aller demokratischen Parteien notwendig war, um dieses Gesetz zum Durchbruch zu bringen, gab sowohl die Sozialdemokratie wie die radikale Linke ihre Zustimmung zu der Sache.

Die Konservativen bekämpften selbstredend den Entwurf, während auf der anderen Seite in der Bevölkerung auf Grund der vorhergehenden Tätigkeit der Regierung ein starkes Mißtrauen gegen die Linke vorherrschend war.

Die Regierung beschloß, die Sache den Wählern zu unterbreiten, und bei den Folkethingswahlen am 20. Mai 1913 standen also alle drei Parteien, die Linke, die Radikalen und die Sozialdemokratie, jede mit ihren eigenen Kandidaten, aber alle mit der Zustimmung zu dem Gesetzentwurf der Regierung. Das Wahlergebnis ergab, daß die Linke auf 44 Mandate zurückging, während die Sozialdemokratie 32 und die radikale Linke 31 Mandate erhielt. Die Konservativen gingen von 14 auf 7 Mandate zurück.

Die Sozialdemokratie strebte selbstredend dahin, eine Majorität zu wählen, die sicher und fest auf der Basis des allgemeinen Wahlrechts stand, und das Resultat zeigte, daß die Mehrzahl der Wähler nicht unbedingt Vertrauen zu der Linken hatte. Aber trotz allem, was bisher geschehen war, zeigte es sich auch, daß der Bauernstand dem allgemeinen Wahlrecht gegenüber an seinen Jugendidealen festhielt. Während die Bauern auf vielen Gebieten konservativer geworden sind, zeigten sowohl diese Wahlen wie die nachfolgenden Erntewahlen, daß in dieser Sache der Wunsch lebendig war, eine Lösung herbeizuföhren.

Die von der Partei der Linken erlittenen Verluste hatten nun zur Folge, daß sich dieselbe von der Regierung zurückzog, indem sie aber doch erklärte, auch fernert an dem Gesetzentwurf weiterarbeiten zu wollen. Der Führer der Sozialdemokratie, als der nächstgrößten Fraktion im Folkething, wurde zum König gerufen und ihm die Bildung der Regierung — eventuell in Verbindung mit der radikalen Linken — angeboten, aber man weigerte sich, dieses Ersuchen zu erfüllen, und zwar unter Hinweis darauf, daß zur Lösung der Verfassungsfrage eine Regierung der Linken gebildet werden könne, die dann die notwendige Majorität im Folkething besäße. Die Linke wollte diesen Ausweg nicht benutzen, weshalb die radikale Linke sich nach Verhandlungen mit der Sozialdemokratie bereit erklärte, die Regierung zu bilden, und zwar mit der Verfassungsfrage als ihre hervorragendste Aufgabe.

Die neue Regierung legte darauf im September 1913 den von der Linken ausgearbeiteten und vom Folkething vor der letzten Wahl sanktionierten Gesetzentwurf aufs neue vor. Derselbe wurde vom Folkething wiederum angenommen und nun begannen die Verhandlungen im Landsting. In diesem war die Stellung der Parteien mit Hilfe der „vom König ernannten“ verändert worden, indem im Laufe der Regierungszeit der Linken als Folge von eingetretenen Todesfällen ein Teil Anhänger der Linken zu diesen Plätzen ernannt worden waren, wodurch die Stärke der Konservativen auf 34 Mitglieder reduziert wurde gegen 32 Mitglieder der drei demokratischen Parteien, den sogenannten Verfassungsparteien.

Man hatte schon die Auflösung des Landstings in Aussicht genommen, um eine „Verfassungs-Majorität“ herbeizuföhren, aber da trat im Dezember ein Todesfall ein, welcher der Situation ein anderes Aussehen gab. Ertrug, der, wie schon anfangs erwähnt, im Jahre 1886 das Grundgesetz mit dem privilegierten Wahlrecht durchführte und einer der „vom König ernannten“ war, starb gerade in dem Augenblick, als man vor einer neuen Revision der Verfassung stand, und sein Tod bahnte den Weg zum Umsturz seines eigenen Werkes, indem die Regierung selbstredend einen Freisinnigen an seiner Stelle ernannte. Da die Konservativen den Präsidenten stellen und dieser deshalb kein Stimmrecht hat, stehen also nun 33 Stimmen der Verfassungsparteien gegenüber den 32 konservativen Stimmen.

Unter dem Druck dieser Situation sind die Kommissionsarbeiten in dieser Sache nun beendet und die Mitglieder der drei Verfassungsparteien empfehlen dem Reichstag einen Gesetzentwurf zur Annahme, der Dänemark eine der freiesten Verfassungen der Welt verschaffen wird.

Der Inhalt des Gesetzentwurfes ist in seinen wesentlichen Punkten folgender:

Das Zweikammersystem wird beibehalten, aber beide Kammern gehen aus dem allgemeinen Wahlrecht hervor.

Das Wahlrechtsalter zu dem Folkething ist 25 Jahre (bisher 30 Jahre). Die Frauen und die Diensthoten, welche bisher davon ausgeschlossen waren, erhalten das Wahlrecht. Für das Folkething geschieht die Wahl in 120 einzelnen Kreisen und außerdem erhalten die an den Wahlen teilnehmenden Parteien im Verhältnis zu den von ihnen abgegebenen Stimmen Anteil in den 20 Erntegewinnungsmandaten, so daß also die Parteien, deren Vertretung nicht im Verhältnis zu den von ihnen abgegebenen Stimmen steht, gleichwohl die ihnen zukommende Anzahl Mandate erhalten.

Zu dem Landsting wird ebenfalls das allgemeine und gleiche Wahlrecht für alle eingeföhrt, wogegen das Wahlrechtsalter erst mit dem 33. Lebensjahre eintritt, aber die jetzigen Wähler von 30—33 Jahren behalten ihr Wahlrecht. Die Frauen und die Diensthoten erhalten gleichfalls das Wahlrecht zum Landsting. Der Wohlstand ist wie bisher indirekt durch Wahlmänner, und diese werden nach dem Proportionswahlrecht gewählt.

Bei den Wahlen existiert weder ein Steuerzensus, noch irgendwelches Privilegium.

Im Gegensatz zu der bisher herrschenden Wahlordnung bedeutet dieses einen mächtigen Fortschritt. Die politische Machtstellung der Oberklasse, die sie kraft ihres Geldes und ihres Eigentums bisher innehatte, verschwindet. Dreiviertel Millionen Mitbürger, die Männer zwischen 25 und 30 Jahren,

sowie die Frauen erhalten das Wahlrecht, und die Vertretung der Wahlkreise in den Städten und auf dem Lande wird gleichmäßig verteilt. Wenn alles so geht, wie berechnet, wird die neue Verfassung im Laufe einer ganz kurzen Zeit durchgeführt werden. Die Arbeiterklasse in Dänemark geht dadurch einer besseren Zukunft entgegen.

Groß und Klein im Bankgewerbe.

Zu den obersten Lehrlingen der kapitalistischen Wirtschaftstheorie gehört die Behauptung, daß es zwischen Kapital und Arbeit keinen Gegensatz gibt. Besonders in der modernen Betriebsform der unpersonlichen Gesellschaften könne davon keine Rede sein und namentlich die Privatangestellten „müßten das einsehen“, weil doch der oberste Direktor genau so Angestellter des Unternehmens sei wie sie.

Aber die Privatbeamten wollen das merkwürdigerweise nicht einsehen. Ihre Unzufriedenheit wird immer größer. Die Verbände werden immer radikaler und je radikaler sie werden, desto besser entwickeln sie sich. Liegt das nun an dem Unverständnis der Angestellten oder daran, daß einige Tatsachen des wirtschaftlichen Lebens mit den Theorien der Dogmatiker des Kapitalismus nicht ganz im Einklang stehen?

Im „Bankbeamten“ ist eine Tabelle veröffentlicht, die hierauf vielleicht eine gewisse Antwort gibt, weil sie einen Einblick in die Gehaltsverhältnisse im Bankgewerbe, also in dem vornehmlichen Zweig des Handels gestattet.

Die Aufstellung bezieht sich auf das Personal, das die Schwaburgische Landesbank zu Sondershausen in ihrer Amtshauptstadt beschäftigt. Von diesen insgesamt neunzehn Personen haben nur vier ein Monatsgehalt von mehr als 150 Mark! Der Leiter des Instituts bezieht das für einen Bankdirektor nicht einmal hohe Gehalt von 650 M., das allerdings durch die Verfügung über ein Dienstauto, durch eine hohe Lohntieme und andere Nebeneinkünfte eine nicht unerhebliche Ergänzung erfährt. Sein Vertreter, der zweite Prokurist, muß sich schon mit 200 M. im Monat begnügen, hat daneben aber Anspruch auf eine Dienstwohnung.

Was dann kommt, zählt bereits zum „Stiefkinderproletariat“: zwei Bevollmächtigte im Alter von 25 und 30 Jahren mit je 175 M. Gehalt, zwei weitere Angestellte mit 140 M., drei mit 110 und zwei mit 85 M. Den Rest bilden sieben (!) Bedrillinge und ein Volontär, die Taschengelder von 12 bis 35 M. erhalten. Wenn diese ausgebildet haben, werden sie mit dem königlichen Gehalt von 75 M. monatlich „fest angestellt“, d. h. gegen monatliche Kündigung. Da auf diese Weise in jedem Jahr drei neue 75-Mark-Beamte produziert werden, ist es klar, daß den älteren Angestellten jeder Mut zur Forderung angemessener Gehaltsaufbesserungen systematisch genommen wird.

Das sind gewiß erbärmliche Verhältnisse, besonders wenn man bedenkt, daß diese jungen Leute verpflichtet sind, sich lauter zu kleiden, zu „repräsentieren“. Vergesslich fragt man sich im Hinblick auf die unaufhörliche Verteuerung aller Lebensbedürfnisse, namentlich der Nahrungsmittel, wovon diese Privatangestellten das Geld für ihre weitere Bildung und für andere Kulturzwecke hernehmen. Oder sind solche Bedürfnisse bei ihnen nicht vorhanden? Für ihre vielfach beobachtete Interessiertheit gegenüber den politischen Räten unseres Volkes wäre damit allerdings eine greifbare Erklärung gegeben.

Das Bild wäre unvollständig, wollte man sich nicht gleichzeitig die ganz anders gearteten Einkommensverhältnisse vor Augen halten, mit denen die „Großen“ im Bankgewerbe ihren großen Unterhalt bestreiten müssen. Man weiß ja, daß das Einkommen eines richtigen Bankdirektors zuweilen die Gehälter von hundert Durchschnittsbeamten aufwiegt. Und es wird noch erinnert sein, wie sehr Dernburg sich verschlechterte, als er seinen Direktorenposten in der Darmstädter Bank verließ, um die Leitung der deutschen Kolonialpolitik in die Hand zu nehmen. Ein Staatssekretär des Deutschen Reiches bekommt ja nur ein Gehalt von 30 000 M.

Greift man aus den zuletzt veröffentlichten Abschlüssen unserer Großbanken wahllos einen heraus, so findet man zum Beispiel in dem Geschäftsbericht der Dresdner Bank an Lantianen für die Direktoren die Kleinigkeit von 3 331 147 M. ausgeworfen. Auf den Kopf der 110 Direktoren umgelegt, ergibt das pro Nase 30 285 M.! Da jedoch der größte Teil der hieran Beteiligten nur Filial- oder Titulardirektoren sind, deren Gehalt und Lohntieme keine übermäßige Höhe erreichen, kann man ruhig annehmen, daß die sechs Voll Direktoren jeder ein Vielfaches von dem genannten Durchschnittsbetrag — wohlgemerkt: als Lohntieme, neben dem Gehalt — erhalten, so daß ihr gesamtes Einkommen sich auf mehrere Hunderttausend Mark jährlich stellen wird.

Eine merkwürdige Gerechtigkeit, die sich in diesen Zahlen offenbart. Die einen werden so jämmerlich entlohnt, daß sie damit unmöglich den verlangten „Standesgemäßen“ Unterhalt bestreiten können; die anderen verfügen über Summen, die sie persönlich niemals verbrauchen können. Wofür ein Arbeiter und ein mittlerer Angestellter sich das ganze Jahr abkühlen müssen, das „verdienen“ einzelne Großbankdirektoren an einem Tage.

Kapitalistische Gerechtigkeit!
Aber das wird die Lobredner dieser famosen Ordnung nicht abhalten, nach wie vor ihr Geschwätz von der Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit aufrechtzuerhalten. Denn die Direktoren sind ja auch nur Angestellte der Unternehmungen! Daß sie dies in ganz anderem Sinne sind, daß ihre Aufgabe die Vertretung der Unternehmerinteressen ist — und zwar vornehmlich gegenüber der Masse der ausgebeuteten Angestellten und Arbeiter —, und daß sie eben hierfür die dortenden Einkünfte beziehen, je nun, das sind so kleine Nebeneinkünfte, an denen sich ein ordentlicher Arbeitnehmer nicht stoßen darf. . . so meinen die Kapitalisten!

Politische Uebersicht.

Keine gesetzliche Regelung für die Altpensionäre.

Während die Erhöhung der Bezüge der Altpensionäre für das Reich gesetzlich geregelt ist, sollen die Altpensionäre in Preußen nach wie vor mit Unterstützungen abgefweicht werden, die in das Ermessen der Behörden gestellt sind. Als Vorwand dienen wieder die angeblich so hohen Kosten, die im Reich nur 7 Millionen betragen, für Preußen dagegen 48 Millionen ausmachen würden. Sicherlich ist diese Summe viel zu hoch gegriffen, auch ließe sie sich ja schon dadurch erheblich vermindern, daß man nur die Bezüge der unteren und mittleren Beamten erhöhte — wie das auch in anderen Bundesstaaten geschieht — da ja bei den höheren Beamten nicht im gleichen Maße von einem unerträglichen Koststand gesprochen werden kann. Aber die preussische Regierung will nun einmal keine gesetzliche Regelung und die bürgerlichen Parteien versprechen den Altpensionären zwar alles Mögliche, klappen dann aber doch vor der Regierung und ihrem rein energielosen Zusammen. Ja, wenn es sich um die Verpflegung der Fortbildungsschule oder um die Ablehnung der

Steuerkommissionäre handelt, nehmen wenigstens die Parteien der Rechten und der Mitte nicht die geringste Rücksicht auf die Regierung; in Sachen der Altpensionäre aber lohnt sich kein ernstlicher Konflikt!

Widerum verdröhelt man die Altpensionäre und Altpensionären auf die Erhöhung des Unterstützungsfonds und auf die größere Konzilianz bei künftigen Beihilfegewährungen. Die Pensionäre und Witwen und Waisen würden, so versichert man offiziell, künftig in Krankheitsfällen besser bedacht werden und auch sonst werde man ohne entwürdigende Beteileien reichlichere Hilfe gewähren. Nun — wenn man wirklich so viel zu gewähren gedenkt, warum stellt man da das Unterstützungswesen nicht auf die von den Altpensionären so dringend gewünschte gesetzliche Basis? Weil man eben gar nicht ernstlich beabsichtigt, auch nur entfernt alle gerechten Ansprüche zu erfüllen. Weil man nur in den allererschwersten Fällen als Wohltat das gewähren will, worauf die Darbenden unbestreitbaren Rechtsanspruch haben! Und deshalb wird es auch ohne die entwürdigenden Bittgesuche und peinlichen Recherchen nicht abgehen, über die die Altpensionäre so lebhaft beschweren!

Der Handelskrieg Rußlands gegen Deutschland.

Gewisse Tollheiten der feudal-kapitalistischen Produktionsweise überschlugen sich selbst. Sie erreichen eine Höhe, über die hinaus sie nicht mehr können, und werden dann von denselben Gewaltan vertrieben, die sie großgezogen haben. Diese Wahrheit hat sich vor allem in den internationalen Zoll- und Handelskämpfen gezeigt, und sie zeigt sich mit besonderer Eindringlichkeit in dem wirtschaftspolitischen Verhältnis von Rußland zu Deutschland, wie es sich in den letzten Wochen und Tagen ausgespielt hat.

Wir haben ausführlich über die Beschlüsse der russischen Reichsduma vom letzten Donnerstag berichtet. Die beiden Vorlagen werden von der gesamten Presse für eine ausgesprochene Kampfanzeige Rußlands gegen Deutschlands betrachtet, und sie bedeuten in der Tat nicht mehr und nicht weniger als einen Handelskrieg Rußlands gegen Deutschland. Man kann aber nicht leugnen, daß es sich lediglich um eine Abwehr Rußlands handelt, und daß Deutschland und seine agrarisch verfeindete Regierung zuerst das Kampfbild erhoben haben. Der Wucherzoll von 1902 und die auf ihm stehenden Handelsverträge von 1906 haben, wie man weiß, die russische Getreideinfuhr nach Deutschland mit stark erhöhten Zöllen bedeutend erschwert und die russischen Produzenten genau so geschädigt, wie sie die deutschen Konsumenten ausbeuten. Aber nicht genug damit, sie, wie gleichfalls oft genug bewiesen wurde, das deutsche System der Einfuhrschiene geradezu zu einer Exportprämie deutscher Getreideinfuhr nach Rußland geworden. Die deutschen Agrarier wurden damit in den Stand gesetzt, deutsches Getreide in Rußland billiger zu verkaufen wie in Deutschland und wie die russischen Getreideproduzenten selbst in Rußland.

Die Beschlüsse der russischen Reichsduma vom Donnerstag sind aber zweifellos erst die Anfänge eines handelspolitischen Krieges gegen Deutschland. Er wird wachsen, je mehr wir uns dem 31. Dezember 1913 nähern, wo der jetzige Handelsvertrag zwischen Deutschland und Rußland abläuft. Dieser jetzt bestehende Vertrag verpflichtet die beiden Staaten, den gegenseitigen Verkehr durch keinerlei Einfuhr- oder Ausfuhrverbote zu hemmen, und in keinem Falle sollen die Erzeugnisse eines der beiden Länder mit Zuschlägen, Einfuhrverboten und dergleichen belegt werden, von denen nicht auch die Erzeugnisse irgend eines anderen Landes betroffen werden. Die Beschlüsse vom Donnerstag versöhren zweifellos gegen diese Hauptgrundlage des bestehenden Vertrages, denn jeder neue Einfuhrzoll wirkt schließlich mehr oder weniger wie ein Einfuhrverbot. Aber Rußland kann sich, wie gesagt, durchaus darauf berufen, daß der gegenwärtige Kampfeszustand durch das skandalöse System der deutschen Einfuhrschiene seinen Anfang genommen hat. Dieser Konflikt kann aber auch andere schwerwiegende Folgen haben. Rußland hat vor Mitte der neunziger Jahre überhaupt keine Handelsverträge abgeschlossen, sondern eine volle Zollautonomie gehabt. Wenn es dahin zurückkehrt, veranlaßt und gezwungen durch die deutsche agrarische Politik, so würde das für die deutsche Industrie einen unübersehbaren Schaden bedeuten, da die deutsche Industrie in ihrem Export mit Hunderten von Millionen Markten auf Rußland angewiesen ist. Der deutsch-russische Zollkrieg von 1893/94 hat uns von solchen Folgen einen Begriff gegeben, und kein Vertreter der Volksinteressen wird eine Wiederholung solcher Zustände wünschen.

Ein Maifesterfahelug verboten.

Für den zur Feier des 1. Mai geplanten Fackelzug der Ortsgruppen des sozialdemokratischen Vereins von Deynhäusen und den umliegenden Ortschaften hat die Polizeiverwaltung der Stadt Deynhäusen die Erlaubnis mit folgender „Begründung“ verweigert:

„Die Erlaubnis zu dem beabsichtigten Durchzug verweigern wir aus Gesundheits- und verkehrspolizeilichen Gründen nicht zu erteilen. Unser Votum wird hauptsächlich von solchen Ausgütern aufgeführt, die schwer nervenschonend sind und der größten Ruhe bedürfen. Es muß deshalb von diesen möglichst jede Störung abgehalten werden, damit sie nicht noch weiteren Schaden an ihrer Gesundheit erleiden. Auch vom verkehrspolizeilichen Standpunkte aus muß die Ablehnung des Befehles erfolgen, da sich fortwährend auf den Straßen gelähmte und an den Rostbühl gefesselte Personen bewegen, die durch derartige öffentliche Umzüge und die damit verbundenen Menschenansammlungen in ihrem freien Verkehr auf den öffentlichen Straßen behindert werden.“

Zu der Abendstunde, in der der Fackelzug stattfinden sollte, sind doch wohl die Schwertkronen nicht mehr auf der Straße, eine Hindernis in deren Bewegungsfreiheit ist also ausgeschlossen. Die übrigen Kranken dürften mehr als einen Fackelzug in ihrem Leben gesehen haben und deshalb kaum durch einen solchen aufgeregt werden. Patriotische Fackelzüge haben noch nie derartige sensible Verfürchtungen ausgelöst.

Wachemiten und Cuertreiber.

Eine am Donnerstag in Trier abgehaltene Zentrumsversammlung, die von 400—500 Parteimitgliedern besucht war, nahm nach Heben der Abgeordneten Marx-Düsseldorf und Dr. Well-Essen einstimmig eine Resolution an, in der die Richtlinien des Zentrums-Reichsausschusses vorbehaltlos angenommen und alle in dieser Frage anderen Gesinnungen als außerhalb der Zentrumspartei stehend bezeichnet werden.

Seine Majestät der Herr Affessor.

Für den Dünkel, von dem manche Verwaltungsbeamte befeelt sind, ist ein Vorkommnis recht bezeichnend, das in der „Westfälischen Landeszeitung“ mitgeteilt wird. Das Blatt schreibt:

„Obwohl die Nordburger Polizei städtisch ist und also noch nicht einmal der Landrat ihr Vorgesetzter ist, ließ der Regierungsdirektor Falck vom Nordburger Landratamt eines Tages im städtischen Polizeistapel durch den Kommissar die Schulleute antreten, stramm stehen und erklärte, die Schulleute hätten ihn wiederholt nicht gegrüßt, geschähe es noch einmal, werde er sie zur Rechenschaft ziehen.“

Gewerkschaftliches.

Das viel zu teure Personal!

Seit einigen Jahren beschäftigen sich die kaufmännischen Angestellten mit der Not der alten Handlungsgeschäfte, die durch irgendwelche Umstände ihre Stellung verloren haben und nun auf alle Bewerbungen nur ablehnende Antworten erhalten. Eine Erscheinung, die ja durchaus nicht bloß im Handelsgewerbe zu beobachten ist. Der kapitalistische Großbetrieb kann alle Menschen nicht brauchen. Dieggam und billig, das sind die hauptsächlichsten Anforderungen, die heute an Arbeiter wie Angestellte gestellt werden. Erfahrung stehen heute niedrig im Kurs. Die Schematisierung der Arbeit und die Ausschaltung der persönlichen Gedächtnisarbeits durch Registratur und Kartothek gestatten die Verwendung von jungen und ungelernen Kräften an Stellen, wo früher der alte Kommiss mit seiner weitreichenden Kenntnis der Kunden und Lieferanten unentbehrlich war.

Und Verdienste? Verdienste um die Entwidlung des Geschäfts? Die ganzen Jahre treuer und opfervoller Arbeit?

Da lächelt der Chef höflich: Bitte, keine Sentimentalitäten! So etwas paßt doch nicht in unsere aufgeklärte Zeit. Ja bezahle meine Leute anständig (was man in Prinzipalkreisen „anständig“ nennt), so lange sie ihren Posten ausfüllen, aber ich kann mein Geschäft doch unmöglich zu einem Invalidenheim machen. Und dann das hohe Gehalt. . . Dafür kriege ich ja zwei junge Kräfte.

Wer es noch nicht wußte, daß dies die Moral des kapitalistischen Arbeitsverhältnisses ist, kann es jetzt aus beruflichem Munde, nämlich von den Arbeitgebern selbst erfahren. Die bekannte Unternehmerzeitschrift „Deutsche Konfektion“ schreibt in ihrer Nummer vom 22. März:

„Oft wird mit Entrüstung darauf hingewiesen, daß der eine oder andere Betrieb rücksichtslos langjährige Angestellte gekündigt habe, die nun auf der Straße liegen. Hat man sich aber einmal gefragt, ob der Chef hier nicht unter dem Zwange eines gebieterrischen „Mang“ handelte, ob er nicht die Ärtisten seines ganzen Unternehmens auf Spiel setzte, wenn er alles, teureres Personal behielt, wo keine Konkurrenz mit billigen jungen arbeitete. Gerade sogenannte „Patriarchenhäuser“ franken häufig an ihrem viel zu teuren Personal, an den zahlreichen Jubilaren, welche man aus hochehrenwertem Anstand behält und vier- und fünfmal teurer bezahlt als junge Leute, die vielleicht ebensobiel leisteten. . . Hier gibt es nur einen Ausweg, der den Angestellten unangenehm in die Ohren klingen mag, aber doch zu ihrem und des Geschäfts Besten dient. Man sei sparsam mit den Gehaltszulagen. Der Chef möge sich nicht angeßts eines günstigen Jahresabschlusses von einer generösen Laune (s) hinreißten lassen, der Angestellte möge aber nicht darauf pochen, daß er jetzt schon so und so lange im Geschäft sei und Gehaltssteigerung beanpruchen könne. . . Wer sich eine Lebensstellung sichern will, verzichte auf die fragwürdige Wohlthat progressiver Gehaltssteigerung, was er heutzutage um so eher kann, als die Pensionsversicherung ihm und seinen Angehörigen im Alter einen gewissen Rückhalt bietet.“

Eine feine Scharfmacherleistung! Der Unternehmer soll auf die verdienten teuren Kräfte verzichten und die Angestellten auf die fragwürdige Wohlthat progressiver Gehaltssteigerung. So ist beiden Teilen geholfen. Der arme geplagte Chef begnügt sich mit dem doppelten Unternehmergewinn, der Angestellte aber hat seine sichere „Lebensstellung“, bei der er dann langsam — verhungern kann! Und so kommen wir der sozialen Gerechtigkeit immer näher. . .

Berlin und Umgegend.

Kellnerstreik. Am ersten Osterfeiertag haben die organisierten Kellner im „Hotel Deutscher Hof“, Ludauer Str. 15, und „Hotel Nordlicher Hof“, Invalidenstr. 126, die Arbeit eingestellt. Der Inhaber dieser beiden Betriebe, Herr Arthur Kromrey, kündigte seinen mit dem Verband der Gastwirtsgehilfen bestehenden Lohnvertrag und verpflichtete gleichzeitig seine angestellten Kellner, ihm einen Revers zu unterschreiben, durch welchen der Lohn um 35 M. pro Monat gelürzt würde und die durch den Verband abgeschaffte Beförderung wieder eingeführt worden ist. Von Herrn K. wurde hierbei bemerkt, wer sich dieser Regelung nicht fügen wolle, der müsse seinen Betrieb verlassen. Bei den von der Organisation eingeleiteten Verhandlungen erklärte Herr K., daß er es bei der von ihm festgelegten Vereinbarung belassen müsse, er sei außerstande, den bisher gezahlten Lohn auch für die Zukunft weiter zahlen zu können. Alle Bemühungen des Verbandes, die Differenz in Höhe zu regeln, scheiterten an dem hartnäckig ablehnenden Standpunkt des Herrn K., und das, obwohl ihm gelagt wurde, daß in allen gleichartigen Geschäften bereits dieselben tariflichen Abmachungen durch den Verband eingeführt worden sind. Herr K. ließ den Beauftragten der Organisation durch seinen Geschäftsführer mitteilen, daß er sich nicht terrorisieren lassen wolle, worauf erwidert worden ist, daß bei der einseitig von Herrn K. festgelegten Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Terror sich ganz auf seiner Seite befinde und der Verband in berechtigter Wahrnehmung der Interessen seiner Mitglieder handeln werde.

Beide Betriebe sind für organisierte Gastwirtsgehilfen gesperrt. Verband der Gastwirtsgehilfen, Berlin I.

Achtung, Gastwirtsgehilfen! Die Differenzen mit Herrn Gastwirt Kroll, Kottbuser Damm 33, sind durch tarifliche Vereinbarung beigelegt. Die verhängte Sperre ist hiermit aufgehoben. Verband der Gastwirtsgehilfen, Berlin I.

Deutsches Reich.

Feudaler und behördlicher Terror.

Seit Jahresfrist macht der Pommerische Bauereverband Versuche, an seinen Bauten keine Mitglieder des Bauarbeiterverbandes zu dulden. Vor wenigen Wochen haben die feudalen Bauere erneut zu erkennen gegeben, daß sie auch in Zukunft ihren Terror gegen die Bauunternehmer sowohl wie auch gegen die Mitglieder des Bauarbeiterverbandes aufrecht erhalten wollen. In einem Rundschreiben, das die Vorstände der Kleingrundbesitzervereine von Greifenberg i. P. und Treptow a. R. und der Großgrundbesitzerverein dieser Kreise herausgegeben haben, heißt es, daß sich 182 Mitglieder dieser Vereine entschlossen haben, nur solchen Bauunternehmern die Ausfüllung von Bauten zu übertragen, die sozialdemokratisch organisierte Arbeiter nicht beschäftigen. Das Rundschreiben trägt die Unterschriften des edlen Ritter v. Bittersdorf, Karolinenhof, Zuhmann-Klatsow und Wille-Renschow. Zustand gekommen ist es in einer Versammlung der Herrschaften in Treptow, in der vorher der Landrat des Kreises v. Thadden-Trieglaff durch eine hochpatriotische Rede über „Der Kaiser, Hamburg und Kiel“ die Anwesenden gehörig warm gemacht hatte.

Die gleiche Bahn zur Bekämpfung des Bauarbeiterverbandes beschreitet nunmehr auch der Stadtmagistrat in Treptow an der Rega, an dessen Spitze ein Hr. v. Minnigerode steht. Also auch ein feudaler Herr, der die gleichen Klären zeigt wie der Bauereverband. Die Stadt führt zurzeit einen Neubau auf. Unter dem 28. März ist einem Unternehmer der Zuschlag erteilt, wobei er in einem besonderen Schreiben auf folgendes verpflichtet worden ist:

Hiermit erteilen wir Ihnen auf Ihr Angebot vom 28. März 1914 auf Ausführung der Maurerarbeiten zum Wiederaufbau des Fortbauwerkes Jungfernbrück zu den im Angebot angegebenen Einheitspreisen, unter den dem Angebot angebotenen, von Ihnen anerkannten Bedingungen, sowie der besonderen Bedingung den Zuschlag, daß bei den Arbeiten Mitglieder oder An-

gehörige des Deutschen Bauarbeiterverbandes (freie Gewerkschaft) nicht beschäftigt werden. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung wird pro Mann und Tag eine Vertragsstrafe von Mark 10 — zehn Mark — von Ihrem Guthaben in Abzug gebracht und zu unsern Gunsten einbehalten.

Sie verzichten auf alle Einreden und Einwendungen. Der Rechtsweg wird ausgeschlossen. Hr. v. Minnigerode.“

Wir sind es seit jeher gewöhnt, daß sich unsere Kommunal- und auch staatlichen Behörden nichts daraus gemacht haben, wenn die Arbeiter, die aus Mitteln der Allgemeinheit ausgeführt wurden, von auswärtigen Arbeitern unter schlechteren Arbeitsbedingungen, als die am Orte üblichen, hergestellt werden. Nur wenige Behörden sind mit besonderer Sorgfalt bemüht gewesen, ihren Steuerzahlenden anwärtigen Arbeitern die Arbeit und vor allem die geltenden Löhne und Arbeitszeit zu sichern. Aber nirgends ist es bisher vorgekommen, daß eine Behörde ausdrücklich die Ausschaltung der Arbeiter einer bestimmten Organisation zur Bedingung macht. Eine solche Handlung stellt den schwersten Mißbrauch einer Amtsgewalt dar, den eine Magistratsverwaltung gegen einen Teil der Bevölkerungsgeschicht anwendet, die sich auf dem Boden des Rechts bewegt. Das ist der Terror in der aller schlimmsten Form, die nur denkbar ist.

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe müßte, wenn er auch nur einen Funken von Zoriftreue zum Ausdruck bringen wollte, seine Mitglieder öffentlich anfordern, solche Bedingungen überall zurückzuweisen, weil sie mit dem Vertragsverhältnis im Widerspruch stehen. Erst kürzlich hat das Haupttarifamt im Baugewerbe entschieden, daß es unzulässig und als eine Maßregelung anzusehen ist, wenn die Unternehmer Arbeiter wegen ihrer Organisationszugehörigkeit zurückweisen, und daß die Unternehmer, die solche Verträge eingehen, in denen die Mitglieder der Vertragspartei von der Beschäftigung ausgeschlossen sind, Vertragsbruch begehen. Der Unternehmerbund aber rührt sich nicht. Ein Vorstandsmitglied des Bundes, Herr Thiemann-Köln, hat bei einer solchen Gelegenheit geäußert, daß es als eine Zumutung des Unternehmers anzusehen sei, wenn er den Arbeitern den wahren Grund ihrer Entlassung mitgeteilt habe. Die Unternehmer befinden sich in einer Zwangslage; wenn sie die Arbeit nicht anderen Unternehmern überlassen wollten, müßten sie solche Bedingungen schon eingehen. Der Ansicht scheinen die Unternehmer im Arbeitgeberbund ganz allgemein zu sein, wenn es sich darum handelt, den Arbeitgeberbund von einer Vertragspflicht loszureißen. Der weitere Rat des Kölner Unternehmers ist allerdings noch nicht befolgt worden, sondern den Arbeitern sind die Schriftstücke vorgelegt und ihnen damit gezeigt worden, daß trotz der Entschelung des Haupttarifamts die Unternehmer auf solche Verträge eingehen und sich darauf verlassen, unter den Angehörigen des Bauarbeiterverbandes Profestanten zu sammeln.

Daß sich irgend ein Staatsanwalt oder ein Gericht finden wird, die sich die feudale Bauereverbandes vornehmen werden und sie mit einem Prozeß wegen Betrugsverletzung, Wohlrottierung oder Vermögensschädigung zur Barmunft bringen werden, daran ist nicht zu denken. Das geschieht nur dann, wenn die Arbeiter sich gegen die „Brotbreiten“ wehren. Aber was sagt denn der Herr Staatsminister des Innern dazu? Auf Veranlassung des Herrn v. Delbrück wurde doch der Bauarbeiterverband mit dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe 1912 zusammengeführt, um durch ein neues Vertragsverhältnis den Frieden im Baugewerbe für die Zukunft zu sichern. Das Treiben des Stadtmagistrats in Treptow a. R. ist doch eine öffentliche Brande gegen die Absicht des Staatsministeriums. Man soll doch nicht meinen, daß sich die Arbeiter des Baugewerbes eine solche Maßregelung wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer gesetzlich zu Recht bestehenden Organisation ruhig gefallen lassen!

Die Schleifer der Firma A. Variotik, Metallwerk in Rudenwalde, sind ausgesperrt, weil die Arbeiter Schlänen

Kleines Feuilleton.

Holzbock in Weimar. Es sommert schon, man merkt es gleich, die Atmosphäre tut sich milder, der Holzbock reißt durchs Deutsche Reich und sammelt nette Stimmungsbilder.“ Noch sommert es zwar nicht, lieber Peter Scher — er ist der Verfasser dieser Verse —, aber der Holzbock ist schon unterwegs. Auf einer Reise nach dem Süden hat er das „Liebe, feine, stille“ Weimar rasch noch mitgenommen und wir Panaisen haben das Nachsehen. Die Ruhe, die erhoben und erhehend über diesem Stück stolzer deutscher Erde liegt, hat ihn, wie er selbst sagt, der Vergangenheit näher gebracht und der Gegenwart enger. Nicht lange aber, denn sehr bald unterbrechen zwei Kinder, gelleidet mit vornehmer Einfachheit, die erhobene Stille, und er, der Träumer, stand wieder mitten in dem Leben, das der Scherliche Geist durchdringt. „Man grüßt die Kinder vertraut, aber ehrerbietig, folgt ihnen, läßt sie an. Das drei Jahre alte Mädchen ist Prinzessin Sophie, der zwei Jahre alte Knabe der Erbprinz Wilhelm Ernst.“

Das hätte man sehen müssen. Wie er die Kinder vertraut, aber ehrerbietig grüßte, ihnen folgte — und sie anlaute. Das muß zu fäh gewesen sein. Ja, seitdem der Großherzog seine zweite Gemahlin heimgeführt hat und der Bann der Jurdägezogenheit von ihm gewichen ist, kommt die Jugend von heute in der alten Residenz wieder zu ihrem Rechte — und der Scherliche Schmod in die glückliche Lage, in Ehrfurcht grinsend dazwischen zu können. Weimar, Stück stolzer, deutscher Erde!

Aus Gottfried Kellers Anfängen. In der Züricher „Gesellschaft für deutsche Sprache“ hielt eines Tages der Universitätsprofessor Dr. C. Ermatinger auf Grund eines fast ausschließlich ungedruckten Materials einen Vortrag über die Anfänge von Gottfried Kellers Erzählungskunst. Nach einem Bericht der „Neuen Züricher Zeitung“ führte der Vortragende etwa folgendes aus: Die älteste Prosaarbeit Kellers, die sich erhalten hat, ist ein Aufsatz über einen Perenaustand in Glattfelden im Jahre 1832. Vier Jahre später entstanden dann mehrere novellenartige Versuche. Der erste dieser Versuche, „Die Freveltas“, ist eine romantische Räubergeschichte, die an Kellers Zeichnungen aus jener Zeit, mit ihren Gungkrüppeln, menschenähnlichen Steinblöden und Fregengeschichtern erinnert. In der grotesken Zeichnung des Räubers Wulf meldet sich Kellers Humor und in der breiten Schilderung der Morgenstimmung ländet sich ihm Naturgefühl an. Kraftvoll ist die aus dem Jahre 1838 stammende Schilderung eines Gewitters, in der Naturereignis und Menschenfurchal eng verknüpft erscheinen. Neben solche Darstellung allgemein menschlicher Vorgänge tritt die Schilderung eines eideuten Erlebnis, die unter dem Titel „Eine Nacht auf dem Uto“ bekannt geworden ist: dem Jüngling, der eine Nacht auf dem Berge verbringt, erteilt Wort in der Gestalt eines Orkells und zeigt ihm die vor einem flammenden Altar kniende Menschheit.

Die literarischen Versuche aus Kellers Münchener Zeit zeigen einen ganz anderen Charakter als diese schwärmerischen Erzählungen des achtzehn- und neunzehnjährigen Jünglings: hier findet überschäumende Jugendlust ihren Ausdruck, wie sie in

den Kreisen schweizerischer Künstler, Studenten und Handwerker, die damals Kellers Verkehr bildeten, herrschte. In drastischen Bildern voll Witz und komischer Hebertreibung werden die Nöte des Durstes, die Qualen des Hungers und Geldmangels geschildert. Einmal läßt der Dichter zwei Uhren im Pfandhause sich unterhalten. Die eine, mit zerstückeltem Glase, ist in dumpfe Bewusstlosigkeit versunken, während ihre Genosin noch schwache Töne von sich gibt und mit jämmerlichen Gebarden ihre Zeiger bewegt. In den grotesken „Phantasien eines Redakteurs in den Hundstagen“ findet man einen armen Zeitungsschreiber, der tief in Schulden steckt und sich wehmütigen Phantasien ergibt. Gleich einem glänzenden Meteor schimmert die riesige Watspinnne seiner Mutter durch seinen Seimatraum. Ein Klingeln weckt den Mann aus seinen Träumen, aber statt des sehnlich erwarteten Besuchs erhält der Erwachende eine polizeiliche Vorladung.

Aber neben diesen Erzengnissen eines derben Viertelwes sind in München auch reinere dichterische Versuche entstanden, so zwei Fabeln „Von edtem und falschem Dichte“. Es gibt Menschen und Dickschafften“, so lautet die Moral dieser Fabeln, die von einem einzigen ausgezeichneten Manne, der unter ihnen lebt, einen vorübergehenden Ruhm und Glanz erhalten. Vor der Welt brüsten sie sich damit, während sie unter sich selbst meistens den, der ihnen diesen Glanz gab, verleugnen und verfolgen; denn dies ist die Gewohnheit aller derjenigen, welche keinen eigenen Wert haben.“

Stilprobe. In der „Frankfurter Zeitung“ erzählt der Dichter Klabend: In der Redaktion des „Täglichen Volkswohl“ in Potsdam erschien eines Tages ein schwächlicher, junger Mann, welcher einen äußerst verhäßlichen und blöden Eindruck machte. Er wurde in das Zimmer des Chefredakteurs geführt. „Was wollen Sie?“ schauzte ihn der Gewaltige an.

„Eine Stelle als Redakteur in Ihrem sehr geschätzten Blatte, Euer Gnaden, wenn ich bitten dürfte.“

Der Gewaltige lächelte verächtlich, als er den ausgemergelten Körper und die furchtsamen Augen des Kleinen betrachtete, und lehnte sich bedeutsam im Lehnstuhl zurück.

„Ein Journalist muß sich in allen Richtungen, die ihn reicher als jeden andern Ererblichen umbläuen, mutig und tatvoll zu benehmen wissen. Sie scheinen mir“, er streifte mit einem leichten Blick seine käglige Statur, „wenig geeignet dazu. — Haben Sie wenigstens eine Stilprobe mit?“

Da zog der schwächliche junge Mann einen Rebolder aus der Tasche und hielt ihn dem Chefredakteur vor die Stirn.

„Ausgerechnet“, sagte der Gewaltige, ohne mit der Wimper zu zucken. „Sie sind mit hundert Rubel monatlich in der Abteilung für Innere Politik fest angestellt!“

Humor und Satire.

Denkzettel im Wasserglas.

In Berlin in einem Saale, Voller Redeburst, Sah die schwabwälsche Rannegieherzunt.

Und Herr Wassermann begunnte, Tabelnd dies und das, Jwar mit schmerzabewegtem Munde, Aber doch mit Maß.

Freilich, daß die Bank der Alten Und der Bund der Jung, Sich bekämpfen und geripalten, Ganz Mißbilligung. Störend wirkt der Schein des Lebens, Tut denn so was not? Drum vermittelst Sigerbens Schlag man beide tot.

Dies erscheint mir sehr plausibel. Nahe sei im Haus! Wenn dich was, sagt schon die Bibel, Kergert, reiß' es ab!

Kalatsch (im „Zimplichimus“).

Notizen.

— Theaterchronik. Die öffentliche Vorstellung von Strindbergs „Scheiterhaufen“ wird am 22. und 24. April in den Kammerpielen wiederholt. — Die Premiere von Volkmoellers „Mirakel“ mit der Musik von Humperdinck findet bereits am 30. April im Circus Busch statt. Der Vorverkauf zu dieser Vorstellung beginnt am Freitag. — Die nächste Kovidat des Deutschen Opernhäuses ist Wogumil Jepsers bereits in Leipzig und Strahburg aufgeführte dreitägige komische Oper „Monsieur Bonaparte“, Text von Hans Brenner.

— Der neue Burgtheaterdirektor. Der Charakterkomiker Hugo Limig, der seit Bergers Tode das Wiener Burgtheater provisorisch leitete, ist nunmehr endgültig zum Direktor dieser Bühne, an der er schon vor vier Jahrzehnten als Schauspieler auftrat, ernannt worden. Er stammt aus Dresden und war Kaufmann, ehe er zum Theater ging.

— Das Maritimum der russischen Presse. Das Moskauer Professorenblatt „Russka Wodomoiti“ bringt eine Statistik der russischen Presseverfolgungen für die Zeit von März bis Dezember 1913, der wir nachstehende Angaben entnehmen: Es sind in diesen 10 Monaten auf gerichtlichem Wege 247 Bücher konfisziert und aus 21 Büchern verschiedene Stellen entfernt worden. Ebenfalls auf gerichtliches Verlangen wurden konfisziert 633 Nummern verschiedener Zeitungen und Zeitschriften, während 297 Nummern ganz und 22 zum Teil der Vernichtung anheimfielen. Insgesamt wurden also auf gerichtlichem Wege konfisziert oder eingestempelt 268 Bücher und 972 Nummern verschiedener Zeitungen und Zeitschriften. 23 periodische Organe wurden in dieser Zeit inhihiert oder für immer geschlossen.

Zu diesen gerichtlichen Verfolgungen kommen noch die administrativen hinzu: So wurden im Jahre 1913 allein der Presse 800 Strofen in Höhe von 150 000 Rubel auferlegt!

— Der beste Don Juan-Text. Der Preis von 10 000 R. den der deutsche Bühnenverein für die beste Uebersetzung des Don Juan-Textes ausgeschrieben hat, ist dem bekannten Sänger Karl Scheidemann zu gefallen, der bis vor ein paar Jahren an der Dresdener Hofoper wirkte.

— Ein Riesengebirgsmuseum, vom Riesengebirgsverein erbaut, wurde in Girschberg eröffnet.

und Klänge nicht willenlos über sich ergehen lassen. — Zugung von Schleifern, Gläsern und Polierern ist streng fernzuhalten.

Der Streik der gelben Hafnarbeiter in Zwinemünde ist beendet. Die Arbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem sich die Unternehmer bereit erklärt hatten, unter den alten Bedingungen die Entlohnung der Kohlendampfer vornehmen zu lassen. Der vom Vorstand der christlich-nationalen Hafnarbeiter gewünschte verschlechterte Tarif ist damit erledigt.

Die Polizei in der Betriebsversammlung.

Nur vor den Osterfeiertagen bestätigte das Schöffengericht zu Dresden drei Strafverfügungen gegen zwei Gewerkschaftsangehörige und einen Glasbleifer in Höhe von 150, 50 und 100 M., die von der Polizei verhängt worden waren, weil die drei Genannten als Vorsitzender, Schriftführer und Referent einer rein gewerkschaftlichen Betriebsversammlung der Glasmacher der Firma Siemens in Dresden einem zur Überwachung erschienenen Polizeibeamten keinen angemessenen Platz angewiesen hätten. Die Versammlung sollte zu der bei der Firma Siemens gezielten gelben Gewerkschaft Stellung nehmen. Es handelte sich also auf keinen Fall um eine politische, sondern um eine rein gewerkschaftliche Veranstaltung. In der die Polizei absolut nichts zu suchen hatte. Die Versammlungsleitung glaubte daher auch ein Recht zu haben, einen Genannten, der als Überwachender an der Versammlung teilnehmen sollte, auf die Unzulässigkeit der Überwachung hinzuweisen und ihm den verlangten Platz auf dem Podium zu verweigern. Sie stellte es ihm aber anheim, als Zuhörer an der Versammlung teilzunehmen und sich selbst einen Platz zu suchen. Da der Genannte darauf nicht einging, wurde er auf Grund eines Beschlusses der Versammlung, die Überwachung nicht dulden zu wollen, zum Verlassen des Saales aufgefordert; er erklärte daraufhin die Versammlung für aufgelöst! Eine neue für eine halbe Stunde später angelegte Versammlung wurde durch ein Polizeigebot gesprengt. In ihrem Antrage auf richterliche Entscheidung über die gegen sie erlassenen Strafverfügungen machten die eingangs genannten Versammlungsfunktionäre mit Recht geltend, es habe sich sowohl bei der ersten als auch bei der zweiten Versammlung um die Erörterung rein gewerkschaftlicher Angelegenheiten gehandelt und eine offizielle polizeiliche Überwachung sei daher absolut unzulässig gewesen. Das Gericht war anderer Meinung. Es nahm an: Aus der Art der öffentlichen Einladung sei nicht hervorgegangen, daß die Versammlung nur für die Siemens'schen Arbeiter veranstaltet war. Für die zweite Versammlung, die lediglich eine Fortsetzung der ersten gewesen sei, wäre die Einladung auch nicht lediglich an die Siemens'schen Glasarbeiter ergangen. Da es sich um eine sogenannte Koalitionsversammlung handele, bei der nach vorangegangenen Entscheidungen eine Überwachung zulässig sei, wurden die Strafverfügungen vom Gericht bestätigt.

Auf die eine oder die andere Art: Die Gewerkschaften sollen unter die Polizeihäuel!

Beendete Tarifbewegung.

Die Lapezierermeister kündigten zum 1. Januar sämtliche in Frage kommenden Verträge in Rheinland und Westfalen; am 15. Februar war der Abnahmstermin für die Tarife in Düsseldorf, Duisburg, Oberhausen, Bochum, Dortmund, Hagen, Elberfeld und Barmen. Die Verhandlungen vor dieser Zeit führten zu keinem Ergebnis, es wurde mit Verlängerung der Verträge weiter verhandelt, um möglichst auf friedlicher Grundlage zu einer Verständigung zu gelangen, was endlich unter Ueberwindung größerer Schwierigkeiten möglich wurde. Ab 1. April traten die neuen Vereinbarungen in Kraft. Die Arbeiter können mit dem Erfolg zufrieden sein, wenn man bedenkt, daß gerade in der daniederliegenden Geschäftslage die Unternehmer zum Angriff übergingen und wenig oder gar keine Zugeständnisse machen wollten. Der neue Vertrag sieht die 55stündige Arbeitswoche und ab 1. Januar 1917 die 52stündige für die Städte Düsseldorf, Dortmund, Duisburg und Elberfeld-Barmen vor. Die Arbeitszeitverlängerung erfolgt unter Lohnausgleich, außerdem wird der Lohn während der Tarifdauer um 3 P. erhöht. Alle Alltagspreise erhöhen sich um 5 Prozent. Sämtliche Verträge laufen bis 15. Februar 1917. Zur Schlichtung von Tarifstreitigkeiten ist außer der örtlichen Kommission neuerdings ein zentrales Einigungsamt vorgelesen.

Nach einem Kampf von sechs Wochen konnte auch die Bewegung in den Rheinischen Volkermöbelwerken der Firma G. Hemmers-Oberhausen beendet werden. Hier galt es, Verschlechterungen der Alltagspreise abzuwehren. Die Sperre über diesen Betrieb ist aufgehoben.

Aus der Partei.

Teufelheit der Partei.

In Frankfurt a. M. hat am Samstag Genosse Gustav Lutz, der früher eifrig für die Partei tätig und teils wegen seiner Treue und Aufopferung, die er der Partei auch zu den schwersten Zeiten bewies, das Schicksal vieler Braven: er wurde 1886 aus Frankfurt a. M. ausgewiesen. In der Folge führte er die Entlohnung des Polizeikommissars Wohlgenut in Rüdelsheim im Elsfeld als Vollzeitspigel herbei, von der er seine mit föhlichem Humor erzählte. Wohlgenut hatte sich an ihn gewandt und ihm Geld versprochen, wenn er der Polizei Dienste leistet und die Partei verraten würde. Freund Lutz ging, um die Polizei zu täuschen, auch auf den Vorschlag ein und bestellte Wohlgenut auf Schweizer Gebiet. Mit Hilfe einiger Genossen aus der Schweiz und dem Elsfeld wurde dann Wohlgenut als Vollzeitspigel entlarvt. Nach seiner Rückkehr nach Frankfurt, die im Jahre 1896 erfolgte, war L. wieder eifrig für die Partei tätig. Jetzt hat ein Schlaganfall seinem Leben, dem bis zuletzt Nummer und Not nicht gefehlt haben, ganz plötzlich ein Ziel gesetzt.

Aus den Organisationen.

Der Jahresbericht des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Lüneburg wurde in der Generalversammlung am 8. April dieses Jahres erstattet. Die Jahresabrechnung blanziert in Einnahme und Ausgabe mit 35 030,10 M. Ende März war ein Kassenbestand von 11 707,95 M. vorhanden. Die Mitgliederzahl stieg von 5791 auf 5934; sie erhöhte sich demnach um 243; davon erbrachte die rote Woche allein 2000. Von den 5934 Mitgliedern waren 1818 weiblichen Geschlechts. Die Agitation war im Berichtsjahre eine recht rege. Es wurden außer den zahlreichen Mitglieder- und Bezirksversammlungen 44 öffentliche Volksversammlungen abgehalten, von denen 21 der Bürgervereinsagitation und 5 der

Maifeier im besonderen dienen seien. An Flugblättern wurden im Berichtsjahre 84 000 verbreitet. An die Mitglieder wurden 7000 Prospekturen belehrenden Inhalts verteilt. Der Agitation unter den ländlichen Arbeitern diene das allmonatlich erscheinende Blatt „Der Landarbeiter“, der unentgeltlich abgegeben wird. Sehr erfreuliche Fortschritte hat auch die Lübecker Jugendbewegung gemacht, der man vom Jungdeutsches Landbund gar zu gern ohne Erfolg das Wasser abgraben möchte. Eine ruhige aber stetige Entwicklung hat das Lübecker Parteiorgan, der „Lübecker Volksbote“, zu verzeichnen, dessen Abonnentenzahl im verfloffenen Berichtsjahre wiederum gestiegen ist. Die Parteileitung wurde in der bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt; Vorsitzender ist Genosse Paul Löwigt, Parteisekretär Genosse William Bromme. Mit dem 1. April hat Lübeck aufgehört, einen eigenen Bezirk zu bilden; es ist mit Mecklenburg zu einem Bezirk vereinigt worden. Beschlüsse wurde noch, die Maifeier durch Arbeitsruhe zu begehen und weiter, daß auch die in Bureau der Genossenschaften und anderen Ämtern tätigen Genossen den Tagesverdienst unter den bekannten Voraussetzungen abzugeben haben.

Arbeitsruhe am 1. Mai beschlossen in Lübeck einstimmig auch die Maurer und Bauarbeiter.

Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Rürstentum Lippe beschäftigte sich in seiner Generalversammlung mit den verschiedenen Nachwahlen zum Landtage. Die seit den Hauptwahlen im Januar 1913 notwendig geworden waren. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Ueber die Tätigkeit des Landtags berichtete Genosse Schumacher, der dem Landtage als einziger sozialdemokratischer Abgeordneter angehört. Die Mitgliederzahl des Vereins hat sich trotz der ungünstigen Wirtschaftslage wieder erhöht. Zum Vorsitzenden wurde für den verstorbenen bisherigen Vorsitzenden Eggert der von der Parteischule zurückgelehrte Genosse W. Meier gewählt.

Genehmigter Maifestzug.

Das Polizeiamt Altona hat das Geseuch der sozialdemokratischen Vereine Altona-Ottensen, einen Maifestzug zu veranstalten, unter gewissen Bedingungen genehmigt.

Gemeinsamer Einkauf.

Für die Druckereien unserer süddeutschen Parteiorgane ist kürzlich auf einer Konferenz der Geschäftsführer in Mannheim eine Interessengemeinschaft gegründet worden. Ihr Zweck ist hauptsächlich gemeinschaftlicher Einkauf von Papier. Zum Chairman der Gemeinschaft ist der Geschäftsführer der Union-Druckerei in Frankfurt a. M. Genosse Gustav Heinisch, gewählt worden.

Holländischer Parteitag.

Am Sonnabend wurde der holländische Parteitag in Utrecht eröffnet. Er ist außergewöhnlich stark besucht, was auf das starke Wachstum der Partei zurückzuführen ist. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte der Kongress die verstorbenen Genossen Debel, Dusch etc. Den gleichzeitigen tagenden Kongress der belgischen und englischen Sozialdemokratie sowie der Genossin Luxemburg wurden Sympathietelegramme geschickt.

Der erste Tag wurde ausgefüllt durch die Debatte über den Jahresbericht des Parteivorstandes und der Parlamentsfraktion. Bei der Diskussion über die Tätigkeit der Parlamentsfraktion bedauerlich verschiedene Redner, darunter Troelsma und Vliegen, lehast, daß sich Genosse van Kol im Senat dazu hinreichend lieg, die Bewegung der indischen Eingeborenen wegen einiger jugendlicher Unreife entsetzlicher Vorkommnisse halber anzugreifen, statt die indische Regierung wegen der Verweigerung der drei Führer zur Rede zu stellen. Van Kol verteidigte sich mit der Bemerkung, er habe nur seiner Ueberzeugung Ausdruck gegeben, fand aber mit dieser Verteidigung keinerlei Anhang auf dem Kongress. Eine weitere kurze Auseinandersetzung fand statt zwischen dem Parlamentsmitgliedem Wendels und Troelsma. Während sich Wendels auf den Standpunkt stellte, daß jeder Kriegsetat, der Aufgabenstellungen aufweist, abgelehnt werden müsse, machte Troelsma tauschige Bedenken geltend: es sei möglich, daß man sich von den Merkmalen in eine Falle locken lieg und daß die Merkmalen beachtlich, das Wahlrechtsabstimmern über militärische Forderungen zu Falle zu bringen. Um das zu verhindern, müsse man unter Umständen auch für das Kriegsbudget stimmen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

„Anzuchtige“ Lichtbilder.

Vor einiger Zeit hielt Genosse Dr. Drucker als Wanderredner des Zentralbildungsausschusses im schlesischen Ort Gr. Rosen einige Lichtbildervorträge über das Thema: „Menschenkunde“. Das Auge des Geseuchers scheint zu spät auf diese Bildungsveranstaltung aufmerksam geworden zu sein, denn als der Kurier längst darüber war, erkundigte sich erst der Ortsgruppenleiter beim Bier und anderen Autoritäten nach dem Inhalt der Vorträge, und auf Grund dieser Umfragen erwiderte er, daß die damals vorgeführten Lichtbilder — unzüchtig gewesen seien. Schleunigst gab er sein Beweismaterial weiter, und schon stellte der Staatsanwalt in Schwidmüh die notwendigen Nachforschungen an, um Anklage wegen Verbreitung unzüchtiger Bilder erheben zu können. Dieser Tage wurde nun Genosse Drucker auf das Berliner Polizeipräsidium geladen und von ihm einfach verlangt, daß er sämtliche damals vorgeführte Bilder dem Staatsanwalt „freiwillig“ zur Verfügung stelle. Für den Fall, daß er sich dazu nicht verstehen sollte, wurde ihm angekündigt, daß man dann auf Anordnung des Schwidmüh Staatsanwaltes die gewünschten Bilder beschlagnahmen werde. Selbstverständlich weigerte sich Genosse Drucker, dem nach seiner Ueberzeugung völlig ungeschehenen Verlangen nachzugeben, und nun schritt man tatsächlich zur Hausdurchsuchung. Zwei Kriminalbeamte nahmen Genossen Drucker in ihre Mitte und nun ging es in seine Wohnung. Dort prüften die beiden — ein Wachmeister und ein Schumann — mit sachverständigem Blick alle überhaupt vorhandenen Lichtbilder, aber trotz besten Willens konnten sie auch nicht ein einziges unzüchtiges Bild finden. Mit leeren Händen zogen sie wieder ab. Damit ist die Aktion des Schwidmüh Staatsanwaltes zusammengebrochen. Hätte er die Angaben des Genannten genauer nachgeprüft, dann hätte er dem Staate Geldausgaben, Bürgern polizeiliche Verladung und Hausdurchsuchung und sich selbst eine Blamage erspart.

Aus Industrie und Handel.

Baumwolle und Reis in Kalifornien.

Das Nähertrüden des Zeitpunktes für die Eröffnung des Panamakanals bringt es mit sich, daß man jetzt mehr von solchen kalifornischen Industrien hört, denen man früher, weil sie sich noch im Anfangsstadium befanden, wenig oder keine Beachtung geschenkt hat; jetzt beschäftigt man sich mit ihnen, weil man hofft, daß auch sie zu der erwarteten Steigerung des Schiffverkehrs bei-

tragen werden und daß umgekehrt der erweiterte Schiffverkehr ihre Entwicklung fördern wird. In solchen Industrien gehört derzeit verhältnismäßig kurzer Zeit in der Grafschaft Imperial Valley betriebene Baumwolle an.

Die Erfindung des Imperial Valley liegt etwa zehn Jahre zurück, als es nach diesen hoffnungslosen, mißglückten Versuchen endlich gelang, den Colorado River einzudämmen und mit Hilfe eines großartigen Bewässerungssystems die bisherige wertlose Wüste in ungemein fruchtbare Gebiete umzuwandeln. Die Temperatur im Imperial Valley ist geradezu tropisch, dabei gibt es so gut wie gar keinen Regenfall; dieser Nachteil wird jedoch dadurch ausgeglichen, daß aus den unerschöpflichen Wassermengen des Colorado mittels eines vorzüglich funktionierenden Bewässerungssystems dem Lande jederzeit genau die Menge Wasser zugeführt werden kann, deren es gerade bedarf, und daß die Gefahr, durch Regen zu ungehöriger Zeit das Erntegergebnis beeinträchtigt zu sehen, ausgeschlossen ist.

Wesentlich ungünstiger als in den Südstaaten, dem jetzigen Gebiet des Baumwollanbaues, sind im Imperial Valley in dessen die Arbeiterverhältnisse. Die Löhne, auch für die Landarbeiter, sind in Kalifornien allenthalben höher als anderswo in den Vereinigten Staaten, und Imperial Valley ist wegen seiner enormen Höhe nicht beliebt; Arbeit ist infolgedessen dort knapp und teuer. Mehr als ausgeglichen wird dieser Nachteil jedoch durch den erheblich höheren Ertrag. In den Südstaaten soll man durchschnittlich nur mit einem Ertrag von wenig über 1/4 Ballen (zu 500 Pfund) vom Acre rechnen. Schon der für die letzte Ernte von etwa 9000 Ballen auf etwa 11000 Acres Anbaufläche im Imperial Valley sich ergebende Gesamtertrag ist erheblich größer. Es wird berichtet, daß im Imperial Valley der Farmer, der sorgfältig verfährt, mit Sicherheit auf einen Durchschnittsertrag von 1 1/2 Ballen vom Acre rechnen dürfe, selbst zwei Ballen sollen nicht selten sein. Die sichere Regelung des Wasserbedarfes in Verbindung mit der langen heißen Jahreszeit, die bei rechtzeitigem Säen allen Kapseln Zeit zum vollständigen Reifen gibt, schließlich eine beliebig lange regenfreie Erntezeit — dies alles wirkt zusammen, um nicht nur eine höhere Ausbeute auszusichern, sondern geradezu eine reiche Ernte zu gewährleisten. Gleichwohl dürfte sich wohl zurzeit noch nicht mit Bestimmtheit sagen lassen, ob der Baumwollanbau im Imperial Valley von Bestand sein und namentlich, ob er sich in dem eingeschlagenen Tempo weiter entwickeln wird. Imperial Valley ist noch zu jung, das Farmer ist dort überhaupt äußerlich lukrativ; andere Produkte haben sich dort in hohem Maße behauptet, so insbesondere Alfalfa und Melonen, die gegenwärtig die wichtigsten Produkte des Distrikts sind. Erst längere Erfahrung kann lehren, welcher Zweig der Landwirtschaft dort auf die Dauer der gewinnbringendste ist.

Sehr günstige Ansichten soll in Kalifornien auch der Reisbau bieten. Vorläufig beschränken sich die Anfänge des Anbaues allerdings noch auf ein ziemlich begrenztes Gebiet, auf die weitere Umgebung von Wiggs im munteren Sacramento-Tale. Dort sind zwar die Bedingungen für den Reisbau nicht absolut am günstigsten, aber es befindet sich dort eine Versuchstation des Ackerbau-Departements, die eine Zeilung ihr besonderes Interesse dem Reisbau zugewandt hat, und deren günstige Erfolge die Farmer der Gegend dazu ermutigt haben, auch ihrerseits Versuche anzustellen und dann den Anbau von Reis in größerem Umfang zu wagen.

Am wichtigsten ist die Lösung der Wasserfrage. Als Stumpfsprache bebarf der Reis wesentlich mehr Wasser als andere Feldfrüchte, und in Kalifornien noch mehr als in anderen Reisanbaugebieten, z. B. den Südstaaten. Diejenigen Gegenden Kaliforniens, wo neben einer genügend hohen Temperatur im Sommer auch hinreichender Wasserbedarf für Bewässerungszwecke vorhanden ist, sind regenarm. Der Reisbau ist infolgedessen ausschließlich auf künstliche Bewässerung angewiesen. Es kommt hinzu, daß dort der Feuchtigkeitgehalt der Luft sehr gering und die Temperatur im Sommer sehr hoch ist, was eine ungewöhnlich starke Verdampfung zur Folge hat. Man hat berechnet, daß während in den Südstaaten der Reis etwa 1,2 Meter Wasser nötig hat, er in Kalifornien etwa 2,1 Meter Wasser verlangt. Wasserbedarf und Temperatur, wie sie der Reis bedingt, weisen in Kalifornien seinen Anbau ganz auf die Niederungen der beiden großen Ströme, des Sacramento und des San Joaquin.

Nach den vorliegenden Versuchen erscheint der Reisbau in Kalifornien für die Farmer in hohem Maße einträglich und bei dem Umfang des nach Bodenbeschaffenheit und klimatischen Verhältnissen geeigneten Arealis auch in hohem Maße entwicklungs-fähig. Wichtig ist auch, daß der Reisbau verhältnismäßig wenig Pflege bedingt, mithin die Lösung der Arbeiterfrage keine Schwierigkeiten bietet; dieses Moment ist gerade für Kalifornien von besonderer Bedeutung, wo die schwierigen Arbeitsverhältnisse schon das Aufkommen mancher Industrie, wofür die sonstigen Bedingungen günstig lagen, verhindert haben. Wenn, wie jetzt wohl anzunehmen, sich in Kalifornien ein Reisbau in großem Maßstab entwickelt, so wird man in Zukunft mit Reis als einem amerikanischen *Rassen-Exportartikel* zu rechnen haben. Vermutlich wird zunächst der Gang der sein, daß kalifornischer Reis den Westen der Vereinigten Staaten versorgt und in den Südstaaten Reis für den Export frei wird.

Marktpreise von Berlin am 11. April 1914. nach Ermittlungen des lgl. Polizeipräsidiums. Weizen (mitgel.), gute Sorte 0,00—0,00, Donau 0,00—0,00, Raib (runder), gute Sorte 0,00—0,00, Richtstroh 0,00, Weiz 1,60—1,80.
Marktblattenerlei. 100 Hekt. Erbsen, gelbe, zum Kochen 24,00—30,00, Bohnenbohnen, weiße 35,00—50,00, Winter 40,00—50,00, Kartoffeln (Kleinh.) 4,00—7,00, 1 Kilogramm Hirsefleisch, von der Seele 0,00—0,00, Hirsefleisch, Pausfleisch 0,00—0,00, Schweinefleisch 0,00—0,00, Rindfleisch 0,00—0,00, Hammelfleisch 0,00—0,00, Butter 2,40—3,00, 60 Stück Eier 3,00—4,50, 1 Kilogramm Karben 1,20—2,40, Kafe 1,80—3,20, Zander 1,60—3,40, Hechte 1,60—2,80, Barsche 1,00—2,20, Schleie 1,60—3,20, Fische 0,80—1,60, 60 Stück Krebse 3,50—21,00.

Eingegangene Druckchriften.

Die Werbausbildung in der Seeschifffahrt. Von B. Euden. (Zaats- und soziale Fortschritte, Heft 172.) Geb. 8 M. Dunder u. Dumblat, München und Leipzig.
Moralische Erzählungen. Von Dr. Rebeccah Emil Uffend (Heub.-omum). 3 M., Heft 4 M., C. Graflauer, Leipzig.
Unter Tierarzt. Von Dr. Arndt. 1,50 M., geb. 2 M. — Neues Gartenbuch. Von G. Rathke. 1,25 M., geb. 1,75 M. L. Schwarz u. Co., Berlin S. 14.
Das Narrenschiff. 24 Wochenchrift. Nr. 1. 20 H. Verlag: R. Gorrig, Frankfurt a. M.
Wir vertriebenen Elsfelder. Von E. J. D. Kader. 1 M. J. F. Lehmanns Verlag, Berlin W. 8.
Jahrbuch 1913 der Dresdener Gewerkschaften. 125 S. Gewerkschaftsdruck Dresden.
Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Von Adolf Braun. 58 S. Verlagsanstalt des Deutschen Arbeiterverbandes Berlin.
Historisch-politische Aufsätze und Reden. Von S. Osnam. 2 Bde. 12,50 M. H. Lidenburg, Rindern-Elzig.
Wasmuths Monatshefte für Baukunst. 1 Jahrg. Heft 1. Jährlich 12 Hefte. 24 M. C. Wasmuth, Berlin W. 8.

KNORR

Schon die dritte Generation Jung-Deutschlands gedeiht ausgezeichnet bei

Knorr-Hasermehl.

Das Paket kostet nur 30 Pfg.

Seifen Schneewittchen-Bleichseifenpulver... Tapeten, Wachsleuchte... Unterrichts-Institute... Uhren und Goldwaren...

F. Seifner Nachf. Schöneberg... Verleicherungen... Deutschland Berlin... Iduna zu Halle a. S....

Café Metropol Köpenicker... Grand-Café 'Zepplin'... Hagenbeck Café und Restaurant... Zahnärztler...

Riebeck-Bier-Ausschank... Yoghurt-Präparate... Yoghurt-Milch-Kakao... Zahnärztler...

Briz... Bohnsdorf... Fredersdorf... Königs-Walterhausen... Butterhandlung Monopol...

Lichterfelde... Mariendorf... Mahlsdorf... Neukölln... Tegel... Spandau...

W. Lutter, Fabr., Fischeidorferstr. 98... Schönberg... Straußberg... Weiland... Weidenhof...

Jedes Wort 10 Pfennig. Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zuzüglich 2 fettgedruckte Worte)...

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Zepplin-Thomas, Driemenstr. 44... Bettenerverkauf!... Anzüge, Paletots, Teilzahlung!... Teppiche (Auchenblet), Gelegenheitslauf...

Teppich-Spezialhaus Emil... Monatsanzüge und Sommerkleider... Frachtkisten 5,00, daunige Betten... Kleider, Paletots, Teilzahlung!

Wäbel-Verkehr... Möbelkredit... Möbelhandlung... Möbelhandlung... Möbelhandlung...

Möbel von Geld... Möbelhandlung... Möbelhandlung... Möbelhandlung... Möbelhandlung...

Musikinstrumente... Fahrräder... Kaufgesuche... Musikinstrumente... Fahrräder... Kaufgesuche...

Verschiedenes... Wohnungen... Zimmer... Verschiedenes... Wohnungen... Zimmer...

Vermietungen... Zimmer... Verschiedenes... Wohnungen... Zimmer... Vermietungen...

Verkäufe.

Zepplin-Thomas, Driemenstr. 44... Bettenerverkauf!... Anzüge, Paletots, Teilzahlung!... Teppiche (Auchenblet), Gelegenheitslauf...

Teppich-Spezialhaus Emil... Monatsanzüge und Sommerkleider... Frachtkisten 5,00, daunige Betten... Kleider, Paletots, Teilzahlung!

Wäbel-Verkehr... Möbelkredit... Möbelhandlung... Möbelhandlung... Möbelhandlung...

Möbel von Geld... Möbelhandlung... Möbelhandlung... Möbelhandlung... Möbelhandlung...

Musikinstrumente... Fahrräder... Kaufgesuche... Musikinstrumente... Fahrräder... Kaufgesuche...

Verschiedenes... Wohnungen... Zimmer... Verschiedenes... Wohnungen... Zimmer...

Vermietungen... Zimmer... Verschiedenes... Wohnungen... Zimmer... Vermietungen...

Verkäufe.

Zepplin-Thomas, Driemenstr. 44... Bettenerverkauf!... Anzüge, Paletots, Teilzahlung!... Teppiche (Auchenblet), Gelegenheitslauf...

Teppich-Spezialhaus Emil... Monatsanzüge und Sommerkleider... Frachtkisten 5,00, daunige Betten... Kleider, Paletots, Teilzahlung!

Wäbel-Verkehr... Möbelkredit... Möbelhandlung... Möbelhandlung... Möbelhandlung...

Möbel von Geld... Möbelhandlung... Möbelhandlung... Möbelhandlung... Möbelhandlung...

Musikinstrumente... Fahrräder... Kaufgesuche... Musikinstrumente... Fahrräder... Kaufgesuche...

Verschiedenes... Wohnungen... Zimmer... Verschiedenes... Wohnungen... Zimmer...

Vermietungen... Zimmer... Verschiedenes... Wohnungen... Zimmer... Vermietungen...

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

Berlin C. H. Dahlisch, Adenstr. 174... O. Vetter, Bismarckstr. 12... N. H. Wolgast, Weichstr. 9... NW. G. Schmidt, Dammstr. 42... Adlershof, Karl Schwarzschild, Bismarckstr. 28...

Dieser schneidige Affessor kann es noch recht weit bringen. Zu bedauern ist nur, daß der Polizeikommissar nicht den Mut fand, dem Herrn zu bedeuten, daß er städtischen Polizeibeamten nichts zu befehlen habe.

Ovambo-Beglückung.

Die „Berl. Neuesten Nachrichten“ fordern nicht nur den Bau der Ovambobahn bis ins Land der Ovambo, sondern auch die Fortführung der Bahn bis an die portugiesische Grenze. Eine solche Bahn sei ein wahres „Kulturwerk“, denn erst durch die Verwandlung der Ovambo in koloniale Lohnslaven werde die Gefahr abgewendet, daß schlechte Jahre für die Ovambo zu Hungerjahren werden könnten. Dann fährt das Blatt fort:

Allein die über 800 Gouvernementsbeamten und die 120 Offiziere (mit Polizei-, Sanitäts- und Veterinäroffizieren) brauchen etwa 1000 persönliche Diener; dazu kommt der Bedarf der Verwaltung an Arbeitern, Polizeidienern mit 900 Köpfen, der Militärverwaltung mit 600 Mann. Weiter nehme man die schwarzen Gehilfen bei den Ortswaltungen, die Arbeiter beim Hafenbetrieb, bei der Bahn; von der außerordentlich geringen Bevölkerung des Sänggebiets — vielleicht 40 000 Männer und Frauen über 10 Jahre, wenn man vom Auslande abzieht — nimmt der öffentliche Dienst wohl an 10 v. H. in Anspruch, wenn nicht noch mehr. Dann kommen noch persönliche Diener bei Weihen hinzu, Diener in Hotels; für den anbauend wachsenden Bedarf der Farmen, Gewerbe und Gewerksbetriebe, die erwachsene Männer haben müssen, bleibt also nicht genügend übrig. Auch eine jährliche „Sachlängerei“ von 10 000 — 15 000 Ovambos wird den wachsenden Bedarf schwerlich zu decken vermögen; es wird sich wohl als nötig herausstellen, die Amboandbahn bald einmal bis an die portugiesische Grenze zu verlängern, wodurch es vielleicht möglich wird, portugiesische Ovambos nach Südwestafrika zu ziehen.

Also weil es an Ausbeutungsobjekten fehlt, möchte man die Ovambo „beglücken“. Hätte nicht General Trotha seinerzeit die Herero durch seinen Ausrottungskrieg dezimiert und ihrer Zehntausende dem Tode des Verhungerns und Verdurstens preisgegeben, so hätte man jetzt Boys und Arbeiter in Hülle und Fülle!

Wie aber, wenn die Ovambo trotz der Bahn nicht so zahlreich und so billiges Ausbeutungsmaterial stellen? Je nun, dann wird man es mit ihnen wie mit den Herero machen. Man wird sie durch Händler anzuwehren und an den Bettelstab bringen lassen, und wenn sie sich dann in ihrer Verzweiflung zur Wehr setzen — nun, dann hat man ja die Bahn, um schleunigst Truppen gegen sie zu entsenden! Dann kann man ja auch das schöne Weideland der Ovambo annehmen, das unseren Farmern in Südwest schon längst in die Augen sticht!

Ueberhaupt, so ein schöner neuer Krieg könnte der trotz des Diamantensieges bankrotten Kolonie wieder für ein paar Jahre auf die Beine helfen! Das ist die wahre Bedeutung der Ovambobahn!

Der letzte Tag unter dem Militärgefes.

18 Monate Gefängnis für Unüberlegtheit unter dem Einflusse des Alkohols! Der im letzten Herbst bei der Minenabteilung in Cuzhaden eingestellte Matrose Gustav Loeck wurde behufs Erledigung eines in seine Zivilzeit zurückreichenden Strafverfahrens wegen Meuterei zum 14. v. Nis. zur Disposition der Ersatzbehörden entlassen und bereits am 13. v. Nis. nach der Heimat beurlaubt. Er reiste am letztgenannten Tage nach Hannover zu seiner Mutter und berührte den andern und zugleich letzten Tag seiner militärischen Dienstzeit zu einer gemeinsamen Dienstreise mit dem Längste der Straße 54 wohnhaften Heizer Schaper, dem er Grüße von seiner Truppe mitgebracht hatte. Abends nach 9 Uhr waren die beiden in der Hallischen Wirtschaft in der Bodestraße, wo sie in stark angetrunkenem Zustande wegen einer geringfügigen Differenz militärischer Art mit den stellungslosen Rekruten Neucher, Bauer und Winken eine kleine Auseinandersetzung hatten. Beim gemeinsamen Verlassen des Lokales gingen Loeck und Schaper zu Tischchenberg, wo die ein Einschreiten der Schuppleute Necher und Tischchenberg erforderlich machten. L., der seine Personalien verteidigte, wurde nach dem Polizeirevier transportiert, wobei er erheblichen Widerstand leistete und gebrochelt werden mußte. Nach Feststellung der Zuständigkeit der Militärgerichte lieferten die Schuppleute den L. auf der Schloßwache ab, wo der Wachhabende sofort, eine halbe Stunde vor Rittersnacht, einen Gefreiten und zwei Mann mit der Ueberführung des L. in das Militärarresthaus beauftragte. L. ging zunächst ruhig mit bis zum Artilleriedepot, wo er plötzlich dem neben ihm gehenden Gefreiten, seinem militärischen Vorgesetzten, einen heftigen Schlag ins Gesicht versetzte und dann das Weite suchte. Da er aber in der Dunkelheit zu Fall kam, wurde er alsbald wieder ergriffen und trotz heftigen Widerstandes und Treuens nach seinen Transporteuren um 1/2 12 Uhr im Militärarresthaus eingeliefert. In der Verhandlung vor dem Kriegsgericht der 20. Division wurde noch festgestellt, daß L. auch den Gefreiten durch allerlei Redensarten, wie: „Sie Schnoddriger Gefreiter wollen mich ins Arresthaus bringen, das können Sie gar nicht!“ beleidigte. Ähnlicher Beleidigungen hatte er sich gegen die Schuppleute bedient, zu denen er sagte: „Ihr Lumpenspinner, beim Militär seid Ihr nichts geworden, jetzt wollt Ihr Leute verhaften.“ Im übrigen erklärte L., dessen Verteidigung Rechtsanwalt Dr. Lidow führte, daß er sinnlos betrunken gewesen sei und sich an die inkriminierten Vorgänge fast gar nicht zu erinnern vermöge. Durch die Beweisaufnahme erschien aber dem Gericht als erwiesen, daß L. wohl stark angetrunken, aber Herr seiner Sinne war. Trotz der Schwere des Falles und verschiedener wegen Gewalttätigkeitsdelikten erfolgten Vorbestrafungen des Angeklagten wurden diesem noch einmal mildernde Umstände zugewiesen, auch bezüglich der militärischen Verbrechen mildernde Umstände angenommen. Immerhin traf den Angeklagten eine sehr strenge Strafe, und das Kriegsgericht verurteilte ihn wegen gefährlicher Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Beleidigung, Selbstgefängnenbefreiung in Verbindung mit tätlichem Angriff gegen einen Vorgesetzten und wegen Widerlegung in Verbindung mit einem zweiten tätlichen Angriff zu insgesamt einem Jahre und sechs Monaten Gefängnis.

Oesterreich.

Eine Ministerzusammenkunft.

Die Minister des Auswärtigen von Italien und Oesterreich, San Giuliano und Graf Berchtold, sind gestern in Abbazia zusammengelassen. Es handelt sich offenbar um Besprechungen, wie die Mittelmeerpolitik der beiden Staaten angesichts der neuen Balkanverhältnisse in Einklang zu bringen sei. Der internationalen Presse gibt die Zusammenkunft einen in dieser stillen Zeit erwünschten Stoff zu ellenlangen Kombinationen.

Nach einer Meldung der „Allg. Ztg.“ aus Berlin dürfte die Zusammenkunft der auswärtigen Minister Oesterreich-Ungarns und Italiens jedenfalls auch dazu benutzt

werden, um die Erwidrerung der Dreibundmächte auf den ihnen vom Dreiverband vorgeschlagenen Entwurf zur Verantwortung der griechischen Note über Südbalkanien und die Inselfrage zu beschleunigen.

Ungarn.

Die Presseform der Plutokratie.

Budapest, 10. April. (Fig. Ver.) Das neue Pressegesetz, das am Ostermontag in Ungarn in Kraft trat, verfolgt den Zweck, die sozialistische und die Gewerkschaftspresse durch die materielle Ruinierung ihrer Druckerei zu vernichten. Das herbeiziehende Merkmal des Gesetzes ist sein plutokratischer Charakter. Es macht das Kapital zum uneingeschränkten Herrn der Presse, als es irgendwo und irgendwann bisher war. Die Presse wird zu einem Geschäft gemacht, das nur außerordentlich kapitalkräftige Leute betreiben können. Die zur Herstellung dieses Privilegs vorgeschlagenen Mittel sind mannigfaltig. Diesen Zweck verfolgt die Erhöhung der Kaution der Tagesblätter von 20 000 auf 50 000 Kr. und die Einführung der Kaution von 10 000 bis 20 000 Kr. für die bisher kautionsfreien Wochen- und Monatsblätter, wenn sie über Politik schreiben wollen. Man stelle sich ein Gewerkschaftsblatt vor, welches über geschäftlichen Arbeiterstreik, über die sozialpolitischen Debatten des Reichstages nicht schreiben darf! Im Dienste dieser Tendenz stehen die drakonischen Strafbestimmungen, deren wir nur eine erwähnen wollen, die aber den Geist des Ganzen gebührend kennzeichnet: die Veröffentlichung einer „unwahren“ Nachricht wird mit Gefängnis von einem Jahre und mit 200 bis 2000 Kr. bestraft. Der Titel der Zeitschrift und der Verfasser, wenn er nach der Einschätzung des Manuskriptes eintritt, wird zu einem Delikt gestempelt und mit Gefängnis von 15 Tagen bestraft. Das Gesetz statuiert die Schadenersatzpflicht für zugefügte materielle und moralische Schädigungen. Die Behauptung, ein Unternehmer beutet die Arbeiter aus, ist eine Verächtlichmachung seines guten Rufes und somit eine moralische Schädigung. Die Kundmachung, daß über eine Verhaftung eine Sperrung verhängt ist, ist ein dem Unternehmer zugefügter materieller Schaden. Denn die Verursachung dieses Schadens ist ja eben der Zweck dieser Maßregel. Zugut ist fernzubehalten — kann unter Umständen die Gefährdung eines Betriebs und großer wirtschaftlicher Interessen bedeuten. Auf Grund des neuen Pressegesetzes können in allen diesen Fällen die Unternehmer klagen, und das Gesetz spricht ihnen das Recht auf einen angemessenen Schadenersatz auch in dem Falle zu, wenn in dem belangten Artikel keine strafbare Handlung vorliegt! Aber es kommt noch besser! Für alle Geldstrafen und auch für den Schadenersatz haften nicht nur die Kaution, nicht nur der Verfasser, Redakteur und Herausgeber der Zeitschrift, sondern auch die Druckerei, wo das Blatt, Flugblatt, Kufur hergestellt wurde. Die Höhe des Schadenersatzes soll nach der Vermögenslage beider Parteien bestimmt werden. Man stelle sich nun die Lage vor, daß ein Redakteur eines Gewerkschaftsblattes auf Grund einer Klage einer großen Jochverwaltung verurteilt wird. Da sämtliche Gewerkschaftsblätter in der Vilagoslag-Druckerei hergestellt werden und die Redakteure der Arbeiterblätter unermittelte Genossen sind, muß in allen diesen Fällen letzten Endes die Druckerei aufkommen, deren finanzielle Jugrunderichtung und damit die Unterbindung der materiellen Hilfskräfte der ganzen sozialdemokratischen Agitation einer der Hauptzwecke dieses Gesetzes ist.

Diese plutokratische Struktur des Gesetzes, die einen Hauptzug auf die Arbeitergroßen darstellt, haben aber nicht nur die Arbeiterblätter zu fürchten. Am Tage der Verkündung des Gesetzes richtete die ungarische Allgemeine Sozialisten-Vereinsgesellschaft an alle bürgerliche Blätter, deren Kaution sie erlegte, ein Rundschreiben, in welchem sie mit Berufung auf die Bestimmungen des Gesetzes, die zu viel Risiko zu Lasten der Kaution enthalten, die Kaution kündigt.

Die durch das Gesetz geschaffene Situation kann am besten dadurch gekennzeichnet werden, daß infolge des Gesetzes die Budapest-er Staatspolizei den Betrieb des Polizei-Preßbüros einstellte mit der Begründung, daß man die im Preßbureau angehefteten Polizeibeamten als Informanten der Presse seinerzeit straf- oder vermögensrechtlich verantwortlich machen könne.

Somit beginnt am 12. April für die Arbeiterpresse in Ungarn ein Ringen auf Leben und Tod. Wir möchten mit diesen Zeilen die Aufmerksamkeit der Internationale auf diese Zustände lenken, deren Hilfe und werthvolle Sympathie die ungarische Arbeiterschaft in diesem Kampfe dringend braucht.

England.

Allerlei Keimhaftige Sorgen.

London, 14. April. In der heutigen Sitzung des Unterhauses, der ersten nach der Feiertagspause, fragte der Abg. Reed (Unionist), ob das Auswärtige Amt einer englisch-deutschen Gruppe, die an die türkische Regierung herantreten sei oder herantreten könnte, um mit Bezug auf die mesopotamischen Oelfelder Konzeptionen zu erlangen, diplomatische Unterstützung zuteil werden lasse. Ferner fragte Reed, ob die türkische Regierung, so weit England in Frage komme, vollkommene Handlungsfreiheit habe, solche Konzeptionen nach Gutdünken zu vergeben. Vorlamentsuntersekretär Acland erwiderte, er könne, während die Verhandlungen geführt würden, keine Erklärung abgeben, abgesehen von der Mitteilung, daß die türkische Regierung vor mehreren Jahren gewisse Verpflichtungen übernommen habe, die sie, wie er allen Grund habe, zu glauben, erfüllen werde.

Der Abgeordnete Dennis (Unionist) fragte, ob der griechische Ministerpräsident Venizelos in einer Konferenz, in der der König der Hellenen den Vorsitz führte, ermächtigt worden sei, von einem südamerikanischen Staate ein Schlachtschiff zu kaufen, ob dieser Ankauf erfolgt sei und ob diese Schiffvermehrung im Mittelmeer bei den voranschreitenden zur Aufstellung genügender Seestreitkräfte für den Schutz britischer Interessen im Mittelmeer berücksichtigt werden würde. Parlamentsuntersekretär Acland erwiderte, die britische Regierung habe keine Kenntnis von der erwähnten Konferenz. Soweit ihr bekannt sei, sei ein solcher Schiffsankauf nicht erfolgt.

Premier- und Kriegsminister Asquith nahm nach seiner Wiedererwählung unter lautem Beifall der Ministerialen seinen Sitz ein.

Schweden.

Sozialdemokratische Wahlerfolge.

Stockholm, 14. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bis heute liegen die Resultate aus weiteren elf Wahlkreisen vor. In Wästermanland, Nord und Medelpad hatten wir glänzende Erfolge. Dort gelang es uns, je einen Sitz den Liberalen abzunehmen. Außerdem verloren die Liberalen drei weitere Sitze, die den Konservativen zufielen. Die Wahlbeteiligung war überall stark. Die Sozialdemokratie erzielte in allen Kreisen erheblichen Stimmengewinn.

Rußland.

Konferenz der Kadettenpartei

Petersburg, 12. April. (Fig. Ver.) Dieser Tage fand in Petersburg eine Konferenz der konstitutionell-demokratischen („Kadetten“) Partei statt, an die sich nun eine lebhaftere Erörterung in der russischen Presse knüpft. Das Bemerkenswerteste an dieser Konferenz ist der unerkennbare Stimmungsumschwung in den liberalen Kreisen des Bürgerthums, die auf eine entschiedeneren Taktik der Kadettenfraktion in der Duma hindrängen.

Sozial als bisher erlöste auf der Konferenz die Forderung, daß die parlamentarische Vertretung des russischen Liberalismus ihre einzige Kompromißtaktik aufgeben und ihre oppositionelle Haltung schärfer betonen solle.

Zeigte diese Stimmung auf der Konferenz aber auch unübersehbare die Einwirkung der politischen Debatte im Lande, so vermochte sie doch nicht in den Beschlüssen der Konferenz festere Formen anzunehmen. Der einzige positive Beschluß der Konferenz ist — auf die „Forderung“ der Regierung hinzuwirken. Aber dieser Beschluß ignoriert einerseits die grundlegende Tatsache, daß das feste Band zwischen der Regierung und der herrschenden Junkerlich-plutokratischen Spitze nicht durch Leere Worte, sondern durch den organisierten Kampf der demokratischen Elemente zerlöset werden kann. Andererseits zeigen die übrigen Beschlüsse der Konferenz keineswegs die Bereitwilligkeit, auf eine wirkliche „Forderung“ der Regierung hinzuwirken. Weder enthält die taktische Resolution der Konferenz den Beschluß, die oppositionelle Stellung der Partei durch Ablehnung des Staatsbudgets, noch enthält sie überhaupt ein Anzeichen, daß die Partei des russischen Liberalismus gegen die zunehmende Last der Meeres- und Flottenrüstungen Stellung nimmt. Einerseits sucht der russische Liberalismus durch billige Präsenzen an dem politischen Ausschuss im Lande Ansehen zu gewinnen, andererseits bewilligt er dem herrschenden Regime alle Mittel, mit denen dieser Ausschuss aufgeschoben und bewältigt werden kann.

Albanien.

Der Kampf um den Epirus.

London, 13. April. Die „Times“ melden aus Durazzo, daß am Ostermontag ein neues heftiges Gefecht zwischen Albanern und Epiroten bei Premeti stattgefunden hat. Die Epiroten wurden gezwungen, ihre Stellungen zu räumen. Auf beiden Seiten sind die Verluste groß und eine große Zahl griechischer Soldaten wurden gefangen genommen. Die Albaner sind bis an den Wiasfluß, an dem Premeti liegt, vorgegedrungen. Das ist der südlichste Punkt, den die albanische Gendarmerie bisher erreicht hat.

Außerdem haben verschiedene Schirmhelfer zwischen Freijährern beider Parteien stattgefunden. Ueberall im Epirus kommt es täglich zu Reibereien. Alles hängt jetzt davon ab, ob die griechische Regierung ihre Truppen aus dem Epirus zurückzieht. Die Albaner sehen (angeblich) mit dem größten Vertrauen in die Zukunft und halten sich den Griechen für weit überlegen. Sie sind überzeugt, daß sie die Epiroten sehr bald besiegt haben werden, wenn nur erst die regulären griechischen Truppen abberufen sind. Der albanische Gouverneur von Koritza ist gestern mit 500 Gendarmen nach dem Süden abgegangen.

Die aus Athen politisch Kreisen verlautet, sollen die Mächte beschloffen haben, Griechenland in den nächsten Tagen eine Note zu überreichen, in der die griechische Regierung aufgefordert wird, den Epirus zu räumen. Griechenland würde dem Verlangen der Mächte in dieser Frage auch sofort nachkommen.

Mexiko.

Der amerikanisch-mexikanische Zwischenfall.

Washington, 14. April. Ueber die Festnahme amerikanischer Marinesoldaten in Tampico wird eine weitere Untersuchung eingeleitet werden, bevor die amerikanische Regierung bezüglich der Forderung auf Salutierung ihrer Flagge weitere Schritte tut.

Konzentration der atlantischen Flotte der Vereinigten Staaten.

Washington, 14. April. Die atlantische Flotte hat Befehl erhalten, sich vor Tampico zu sammeln, um der Forderung des Admirals Mayo auf Salutierung der amerikanischen Flagge durch die Truppen Guertias Nachdruck zu verleihen.

Letzte Nachrichten.

Der neue Kurs im Ost.

Frankfurt a. Main, 14. April. Die der „Frankfurter Zeitung“ aus Straßburg gemeldet wird, hat der Bezirkspräsident des Ober- rhein dem Theaterverein „Freie Volksbühne“ in Straßburg die Ausführung der beiden Theaterstücke „An die Scholle gefesselt“ und „Die neue Nacht“, die in Paris aufgeführt werden sollten, verboten. Der sozialdemokratische Abgeordnete Necher hat sich um Aufschluß an den Staatssekretär Großen von Rodern gewandt, und, wie die „Freie Presse“ mitteilt, hat ihm dieser geantwortet, daß eine Beschwerde gegen dieses Verbot nicht eingegangen sei, daß aber die Durchsicht der beiden Stücke dem Staatssekretär keinen Anlaß gegeben habe, die Verfügung des Bezirkspräsidenten aufzuheben. Es handelt sich bei dem Verbot um zwei Theaterstücke, die in hochdeutscher Sprache geschrieben und die in vielen Städten Deutschlands bereits aufgeführt worden sind.

Vorläufiges Wahlergebnis in Schweden.

Stockholm, 14. April. Heute hat in elf Wahlkreisen die Stimmzählung stattgefunden. Im ganzen sind bisher gewählt 87 Mitglieder der Rechten, 20 Liberale, 32 Sozialdemokraten. Die Rechte hat 9 Sitze gewonnen und einen verloren, die Liberalen haben 10 Sitze verloren und die Sozialdemokraten vier gewonnen und zwei verloren. Der frühere liberale Finanzminister Freiherr von Adelswaerd wurde wiedergewählt.

Hausdurchsuchungen und Verhaftungen in Petersburg.

Petersburg, 14. April. Im Laufe der letzten Nächte wurden umfangreiche Hausdurchsuchungen unter Arbeitern und Studenten abgehalten. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen, darunter der Vorstand der Krankenkasse der Putzwerk- Werke.

Blutiges Eifersuchtsdrama.

Offen a. Ruhr, 14. April. Heute morgen verlegte in einer hiesigen Wirtschaft an der Ecke der Anna- und Bitteringstraße ein junger Mann seine Geliebte durch einen Schlag in den Kopf schwer und jagte sich dann selbst eine Kugel in den Kopf. Der Grund zur Tat ist in Eifersucht zu suchen.

Eine schwere Bluttat.

Chliss, 14. April. Bei dem Gute Hadhausen (Kreis Neuf) hat heute der Arbeiter Romanowski seinen Schwager, den Arbeiter Friede, infolge von Familienjalousigkeiten mit der Schaufel erschlagen.

Der Rennfahrer van Rel seinen Verletzungen erlegen.

Leipzig, 14. April. Der holländische Rennfahrer van Rel, der vorgestern hier gestürzt ist, ist heute nachmittag gestorben.

Schweres Automobildrama in Ungarn.

Budapest, 14. April. Bei Pest-Bent Körincz rannte ein Automobil des Strohgrundbesizers Julius Wild gegen einen Baum und überfiel sich. Der Grundbesitzer erlitt schwere Verletzungen und starb auf dem Transport ins Krankenhaus. Seine Frau und der Chauffeur sind leicht, die beiden Kinder schwer verletzt.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Grenadierstraße 37, Hof geradezu, 1 Treppe.

Lehrplan für das 2. Quartal 1914.

Donnerstag: Volkswirtschaftspraxis (Praktische Nationalökonomie).

Güterbeschaffungspolitik: Landwirtschaft, Bergbau, Verarbeitungsgewerbe, Verkehrswesen und Handel, Geldwesen, Bank und Börse, Aussen Handel, Kolonialpolitik. — Organisationspolitik: Unternehmerorganisationen, Arbeiterorganisationen. — Die Staatswirtschaft: Staatshaushalt, Steuerwesen, Staatsbetriebe. — Wohlstandspolitik: Vermögens- und Einkommensverteilung, Bodenpolitik, Wohnungswesen, Versicherungswesen, Armenfürsorge. — Gesundheitspolitik: Allgemeiner Volksgesundheitsschutz, Gewerbehygiene. — Bevölkerungspolitik: Mutterschaftsfürsorge, Säuglingsschutz, Erziehungs- und Bildungswesen, Rassenhygienische Aufgaben. — Zukunftsziele.

Vortragender: Dr. E. David.

Freitag: Gewerkschaftswesen (Theorie und Praxis der Gewerkschaften. II).

Einleitungsvortrag: Handwerk und Kapitalismus, Einfluß der Gewerkschaften. — Sozialpolitik der deutschen Gewerkschaften: Sozialpolitische Forderungen an Staat und Gemeinde. Die sozialpolitischen Einrichtungen der Gewerkschaften. Der sozialpolitische Einfluß der Gewerkschaften auf die Volkswirtschaft. — Arbeitsnachweis und Gewerkschaften: Arbeitsnachweise der Gewerkschaften und Unternehmer. Der paritätische Arbeitsnachweis. — Arbeitslosenfürsorge: Das Arbeitslosenproblem im kapitalistischen Zeitalter. Armenunterstützung und Notstandsarbeiter. Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften. Arbeitslosenversicherung. — Arbeitsvertrag und Arbeitsrecht: Aus der Geschichte des Arbeitsvertrages. Der Arbeitsvertrag im Gesetz. Forderung der Gewerkschaften. — Gesetzliche Arbeitervvertretungen: Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, Gesellschafterausschüsse der Innungen, Arbeiterschiedsgerichte, Arbeitervertreter in der Unfallverhütung. — Koalitions- und Vereinsrecht: Entwicklung des Koalitionsrechts in Deutschland. — Gewerkschaftsorganisationen und Arbeitersekretariate. — Gewerkschaftspropaganda und neuere Gewerkschaftsliteratur.

Vortragender: Emil Dittmer.

Sonntag: Geschichte des Sozialismus. III. Teil.

Von der Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins bis zur Gegenwart.

Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und seine Entwicklung bis zum Einigungskongress. — Die internationale Arbeiterassoziation. — Die Eisenacher. Der Einigungskongress. Das Sozialistengesetz. — Der Anarchismus. Das Spitzelwesen. Fall des Sozialistengesetzes. — Die neue Internationale. Taktische Differenzen unter dem Ausnahmegesetz. Die Unabhängigenbewegung. Maffei. Boykott. Genossenschaften. — Partei und Gewerkschaften. — Der Revisionismus. — Der Aufstieg der Sozialdemokratie im letzten Viertel des Jahrhunderts.

Vortragender: Emil Eichhorn.

Sonntag: Fortschrittskursus.

Historischer Materialismus mit geschichtlichen Rückblicken.

Zum Fortschrittskursus wird nur eine beschränkte Teilnehmerzahl zugelassen. Alle, die gewillt sind, an diesem Kursus teilzunehmen, müssen bis Sonntag, den 5. April, ihre Bewerbung an den Genossen Franz Beil, Neukölln, Emsor Str. 48 I, einbringen. Die Meldenden müssen mindestens ein Jahr Mitglied der Schule sein, einen Kursus besucht haben und politisch und gewerkschaftlich organisiert sein.

Vortragender: Emil Eichhorn.

Montag: Literaturgeschichte.

1. Aus der Geschichte und Technik des Dramas. 2. Auswahl aus Lessings Minna von Barnhelm und Nathan der Weise. 3. Goethes Faust. 4. Schillers Wilhelm Tell. 5. Kleists Zerbrochener Krug und Prinz von Homburg. 6. Auswahl aus Hebbels Dramen. 7. Ibsen. 8. Das moderne Drama.

Vortragender: Ernst Däumig.

Dienstag: Naturerkenntnis. (III. Teil: Das Leben auf der Erde.)

1. Die Natur des Lebens (Protoplasma, Zellenlehre). — 2. Die Theorien über die Entstehung des Lebens (Erzeugung usw.). — 3. Die Entwicklung des Lebens (Abstammungslehre). — 4. Die Triebkräfte dieser Entwicklung (Kampf ums Dasein usw.).

Vortragender: Käthe Duncker.

Mittwoch: Geschichte (Mittelalter).

1. Rückblick auf den Niedergang des Weströmischen Reiches, Ost-Rom und die germanischen Mittelmeerreiche. Die Franken. Das Papsttum. — 2. Die Araber, der Islam, das Kalifat. — 3. Das Abendland zur Zeit der Karolinger. Der Feudalismus. — 4. Kaisertum und Papsttum im 10. und 11. Jahrhundert. Die Normannen in England und Italien. — 5. Die Kreuzzüge. Byzanz. Die italienischen Städte. — 6. Das Zeitalter der Hohenstaufen. — 7. Deutsche Städte und Fürsten, Grundherren und Bauern seit dem Interregnum. — 8. Italien und das Papsttum, die römische Kirche und das Deutsche Reich im ausgehenden Mittelalter. — 9. England, Frankreich und die Niederlande im späteren Mittelalter. — 10. Byzanz und die Türken. Spanien und Portugal.

Vortragender: Dr. A. Conrady.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende resp. Sonntagvormittage. Beginn pünktlich 8^{1/2} Uhr, Ende 10 Uhr. Sonntags: Beginn 10 Uhr, Ende 11^{1/2} Uhr.

Die reichhaltige Bibliothek ist an den Unterrichtsabenden von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr geöffnet. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf., das Unterrichtsgeld für jedes Fach pro Kursus 1 Mark und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen. Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt bei Beginn jedes Kursus im Schullokal Grenadierstr. 37, Hof geradezu 1 Treppe, und in nachstehenden Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Admiralstraße 40a; Reul, Barnimstraße 42; Vogel, Lortzingstr. 37; W. Kaczorowski, Ravenstr. 6; Horsch, Engelauer 13.

Unterrichtsbeginn:

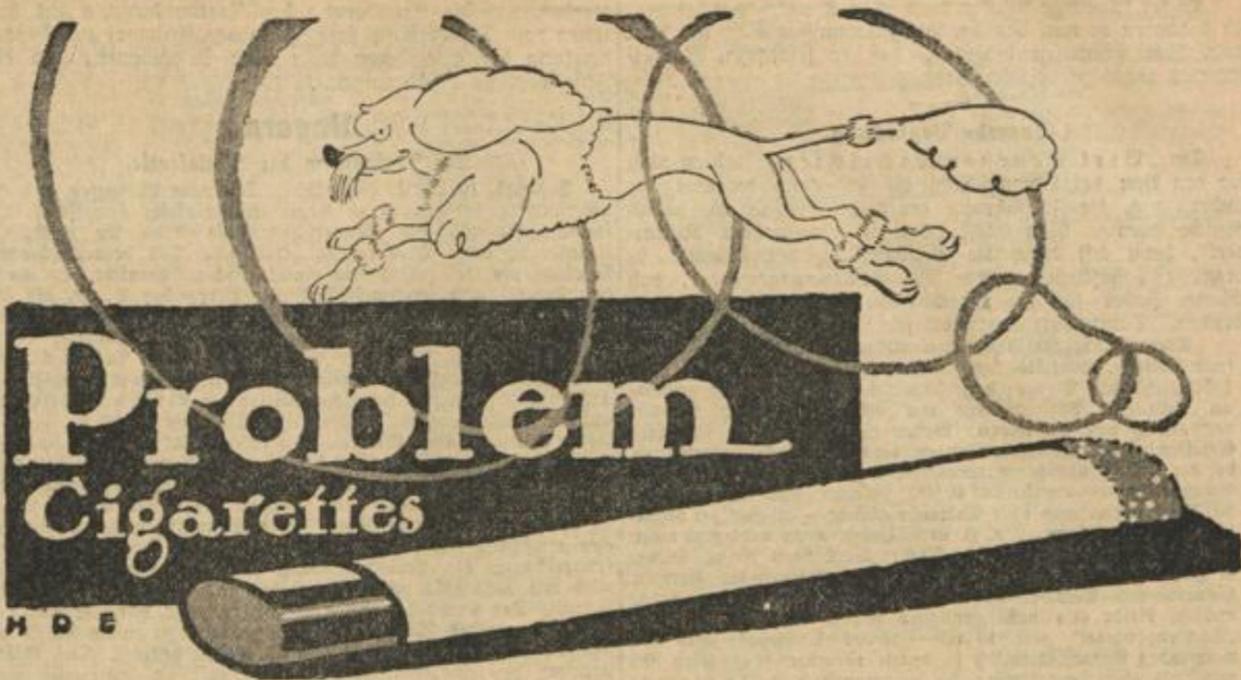
Donnerstag, den 16. April: Nationalökonomie.
Freitag, den 17. April: Gewerkschaftswesen.
Sonntag, den 18. April: Geschichte des Sozialismus.
Sonntag, den 19. April: Fortschrittskursus.
Montag, den 20. April: Literaturgeschichte.
Dienstag, den 21. April: Naturerkenntnis.
Mittwoch, den 22. April: Geschichte.

Alle Zuschriften und Geldsendungen sind an den Genossen H. Königs, Berlin S. 38, Hasenheide 36, zu richten.
Der Vorstand.

Die reellsten und solidesten

MÖBEL

liefert anerkannt Möbelfabrik von Schulz, Reichenberger seit 36 Jahren die mit langjähriger Garantie zu äußerst billigen Kassapreisen und gegen Zinsvergütung auch auf Teilzahlung. Größte Auswahl in moderner Ausführung in allen Preislagen von 240 bis 10 000 M. am Lager.



An die Gast- und Schankwirte Berlins!

Berufskollegen!

Kein einziger Stand leidet unter so hohen Belastungen und Besteuerungen als das Gastwirts- und Schankwirts-Handwerk. Wer kennt nicht all die vielen Extrabesteuerungen, welche der Gastwirt im Reich, Land und Gemeinde zu leisten hat. Wer kennt nicht die ins Ungemessene gesteigerten indirekten Steuern, wodurch die Rohmaterialien eine ungeheure Preissteigerung erfahren. Steuern auf Bier, Branntwein, Zigarren, Zigaretten, Streichhölzer, Gläserkörper und andere Bedarfsartikel sind es, die das Wirtsgewerbe zu tragen hat. Geradezu vernichtend hat die Finanzreform auf das Gast- und Schankwirts-Handwerk gewirkt. Tausende vernichteter Existenzen bedecken den Weg der letzten Steuerreform. Unzählige Berufskollegen waren gezwungen, die Stätte, in welcher sie unter Mitwirkung ihrer braven Frauen und fleißigen Kinder Ernährung fanden, zu verlassen. Unzählige von Berufskollegen fristen nur noch eine Scheineristenz.

Immer gewaltiger wird das Braupapital. Der Zusammenschluß im Braugewerbe bedingt für dieses eine Machtstellung, welche den Wirt immer abhängiger vom Braupapital macht und ihn zwingt, den Bedingungen dieses Braupapitals sich zu fügen.

Neben all diesem vorher Gesagten haben die behördlichen Bevormundungen und polizeilichen Schikanen einen nie geahnten Grad erreicht. In diesen schweren Zeiten kommen täglich neue Nachrichten, daß weitere Belastungen, Erhöhung der indirekten Steuern geplant seien. Beim Wiederauftreten des Reichstages nach Ostern wird der Entwurf eines Gesetzes zur Schanksteigerungsgebung, den die Regierung dem Reichstag unterbreitet hat, im Reichstag zur Verhandlung kommen. Dieser Entwurf enthält neue schwere Gefahren für das Gastwirts- und Schankwirts-Handwerk. Nichtige Anlässe sind zum Wortwand genommen, die Rechte der Polizeibehörden weitgehend zu erweitern. Würde dieser Regierungsentwurf Gesetz werden, würden weitere Tausende von Existenzen der Vernichtung anheimfallen. Dagegen gilt es, sich zu wehren.

All diese Maßnahmen können nur wirksam bekämpft werden im Interesse des Wirtsgewerbes durch Zusammenschluß. Wie alle Berufsgruppen erkannt haben, daß nur in der Organisation die Kraft und die Möglichkeit beruht, Schritte zum Schutze der Berufsangehörigen zu unternehmen, so muß sich auch diese Erkenntnis in die Reihen der Angehörigen des Gast- und Schankwirts-Handwerkes Bahn brechen. Eine solche Organisation besteht, es ist der

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte veranstaltet am **Mittwoch, den 15. April, nachmittags 5 Uhr**, für den 1., 3., 4., 5. und 6. Bezirk, und am **Donnerstag, den 16. April, nachmittags 5 Uhr**, für den 2. Bezirk je eine

Bezirks-Versammlung

in folgenden Lokalen:

- | | |
|---|--|
| 1. Bezirk. Mittwoch, den 15. April beim Kollegen Gieschke, Bielefeldstr. 24. | 4. Bezirk. Mittwoch, den 15. April beim Kollegen Scholz, Andreasstr. 21. |
| 2. Bezirk. Donnerstag, den 16. April beim Kollegen Wolfgramm, Kleriker 6. | 5. Bezirk. Mittwoch, den 15. April beim Kollegen Fröhlich, Fontane-Promenade 18. |
| 3. Bezirk. Mittwoch, den 15. April beim Kollegen Fr. Siegel, Gr. Frankfurter Str. 30. | 6. Bezirk. Mittwoch, den 15. April beim Kollegen Radke, Neue Jakobstr. 3. |

In allen Versammlungen finden Vorträge statt über:

Die Schankkonfessionsgesetzgebung im Lichte des Reichsverbandes deutscher Gastwirte.

Referenten sind die Kollegen Ubiglo, Vitfin, Wiehle, Jubell, Matthes.

Wir richten an die Gast- und Schankwirte, die keinem Verein oder Verband angehören, die dringende Aufforderung, sich die ihm geschilderten schweren Gefahren vor Augen zu halten und aus ihrer Gleichgültigkeit zu erwecken, sich einer Organisation anzuschließen, Mitglied des Verbandes „Freier Gast- und Schankwirte Deutschlands“ zu werden.

In den oben bezeichneten Bezirksversammlungen werden alle für das Wirtsgewerbe wichtigen Fragen eingehend behandelt und sind Berufskollegen als Gäste sehr willkommen.

Darum nochmals, Kollegen, kommt in diese Versammlungen!

78/14

Die Ortsverwaltung.

Selowsky's
Caruso-Cigaretten
 sind
 garantiert trustfrei!

Hautleiden

Jetzt bin ich in der Lage, Ihnen meinen herzlichsten Dank für Ihre wundervoll heilende Medizin, die mich vollständig von dem schauderhaften Hautleiden befreit hat, voll und ganz zu zahlen. Gustav Stichting, München.
 Hautpillen sind wie (Bsp. Dakt.) und folgen zu haben. Generaldepot u. Versand, Wisniewski Apotheke Berlin: Drangelstr. 17, ferner in den Apotheken: Charlottenstr. 51, Goldammer Str. 84a, Landsberger Str. 39, Kottbuser Allee 2, Auguststr. 60, Königsberger Str. 21, Belle-Alliance-Str. 12, Charlottenburg: Bismarckstr. 81, Wilmersdorf: Wilhelmstr. 110, Schöneberg: Hauptstr. 151, Spandau: Wilschdorfer Straße 14, Friedrichshagen: Zentral-Apotheke, Rhonania, Fabrik chem. pharm. Produkte, Bonn.

Parteiangelegenheiten.

Dritter Kreis. Heute Mittwoch, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr, findet der dritte Vortrag des Genossen Dr. Dunder über die Geschichte des Sozialismus (Von Thomas Morus bis jetzt) bei Fritz Wiese, Sebastianstr. 39, statt.

Neufahrn. Heute abend Versammlung der Jugendsektion. Auf der Tagesordnung steht der erste Vortrag des Gen. Zeuner über: „Die bürgerlichen Parteien des Reichstags“. Es darf wohl von allen jungen Arbeitern und Arbeiterinnen über 18 Jahre erwartet werden, daß sie in der Versammlung anwesend sind.

Neufahrn. Am Donnerstag, den 16. d. M., fällt die Unterrichtsstunde des Genossen Heinrich Schulz wegen des Vortragsauftrags des Genossen Dr. Dunder aus. Die nächste Stunde findet am 23. d. M. statt.

Lichtenberg. Jugendsektion. Heute Mittwoch, den 15. April, abends 8 Uhr, Versammlung im Rest. Finkenbogen, Schaarnweberstraße 60. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen A. John über „Technische Umwälzungen“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Nieder-Schöneweide. Mittwoch, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung im Waldhaus (Inhaber Voch). Berliner Straße. Tagesordnung u. a. Bericht und Neuwahl der Funktionäre.

Mariefelde. Am Donnerstag, den 16. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Schuster, Kirchstraße: Generalversammlung des Wahlvereins.

Berliner Nachrichten.

Unbedachte Untugenden.

Neulich fuhr ich auf der Eisenbahn. Das kommt öfter vor, so jeden Tag, des Morgens nach und des Abends von Berlin. Aber dann ist's voll im Wagen und die Leute haben keine Zeit, Äpfelchen zu essen. Diesmal aber war's nicht so voll und auch die Strecke eine andere, es ging nach dem Norden heraus, denn es war Sonntag und auch noch früh.

Mit mir im Abteil sah eine Dame — für mein Ziel in die Wildnis reichlich städtisch aufgezogen — und ah Äpfelchen, gewiß ein harmloses Beginnen. Was mich interessierte, waren die sonderbaren Handbewegungen: von der Äpfelchen unter die Bank. Den Weg machte nämlich die Schale, einmal, zweimal und noch einmal, dann wurde es mir zuviel. Ich malte mir im Geiste aus, wie der Wagen ausschauen würde, wenn alle Reisenden diese liebendwürdige Gepflogenheit hätten und sich dann nach und nach Eierkäse, Papierseifen, Automatenhilfen und dergleichen angenehme Dinge mit den inzwischen halbvertretenen Äpfelchenhälften zu einem lieblichen Stilleben vereinen würden. Und dann fragte ich die Dame, ob es in ihrer Wohnung so üblich sei, alle Abfälle unter das Sofa zu werfen, denn der Eisenbahnwagen müsse heute noch vielen Ausflüglern stundenlang als Wohnung dienen, ehe er gereinigt werden könne. Sie war verdutzt, „daran“ hatte sie wirklich nicht gedacht. Einige Mitreisende aber lächelten, ich weiß nicht, war es Schadenfreude oder Verfall.

Dann stieg ich aus und suchte den Wald auf, um auch zu frühstücken. Aber ach! An einem schönen Plätzchen — da fand ich das Stilleben von oben wieder, nur noch durch eine verlassene Kaffeeflasche veralltäglicht. Auch hier hatten vor mir Leute gehaust, die nicht wußten, daß auch der Wald eine Stube ist, für so viele gar eine „gute Stube“, die sie nur Festtags betreten können, und die sie darum fein säuberlich halten sollten, weil andere, denen es ebenso geht, doch auch ihre Freude daran haben wollen.

Gewiß sind nicht alle Berliner so unbedacht. Wären sie es, würden die Wälder und Fluren um die Millionenstadt direkt unzugänglich sein. Aber doch gibt es eben immer noch Leute, die sich nichts dabei denken, wenn sie an einer lausigen Waldstelle oder an dem Ufer unierer Gewässer Frühstücksreste zurücklassen und damit dem Nachkommenden ihre ganze Speisekarte förmlich aufdrängen. Und wie leicht ist es doch, Flur und Wald rein zu halten, wenn der einzelne nur will. Da lassen sich die verderblichen Reste fast überall leicht und entsprechend tief vercharren oder in die vielen Hosenlöcher begraben. Einwickelpapier kann man nötigenfalls auch mitnehmen und gelegentlich in die Sammelkästen werfen oder zu Hause verbrennen. Nie aber werfe man dergleichen oder gar Scherben achtlos weg. Man bedenke stets, daß nach uns noch andere Erholungsbedürftige den gleichen Platz benutzen wollen. Die darf ein Ruheplatz verlassen werden, ohne daß aufgeräumt ist und alle Spuren der Anwesenheit beseitigt sind. Wer die Natur liebt, hält sie rein und nicht minder die Wege, die zu ihr hinführen.

Röhne statt Schwäne.

Im Treptower Karpfenteich ist schon seit Jahren kein Karpfen mehr zu entdecken. Eher wäre die Umlaufung in „Schwanenteich“ berechtigt gewesen. Noch vor zwei Jahren erkeuten hier etwa 80 Schwäne die Gefässer des Treptower Parks. Es war ein prächtiger Anblick, wenn die stolzen Tiere in dichtem Gehäuser über das Wasser regelten oder in klotter Fahrt mit weit gespreizten Flügeln auf das Ufer stiegen, um sich vom Publikum mit allerlei Federbüßen füttern zu lassen. Im vorigen Jahre wurde die Zahl der Treptower Schwäne auf die Hälfte verringert, in diesem Jahre steht man gar nur sechs. Auch das idyllische Röhnhäuschen inmitten des Teiches ist beseitigt worden. Viele Veränderungen werden auf den vor zwei Jahren eingeführten Gondelbetrieb auf dem Karpfenteich zurückgeführt. Ein Dugend Ruderboote sind gegenüber der städtischen Erfrischungshalle am Ufer stationiert. Sie werden an Wochentagen nur wenig benutzt, sind aber an Sonn- und Feiertagen begehrt und bringen dem Pächter sowie dem Magistrat Berlin als Besitzer des Karpfenteiches Geld ein. Steht aber diese Geldentnahme wirklich im richtigen Verhältnis zu der Zerstörung des Schwanenteiches? Der Sinn hat für unberührte Naturschönheiten, wird die Einrichtung des Gondelbetriebes als gänzlich verfehlt bezeichnen müssen. Die einst so köstliche Szenerie des Karpfenteiches hat nur darunter gelitten. Es besteht aber auch keinerlei Bedürfnis für diesen Gondelbetrieb, weil ja auf der nahegelegenen Oberspree zwischen Treptow und Stralau dem Publikum massenhaft Ruderboote zur Verfügung stehen. Katastrophal sind durch den Ruderbetrieb die Schwäne stark beunruhigt worden. Sie weichen den Booten aus, weil sie vielfach geschädigt werden, und gingen in ihrem Aussehen und Befinden zurück. An Orten ist kaum mehr zu denken. Der Magistrat soll eingewendet haben, daß die Schwäne vom Publikum überfüttert worden seien. Das kann aber nicht gut stimmen, da die Fütterung jahrelang ohne Nachteile bestand. Schwäne sind auch

feinstwegs gefähig, im allgemeinen sogar sehr genügsam. Die Beeinträchtigung des Schwanenteiches zugunsten eines nicht nötigen städtischen Geschäftsbetriebes kann also nur bedauert werden.

Bureaokratiemühs in der Parkverwaltung.

Das herrliche Frühlingwetter hatte an beiden Ostertagen Zehntausende von Spaziergängern nach dem Treptower Park gelockt. Auf allen Wegen und Stegen kletterten die Massen hin und her. Doch der große Spielplatz, ein Hauptziehungspunkt für die Besucher des Parks, besonders für die Kindermult, zeigte sich als völlig leere Fläche. Ein rings um den Platz gezogenes Seil sperrete ihn dem Publikum. Laufende zogen vorüber, Laufende hockten nicht gedrängt auf der Sitzbarriere, welche sich an der Bökung hinzieht und den ganzen Platz umsäumt. Tausende liehen ihre Blicke verlangend über die grüne Rasenfläche säuweisen, die kein menschlicher Fuß betreten durfte. Eine kleine Schar von Kindern nur war respektlos genug, um in völliger Nichtachtung des herrrenden Seils, sich in munteren Spiel auf dem Rasenplatz zu tummeln. Doch die Freude war keine ungeteilte. Da nabte ja von ferne die hohe Obrikeit in Gestalt eines städtischen Parkwäters. Drei Schritt vor dem Manne mit der Dienstmütze und dem blanken Brustschild schritten die spielenden Kinder unter dem Sperrseil hindurch, um drei Schritte hinter seinem Rücken wieder unbesorgt auf dem grünen Rasen zu tummeln. So trieb die harmlose Kinderschar selbst mit dem Vertreter der Obrikeit ihr neckisches Spiel.

Warum war die große Wiese gesperrt, die doch sonst in der schönen Jahreszeit regelmäßig als Spiel- und Lagerplatz von Tausenden benutzt wird? Die Inschrift einer Tafel gibt des Rätsels Lösung. Sie kündigt, daß der große Spielplatz vom 15. April bis 15. Oktober dem Publikum zur Benutzung freisteht.

Also: Für die städtische Parkverwaltung beginnt der Frühling am 15. April. Wenn sich der Himmel erlaubt, uns schon einige Tage früher und noch dazu am Osterfest das prächtigste Frühlingwetter zu bescheren, so ist das ein Verlust gegen das bürokratische Schema der Parkverwaltung, und solchen Verlust werden keine Konzeptionen gemacht. Trotz schönsten Wetters und größten Massenbesuchs bleibt der Spielplatz an den Ostertagen gesperrt. Aber zwei Tage später wird das Sperrseil fallen, mag es auch stürmen und regnen und kein Mensch Verlangen haben, sich auf der Rasenfläche zu lagern.

Ja, ja, der Bureaokrat hat seine Pflicht, ob's nun vernünftig ist oder nicht.

„Das kann nur das Dienstmädchen gewesen sein!“

Die Sonderstellung des Gefindes ist durch seine noch so „moderne“ Geleghung beieitigt worden. Was muß ein Dienstmädchen auch jetzt noch sich von seiner Herrschaft bieten lassen! Nach wie vor soll es Demütigungen und Verunglimpfungen in „standesgemäher“ Weise erdulden. Wenn z. B. eine Herrschaft irgendeinen Gegenstand von Wert vermißt, wie bald regt sich da gegen das Dienstmädchen der Verdacht einer Unreelichkeit! Und wenn das Vermißte sich nicht sogleich zur Stelle schaffen läßt, wie rasch sagt man da zu einem Mädchen die Lat auf den Kopf zu! Das ist der erste Gedanke: „Nur das Dienstmädchen kann das gewesen sein“. Abzuleit traut man dem Gefinde jede Schleihtigkeit zu, einen Diebstahl und noch Schlimmeres.

Der folgende Fall von herrschaftlicher Einschägung der stillischen Eigenschaften eines Dienstmädchens verdient Beachtung. Bei dem Justizrat Venedik im Hause Tempelhofer Ufer 1 hatte das Dienstmädchen Fr. P. gekündigt. An ihrem letzten Ausgehensamtag schickte sie von einem Besuch in der Nacht um 1/12 Uhr zurück, und etwas später kam auch die Herrschaft heim. Nachdem Fr. P. dann zu Bett gegangen war, wurde sie ungefähr um 1/4 Uhr plötzlich durch stürmisches Klopfen an ihrer Tür aus dem Schlaf geweckt. Der Herr Justizrat stand draußen und forderte in befehlendem Tone, sie solle sofort aufstehen und herauskommen. Auf ihre verwunderte Frage, was er denn mitten in der Nacht von ihr wolle, rief er erregt, sie habe in dem Zimmer seiner Tochter den Gashehn geöffnet. Mit heftigen Worten warf er der Erschrockenen vor, daß sie die Tochter in Gefahr gebracht habe, durch auströmendes Gas vergiftet zu werden. Fr. P. antwortete durch die Tür, sie selber sei ja gar nicht in dem Zimmer der Tochter gewesen. Wegen der Aufgereiztheit des Herrn Justizrats lehnte sie ab, herauszukommen. Etwa um 1/2 Uhr rüfte er dann mit zwei Schutzeuten an, und nun öffnete sie. Jenen Wortwurf wies sie aufs neue mit aller Entschiedenheit zurück, aber die Schutzeute führten sie noch in der Nacht zur Polizeiwache. Daß sie nicht in eine Zelle gesteckt, sondern in der Wachtstube behalten wurde, ist als besondere Mäßmaßnahme zu schätzen. Immerhin war es für sie eine sehr unangenehme Situation, die ganze Nacht hindurch bis zum nächsten Morgen in der Wachtstube sitzen zu müssen. Erst um 9 Uhr vormittags wurde sie vor den Polizeileutnant geführt und von ihm einem neuen Verhör unterzogen. Justizrat V., der zum Polizeibureau gekommen war, wiederholte seine Beschuldigung. Er meinte, sie habe den Gashehn wohl aus Schikane geöffnet. Das Ergebnis war, daß der Verdacht als hinfällig angesehen und Fr. P. freigelassen wurde. Sie hatte jetzt kein Verlangen mehr danach, für den Rest ihrer Dienstzeit in das Haus des Justizrats zurückzukehren. Noch auf dem Polizeibureau zahlte er ihr den Lohn aus.

Der Umstand, daß Fr. P. nicht in Haft behalten wurde, zeigt wohl zur Genüge, wie die Polizei über die Gashehnaffäre denkt. Wäre auf dem Mädchen auch nur die Spur eines Verdachts hängen geblieben, so hätte der Leutnant schwerlich die sofortige Freilassung angeordnet. Ein bißchen rasch ist in der Familie Venedik das von irgendwem begangene Verbrechen, den Gashehn nicht zu schließen, dem Dienstmädchen aufs Konto gesetzt worden. Ein starkes Stück ist's, daß obenein nicht Nachlässigkeit, sondern die Absicht eines Schabernads vermutet wurde, der man selbstverständlich als verbrecherische Leichtsinnigkeit verdammen müßte. Ob die Tochter des Justizrats Venedik eine Gesundheitschädigung erlitten hat, ist uns nicht bekannt. Dem durch die Verhuldigung schwergekränkten Dienstmädchen ist keine Genugtuung zuteil geworden.

Die bürokratische Anwendung des Arbeitscheuengesetzes

durch die Stadt Berlin erstreckt sich auch schon auf — ehemalige Irrenanstaltsinsassen. In einem Falle drohte die Berliner Armenverwaltung, wie aus geschrieben wird, einem Kaufmann Sch., der nach viereinhalbjährigem Aufenthalt im Irrenhause entlassen worden war, wenige Monate nach der Entlassung das Arbeitshaus an, falls er nicht seiner Familie Unterstützungsmittel gewähre und dadurch der Armenverwaltung die Unterstützungslast abnehme. Der Entlassene, der mit seiner Ehefrau noch heute in Scheidung liegt, hatte natürlich

vollständig zu tun, um sich selbst zu ernähren. Bei dem bekannten Vorurteil gegen ehemalige Irrenanstaltsinsassen fand er nirgends feste Beschäftigung, war daher auf allerlei Gelegenheitsarbeiten, die gerade das Leben fristeten, angewiesen. Außerdem wurde er durch Entmündigung, die inzwischen aufgehoben worden ist, in seinem Fortkommen auf Schritt und Tritt gehindert. Er stellte sich daher ganz richtig auf den Standpunkt, daß die Stadt von einem Entmündigten, der selbst unterstützungsbedürftig sei, nicht noch Geldmittel zur Unterstützung anderer Personen verlangen dürfe, worauf die sehr geharnischte Androhung des Arbeitshauses erfolgte. Erst nach energischem Einspruch eines Vereins, der unter anderem darauf hinwies, daß die Bestrafung des städtischen Vereins zur Unterstützung entlassener Irrenanstaltsinsassen in sonderbarem Lichte erscheinen müßten, wenn man in dieser Weise arbeitswillige, aber selbst in Not befindliche Entlassene des Arbeitshauses stecken wolle, nahm die Armenverwaltung davon Abstand, ihre Drohung in die Tat umzusetzen.

Das Opfer des Polizeirevolvers.

Jene nächtliche Schießaffäre, die sich in Berlin an der Ecke der Dragoner- und der Mühlstraße im August 1912 abspielte, ist noch immer nicht erledigt. Ihr Opfer wurde ein junger Mann Kurt Fischer, den bei einem Auflauf ein Schuhmann Gabbert niederschloß. Die gegen Gabbert eingeleitete Untersuchung endete sehr rasch mit dem Ergebnis, daß er sich bedroht geglaubt habe und daher Notwehr anzunehmen sei, die ihm Strafflosigkeit sicherte. Erst nach Monaten wurde die Persönlichkeit des Erschossenen festgestellt und zwar durch die eigene Mutter, die nur mit Mühe die Polizei dazu bringen konnte, ihr Glauben zu schenken und die Richtigkeit ihrer Vermutung endlich anzuerkennen. Seitdem hat die Mutter mit einer ganz ungewöhnlichen Energie und Ausdauer alles Mögliche unternommen, um den Schuhmann Gabbert doch noch auf die Anklagebank zu bringen und auch den Verbleib der Leiche und der Kleidung festzustellen. Wir haben über diese Bemühungen wiederholt berichtet. Der letzte in Sachen Gabbert erlangene Befcheid, den die Eltern des Erschossenen erhielten, kam Ende März 1914 vom Minister des Innern. Er lautet: „Auf die mir von dem Herrn Justizminister übermittelten Eingaben vom 16. und 25. Januar 1914 eröfne ich Ihnen nach Prüfung der Vorgänge, daß ich ebensosehr wie der Herr Justizminister einen Anlaß gefunden habe, gegen den von Ihnen beschuldigten Schuhmann Gabbert einzuschreiten.“ Bezüglich des Verbleibes der Leiche weist der Befcheid erneut darauf hin, daß die Leiche nach erfolgter Sektion verbrannt und ihre Reste auf dem Berliner Gemeindefriedhof bei Wack beigelegt worden seien. Es siehe den Eltern frei, diese auf eigene Kosten nach dem Friedhof ihres Wohnortes überführen zu lassen. Das dürfte, nehmen wir an, nicht so einfach sein, wie der Minister des Innern es sich denkt. So viel wir wissen, werden auf den Gemeindefriedhöfen Berlins die Reste verbrannter „Anatomieleichen“ nicht in der Weise beigelegt, daß für die Aße jeder Leiche ein besonderer Sarg genommen und eine besondere Grabplatte hergegeben würde. Bei „Anatomieleichen“ macht man nicht so viele Umstände, sondern schüttert die Aßen mehrere Leichen zusammen, um sie zusammen zu vergraben.

Der Irrensinige in der Banke.

Großes Aufsehen verursachte am ersten Osterfeiertage ein Geisteskranker auf dem Wedding. Er sprang in der Uferstraße in die Banke und hand bis zum Halse im Wasser. Als ihn ein Schuhmann aufforderte, wieder herauszukommen, erwiderte der Mann, er wolle Fische fangen. Er mußte schließlich mit Hilfe einer Leiter aus der Banke mit Gewalt herausgeholt werden. Auf dem nahen Polizeirevier stellte sich heraus, daß man es mit einem Geisteskranken namens Georg R. slowitz zu tun hatte. R. wurde nach der Irrenanstalt gebracht.

Eine teure Karantolage.

Im sein väterliches Erbe bestohlen wurde der Väter Heinrich in einem Café in der Alexanderstraße. Der junge Mann hatte sein Erbe in Höhe von rund 6000 Mark ausgezahlt erhalten und das ganze Geld in Reichsflansscheiden in eine Brieftasche gesteckt, die er im Jackett aufbewahrte. Als er in der Nacht zum Sonntag im Café mit einem Bekannten Billard spielte, zog er das Jackett aus und hängte es während des Spiels über einen Stuhl. Diese günstige Gelegenheit machte sich ein dreifacher Dieb zunutze. Ohne daß irgend jemand etwas im Lokal davon bemerkte, zog er die Brieftasche heraus und verstaubte mit seinem Raube. Als Täter kommt ein etwa dreißigjähriger Mensch in Betracht.

Verhungert.

Ein Leichensfund, der zu dem Gerücht von einem Verbrechen Veranlassung gab, ist am Osterjonnabend an der Cronenburger Chaussee in der Nähe von Frohnau gemacht worden. In einer Vertiefung im Walde fanden Spaziergänger die Leiche eines etwa 40jährigen Mannes. Die sofort benachrichtigte Polizeibehörde entsandte alsbald mehrere Beamte an Ort und Stelle, die feststellten, daß an dem Körper des Toten keinerlei Verletzungen vorhanden waren. Aus einem Notizbuch, das man in den Taschen der Kleidung des Verstorbenen fand, ging hervor, daß es sich um einen gewissen Willy Spangenberg aus der Joachimstraße in Berlin handelt. Aus einem Vermerk in dem Taschenbuche geht hervor, daß dem Sp. in einer Gastwirtschaft in Berlin die ganze Varschaft entwendet worden ist. Darunter hatte Sp. geschrieben, daß er infolge dessen lebensmüde sei und ins Jenseits zu gelangen wünsche. Wahrscheinlich ist der Wadaernöwertes dann in der Umgebung Berlins planlos umhergeirrt und schließlich vor Erschöpfung zusammengebrochen. Nach der Ansicht des hinzugezogenen Arztes ist Spangenberg verhungert. Von einem Verbrechen kann jedenfalls nicht die Rede sein.

Ein entmenschter Vater.

Unter dem dringenden Verdacht, sich an seinen eigenen Kindern in der schwersten Weise vergangen zu haben, ist der Heizer Kurtas aus Oberschöneweide verhaftet worden. Er wird beschuldigt, sich schon seit längerer Zeit an seinen unermöglichten Töchtern vergreifen zu haben. Er befreit zwar energisch die ihm zur Last gelegten Verbrechen, wird jedoch von den eigenen Kindern aufs schwerste belästigt, so daß seine Verhaftung erfolgte.

Das Gebiß verstaubt. Von einem eigenartigen skandinavischen Unfallsfall ist der Kaufmann Kurt Schulz aus der Miquelstr. 10 in Steglitz betroffen worden. Sch. besand sich am zweiten Osterfeiertag in fröhlicher Stimmung in der Gesellschaft mehrerer Freunde in seiner Wohnung. Als der Kaufmann über einen Wig eines Bekannten laut lachen mußte, löste sich sein Gebiß und geriet in den Schlund. Die Freunde brachten den Verunglückten sofort nach der nächsten Unfallstation, wo man sich über vorgeblich bemühte, das

Gebiß aus dem Halse zu entfernen. Schulz mußte nach dem Stranzenbau geschickt werden, wo unmittelbar nach seiner Einlieferung eine Operation vorgenommen wurde, durch die das Gebiß auch glücklich im Augenblick höchster Erschöpfung entfernt werden konnte.

Noch ein Unfall beim Wasserport.

Zu den von uns bereits gemeldeten Unfällen auf dem Wasser tritt ein neuer hinzu. Western landete auf dem Holziger See in der Nähe des Ortes Göttsdorf ein mit drei Herren besetztes Segelboot. Alle Insassen stürzten ins Wasser. Während es gelang, zwei Personen zu retten, fand ein junger Landbesitzer namens Fritz Schanz aus Berlin seinen Tod in den Wellen.

Erziehung zu Kunstgenüssen.

Das Wirken der Bildungsausschüsse in Groß-Berlin tritt immer deutlicher in Erscheinung. Nicht nur, daß rein äußerlich auf die Herstellung der Programme zu den festlichen Veranstaltungen Wert auf geschmackvollere Ausstattung des Programms gelegt wird, kann man auch aus der Zusammenstellung und dem Inhalt der aufzuführenden Programmnummern sich überzeugen, daß heute mehr denn je Mühe aufgewandt wird, um den Zuhörern etwas Gutes zu bieten. Ein Blick auf die von einer Reihe von Gewerkschaften und Parteiorganisationen in letzter Zeit arrangierten Unterhaltungsabende zeigt dieses Streben sehr deutlich. Möge es sich um einen heiteren Abend handeln oder um einen Pieder- oder Konzertabend, immer ist ersichtlich, daß die Veranstalter alles aufzubringen suchen, um immer Besseres zu geben. Auch in den Parteiorganisationen ist man bemüht, weniger auf den üblichen Ueberschuß zu setzen, als den Genossen einen genußreichen Abend zu verschaffen. Mit dem Chanonnettenkrum scheint endgültig gebrochen zu sein. Das konnte man kürzlich wieder beobachten, als der 6. Kreis sein 25. Stiftungsfest feierte. Kein überladenes Programm, aber um so gediegener! Das gleiche konnte bei den Osterveranstaltungen des vierten und sechsten Kreises festgestellt werden. Dort bei Obigo ein gediegenes Instrumental- und Solokonzert, bei dem der Philoische Chor „Kamenlos“ mit 120 Sängern mitwirkte und das prächtige „Erntelied“ von D. Fried unter stürmischem Beifall zu Gehör brachte, hier in der „Germania“ eine Frühlingsfeier mit entsprechenden Musik- und Vorträgen, die starken Anklang fanden.

Wehr und mehr ist auf Sorge getragen, daß Ueberfüllungen wie früher vermieden werden, die große Erbitterung demütigen und manchem Genossen das Wiederkommen verleiden. So scheint mehr denn je auch für die Zukunft immer größere Gewißheit gegeben zu sein, daß unseren Genossen in unseren eigenen Organisationen Genüsse geboten werden, die den Menschen die Liebe zum Reinen, zum Schönen anerkennen und die Teilnehmer auf eine höhere, geistige Stufe heraufziehen.

Zu der Familientragödie in der Falkensteinstraße 5 teilt uns der Ehemann mit, daß er mit seiner Frau stets in bestem Einvernehmen gelebt habe. Seine Frau war jedoch unterleibschleidend und sollte nach der Geburt eines zu erwartenden Kindes operiert werden. Auch war sie früher schon einmal vorübergehend in einer Lungerheilstätte. Dies hatte sie sich so zu Herzen genommen, daß sie in letzter Zeit wiederholt Selbstmordgedanken geäußert hat. Auch habe er seine Schwägerin telefonisch benachrichtigt, daß er an dem betreffenden Tage etwas später nach Hause kommen werde, und sie gebeten, dies seiner Frau mitzuteilen.

Die Leiche eines unbekannt, etwa 35 Jahre alten, anscheinend dem Arbeiterstande angehörenden Mannes wurde am 7. d. Mts. aus dem Nordhafen gefischt. Die Leiche hatte etwa zwei Wochen im Wasser gelegen. — Der Verstorbene war von mittelgroßer untersehter Gestalt, dunkelblond, hatte gleichfarbigen Schnurrbart, war mit grünem Jackett und Weste, grau und schwarz gestreifter Hoie sowie schwarzen Schnürschuhen bekleidet und trug eine Schürze aus Sackelwand. — Mitteilungen über die Verhältnisse des Verstorbenen erteilt die Kriminalpolizei zu 1401 IV/55. 14.

Ausgabestellen guter Bücher.

Gegen die Schundliteratur richtet sich eine Einrichtung, welche die Verbreitung guter Bücher zum Ziel hat. Die heutige Nummer unseres Blattes enthält an anderer Stelle ein Verzeichnis von Ausgabestellen, das unseren Lesern zur Beachtung empfohlen wird. Es wird gebeten, die Bücherausgabestellen fleißig zu benutzen und das Verzeichnis aufzubewahren.

Die Arbeiterbildungsschule beginnt in dieser Woche ihr neues Unterrichtsquartal. Am Donnerstag, den 16. April, beginnt der Kursus für Rationalökonomie, am Freitag, den 17. April der Kursus über Gewerkschaftswesen, Sonnabend, den 18. April der Kursus über Geschichte des Sozialismus. Sonntag, den 19. April findet der erste Fortschrittskursus statt. Montag, den 20. April nimmt der Kursus über Literaturgeschichte, Dienstag, den 21. April der über Naturerkenntnis und Mittwoch, den 22. April der Kursus über Geschichte seinen Anfang. Heute, Mittwoch, den 15. April findet die Generalversammlung im Schullokale statt.

Die Akademischen Unterrichtskurse für Arbeiter und Arbeiterinnen müssen Männern und Frauen, die nicht mehr die Fortbildungsschule besuchen können, Gelegenheit zu gründlicher Ausbildung in den elementaren Unterrichtsfächern bieten, vor allem sollen die Hörer richtig schreiben, sprechen und rechnen lernen. Der Unterricht wird von Studenten der Berliner Hochschule erteilt. Wöchentlich einmal findet ein Kursus abends von 8-10 Uhr statt. Anmeldungen werden in folgenden Lokalen entgegengenommen: 1. Bankstr. 17, am Bahnhof Wedding, am 16. April, abends 8-10 Uhr. — 2. Göttsdorf, 23a, am Bahnhof Brie, am 16. und 21. April, abends 8-10 Uhr. — 3. Langestr. 31, am Schlesischen Bahnhof, am 17. und 21. April, abends 8-10 Uhr. — 4. Reußstr. Kaiser-Friedrich-Straße 208-210, am 20. und 22. April, abends 8-10 Uhr.

Am 18. und 25. April abends 8 Uhr, finden im Saale des Zentralarbeitsnachweises, Gormannstr. 18, allgemeine Hörer- und Lehrenterminungen statt, in denen nähere Mitteilungen über die Art des Unterrichts und die Organisation gemacht werden. In diesen Terminungen werden ebenfalls Anmeldungen entgegengenommen. Bei der Anmeldung ist eine einmalige Gebühr von 50 Pf. für den Besuch jedes Kurses sowie 25 bis 50 Pf. für Lehrmittel zu entrichten.

Es wird gebeten, die Anmeldungen möglichst früh vorzunehmen. In den Unterrichtsstunden sollen grundsätzlich keine Redungen mehr angenommen werden.

Der Unterricht beginnt am 4. Mai und dauert bis Anfang August.

Straßensperrungen. Das Igl. Polizeipräsidium teilt mit: Die Kaiserstraße von der Alexander- bis zur Kleinen Frankfurter Straße ist wegen der Auswechslung von Gleisen für Fuhrwerke und Reiter gesperrt worden. Die Siebelsstraße wird wegen Unterführung von Gasröhren am 15. April für Fuhrwerke und Reiter gesperrt werden.

Vorortnachrichten.

Wilmerdorf.

Die Klagen über das unsoziale Verhalten des Wilmerdorfer Magistrats den zahlreichen beschäftigungslosen Bauarbeitern gegenüber wollen nicht verstummen. Trotzdem die Gemeinden sich mehrten, die zunächst ihre ansässigen Arbeiter bei kommunalen Arbeiten beschäftigten, scheint Wilmerdorf auf seinem rückwärtigen Standpunkt

beharren zu wollen. Wie uns aus Bauarbeiterkreisen berichtet wird, hat sich die Zahl der Arbeitslosen nicht gemindert. Nach Fertigstellung der Bauten dürften diejenigen Puger und Stuckateure, die jetzt noch Innenarbeiten ausführen, die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter noch weiter vermehren helfen.

Der Wilmerdorfer Magistrat sowie das sozialistische Stadtparlament haben seinerzeit sowohl die Arbeitslosenpetition der Bauarbeiter wie auch den aus der Arbeitslosenversammlung dringenden Schrei nach Brot mit Stillschweigen übergegangen und sie verweilen, trotzdem die Verhältnisse sich auch jetzt noch nicht gebessert haben, weiter in Untätigkeit. Auf sie hat weder das Weihnachtsfest noch das soeben verlossene Osterfest einen Hauch der christlichen Nächstenliebe hinterlassen. Und wie es den Wilmerdorfer Bauarbeitern, so ist es den technischen Beamten ergangen, deren Petition um Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung gleichfalls abgelehnt wurde. Und die Wünsche der städtischen Arbeiter hatten gleichfalls noch der Erledigung. Aus diesen Vorgängen geht klar und deutlich hervor, daß die unter den heutigen Wirtschaftsverhältnissen leidenden Erwerbsfähigen von den kommunalen Körperschaften Wilmerdorfs nichts zu erwarten haben. Nur eine starke sozialdemokratische Vertretung vermag auf Besserung dieser Lage zu drängen. Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen bieten die beste Gelegenheit, diese Stimmung der wertvollen Bevölkerung klar zum Ausdruck zu bringen.

Charlottenburg.

Feinde ringend! Ueber dieses Thema sprach der Reichstagsabgeordnete Genosse Jubel in einer kurz besuchten Versammlung im großen Saale des Volkshauses. Zunächst behandelte Genosse Jubel die äußere Politik. Auf diesem Gebiete herrsche, nachdem sich der durch die Klammartifel der „Königlichen Volkszeitung“ und des „Berliner Tageblatts“ gegen Rußland betriebsame Sturm wieder gelegt habe, verhältnismäßige Ruhe. Sei nach außen hin augenblicklich auch Ruhe eingetreten, so sehe es um so schlimmer im Innern aus. In der Absicht, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu beschneiden, seien sich alle unsere Feinde einig. Schon seit den letzten Reichstagswahlen mache sich in der ganzen bürgerlichen Gesellschaft ein Zug nach rechts bemerkbar. Bezeichnend für die gegenwärtige Lage sei, daß kein einziges sozialpolitisches Gesetz mehr zustande komme. Wenn die Arbeiterklasse über die gegenwärtige innere Krise hinwegkommen und sich nicht bloß auf die Abwehr der fremden Angriffe ihrer Feinde auf die Arbeiterrechte beschränken wolle, werde es in nächster Zeit schwere Kämpfe geben. Für diese Zeiten müsse sich das Proletariat unauflöslieh vorbereiten. Jetzt gelte es, besonders die Frauen in den politischen Kampf hineinzuziehen. Nur, wenn die Männer und Frauen des arbeitenden Volkes gemeinsam kämpfen, wenn die Frau nicht zum Hindernis im Kampfe für den Mann werde, könne die entrechtete Klasse siegen trotz alledem und alledem. Das zweistündige Referat wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Eine Diskussion wurde nicht bestritten. Mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie fand die Versammlung ihr Ende.

Lichtenberg.

Das Vorgehen der Polizei gegen die Bestrebungen der Arbeiterjugend hat in den Kreisen der wertvollen Bevölkerung lebhafteste Entrüstung wachgerufen. Die Folge ist, daß immer größere Scharen jugendlicher Arbeiteröhne und -Töchter sich der verfolgten Arbeiterjugend anschließen. Wegen des völlig widersinnigen, jeder rechtlichen Unterlage entbehrenden Vorgehens der Lichtenberger Polizei ist natürlich Beschwerde erhoben worden. Daß dem Lichtenberger Tageblättern, als dem Organ des Polizeipräsidiums von Lichtenberg, diese Äußerungen echten preußischen Polizeigeistes gefaßt, braucht nicht besonders erwähnt zu werden. Ein Blättchen, das mit Behagen die Produkte des Reichsverbandes abdruckt, wird in der Polizei nur noch das „berufene Organ des Gegengewichtsstaates“ sehen, dem es obliegt, die Jugend vor „unberufenen Erziehern“ zu beschützen. Zum Glück vermag weder das Lichtenberger Blättchen, noch die berufenen Polizei zu verhindern, daß die Arbeiterkraft ihre Jugend — nicht die der paar Lichtenberger Tageblatt-Abonnenten — in ihrem Geiste erzieht.

Bei dieser Gelegenheit sei noch darauf hingewiesen, daß am Donnerstag, den 16. April, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Steuer, Frankfurter Chaussee 138, wiederum eine öffentliche unpolitische Jugendversammlung stattfindet, in welcher Herr Dr. Rudolf Weitzscheit sprechen wird. Die Arbeitereltern wollen ihre erwachsenen Kinder auch auf diese wichtige Versammlung aufmerksam machen und möglichst selbst in derselben erscheinen.

Ein empörender Vorgang spielte sich am zweiten Feiertag nachmittags 5^{1/2} Uhr am Startpark ab. Dort wurde ein anscheinend dem Arbeiterstande angehörender Anabe im Alter von 6-8 Jahren von einem in einem Automobil sitzenden Knaben mit der Fußbank so auf den Kopf geschlagen, daß eine stark blutende Wunde entstand. Dieser Vorgang spielte sich im Verein mit einem Erwachsenen ab, die sich im Automobil befanden.

Als die letzteren saßen, was der Anabe angerichtet hatte, sahen sie davon. Auch der blutende Anabe eilte von dannen. Für den Fall, daß die Eltern des verletzten Knaben Augenzeugen des Vorganges und ebent die Personen des Automobils ermitteln wollen, können sich dieselben an Otto Stiller, Frankfurter Allee 160, 11 wenden.

Lichterfelde.

Die Generalversammlung des Wahlvereins nahm den Bericht der einzelnen Funktionäre entgegen. Der Vorsitzende monierte am Schlusse seines Geschäftsberichts, daß die Mitarbeit der Mitglieder bei den letzten Gemeindevahlen sehr zu wünschen übriggeblieben habe. Nach dem Kassenericht des Genossen Karl Eckardt betrugen die Einnahmen für das letzte Quartal 427,60 M., die Ausgaben 378,27 M. Die Neuwahl der Funktionäre ergab als 1. Vorsitzenden Karl Wintz, 2. Vorsitzenden Volkow, 1. Kassierer Karl Eckardt, 2. Kassierer Thoms, Schriftführer Träger, Beisitzer Frau Deburg. Als Bezirksführer wurden gewählt: 1. Bezirk Schok, 2. Bezirk 4. Gradut, 3. Zimmermann, 8a. Gebauer, 9. Jansen, 10. W. Vermaun, 11. Schelbe. Der 1. 5. 6. 7. und 12. Bezirk konnten nicht besetzt werden, die Wahlen hierfür werden den nächsten Jahlabenden zugewiesen. Als Revisoren fungieren Diebold und Strauß; der Lokalkommission gehören Hahn und Eprilina. Der Kinderkommission Frau Benzel, dem Jugendauswahlschuss Anabe, Kela und Kähn, dem Bildungsausschuss Heimig, Volkow, Müller, Fr. Lehmann an. Die Schifferagitation wurde heute übertragen, als Bibliothekar fungiert Heimig. Aufgenommen wurden 12 Mitglieder. Die diesjährige Kasseier findet bei Wahrensdorf statt.

Hohen-Schönhausen.

Einspruch gegen die Gemeindevahlen der dritten Klasse ist von bürgerlicher Seite erfolgt. Als Gründe werden angeführt, daß sich der Wahlvorsitzer über die Person des gewählten Erwerberricht nicht ausreichende Klarheit verschafft hätte, daß es im Orte mehrere Gemeindevahlmitglieder gleichen Namens gibt. Weiter soll der Wahlvorstand die Legitimation der Wahlberechtigten nicht einwandfrei geprüft haben. Auch wären nach Schluß der Wahlstunde noch sozialdemokratische Wähler hineingelassen, bürgerliche Wähler dagegen zurückgewiesen worden. Die angeführten Ermittlungen haben die Haltlosigkeit dieser „Protestgründe“ vollumfänglich ergeben, so daß selbst der Gemeindevorstand sich gezwungen sah, den Einspruch als unbegründet zu erkennen. Die Wahlprüfung über die Gültigkeit der Wahl ebenso die Einführung der neugewählten Vertreter sollte nun in einer am 8. April anberaumten Gemeindevorversammlung vor sich gehen. Im letzten Augenblick wurde aber die Sitzung abgelehnt. Es wird als merkwürdig empfunden, daß, nachdem die Protestgründe als haltlos erkannt werden mußte, die Einführung der neugewählten

Vertreter trotzdem hinausgeschoben wird. Die nächste Gemeindevorversammlung ist auf Freitag, den 17. April, angesetzt, in der über die Wahlen Beschluß gefaßt wird.

Erfner.

Die Generalversammlung des Wahlvereins beschäftigte sich zunächst mit der stattgefundenen Gemeindevorwahl, in der unsere Genossen Grund und Ostertag den bürgerlichen Kandidaten Milz und Amtssekretär Müller unterlagen. Die Wahl des letzteren wird wegen Nichtwählbarkeit eines Amtssekretärs angefochten werden. Nachdem dann die Funktionäre den Tätigkeitsbericht des vergangenen Jahres gegeben hatten, wurden die Neuwahlen der Bezirksleitung vorgenommen, und zwar wurden gewählt als Bezirksleiter Ostertag, als Vertreter H. Poike, als Kassierer F. Pauligt und als Schriftführer A. Szymanski. Als Beisitzer für Bezirksleitung wurden zum Teil die alten Genossen wiedergewählt. Die diesjährige Kasseier soll in altgewohnter Weise begangen werden.

Schmargendorf.

Warum müssen wir uns mit Geschichte beschäftigen? Ueber dieses Thema referierte in der Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Forwig-Brig. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Referat wurden diejenigen Genossen, welche den 1. Mai feiern, ersucht, sich an der Frühlingsfeier in Wilmerdorf zu beteiligen. Die Feier am Orte findet 8 Uhr abends im Restaurant Waldlater, Warnemünder Str. 14/15, statt.

Spandau.

Ein Einbruchdiebstahl im Konsumverein „Merkur“ (Verkaufsstelle Birkenstraße) wurde am Sonnabendnachmittag in der Zeit von 1 bis 3 Uhr verübt. Der Spieghube versuchte erst die mit einem Sicherheitschloß versehene Tür zum Laden vom Hausflur aus zu erschließen. Da dies aber unglücklich mißlang, erbroch er den Keller und nahm von dort aus seinen Weg zu den Verkaufsräumen. Erbeutet hat der Einbrecher aus den vorderen Fächern der Ladefläche 123,91 M. Die in den hinteren Fächern der Kasse befindlichen 236,00 M. ließ er in der Eile unberührt, ebenso die Warenbestände. Das ist bereits der vierte Einbruch in diese Verkaufsstelle.

Mit erheblichen Schwierigkeiten hatte bis vor kurzem der Bildungsausschuss insofern zu kämpfen, als ihm die großen Säle in Spandau zu seinen Veranstaltungen verschlossen blieben. Nachdem jetzt hier alle Säle der Arbeiterkraft zur Verfügung stehen, kann der Bildungsausschuss seine ihm gestellten Aufgaben voll zur Ausführung bringen. Das erste gelungene Arrangement, das einen vollen Erfolg brachte, war der am ersten Feiertage veranstaltete Solistenabend in der Brauerei Wiedersdorf. Das neue Konfessionarbesten fesselte mit seinen künstlerischen Darbietungen in dem 4^{1/2} Stunden dauernden Konzert die zahlreich erschienenen Konzertbesucher bis zum Schluß.

Nowawes.

In der letzten Versammlung des Wahlvereins gedachte der Vorsitzende zunächst des verstorbenen Mitgliedes Hermann Liebe. Sodann gab er das Resultat der Roten Woche am Orte bekannt. Neu gewonnen wurden 128 Mitglieder, und zwar 94 männliche und 34 weibliche, ein Resultat, mit dem der Verein zufrieden sein könne. Die Agitation für die Parteipresse habe leider einen weniger günstigen Erfolg gehabt. Der Versuch des Vorstandes, in Gemeinschaft mit dem Kartellauswahlschuss den Wiederaufschluß des neugegründeten mit dem alten Radfahrerverein herbeizuführen, sei scheinbar ergebnislos gewesen, obwohl die für die Notwendigkeit der Absplitterung vorgebrachten Gründe nicht stichhaltig seien. Nach dem Kassenericht betrugen Jahreserinnahme und -ausgabe des Wahlvereins 4155,61 M. Die Mitgliederzahl betrug zu Beginn des Geschäftsjahres 984, am Ende desselben (31. März 1914) 1127; hieron sind 920 männliche und 207 weibliche Mitglieder. — Die Kasseier soll nach gemeinsamen Vorschlag des Vorstandes und Kartellauswahlschusses in folgender Form begangen werden: Am Vormittag Versammlung mit Referat in einem der beiden Parteilokale. Am Abend in dem anderen Lokal eine der Bedeutung des Tages entsprechende mit Festrede verbundene Feier mit Soli- und Instrumentalkonzert sowie turnerischen Aufführungen. Der übliche Tanz soll diesmal wegfallen. Das Entree wurde auf 15 Pf. pro Person festgelegt. In seinem Vortrage über kommunale Angelegenheiten erörterte Genosse Reumann an Hand des Etats für das Jahr 1914 die Finanzlage der Gemeinde und die noch der Erfüllung harrenden kommunalen Aufgaben. Während der Etat des Jahres 1913 mit einer Unterbilanz von 80 000 M. abschloß, balancierte der diesjährige zwar, es sei jedoch unverkennbar, daß die Gemeinde ebenso wie zahlreiche andere Orte Groß-Berlins vor dem Vankrott stehe. Mangel an jeglicher werdender Anlagen, wie Elektrizitätswerk, Straßenbahn, Gasanstalt usw., sei die Gemeinde hauptsächlich auf die Erträge der Steuern angewiesen; diese seien jedoch kaum ausreichend, um die laufenden Ausgaben für die höheren und Volksschulen sowie für die Polizeiverwaltung und die Verzinsung der Anleihen zu decken. Dabei stehe die Gemeinde vor der Notwendigkeit ein neues, etwa dreißigköpfiges Volksschulgebäude zu erbauen. Wenn dasselbe im vorigen Jahre erbaut worden wäre, dann hätte der neue Etat eine Unterbilanz von etwa 750 000 M. aufzuweisen gehabt. Ein vorläufiger Rottebess gegen die Finanzverwaltung wäre eine nochmalige Deaufassung der Steuerzuschläge, doch müßte sich dies von großem Schaden für die Gemeinde erweisen, weil dadurch der Zugang steuerfähiger Personen unterbunden und die Errichtung von Fabriken noch mehr als bisher erschwert würde. Der letzte Rettungsanker wäre die Einrichtung einer eigenen Sparkasse und die Gründung einer Feuerkasse; es bestie jedoch wenig Hoffnung, die Genehmigung des Reiches hierfür zu erlangen. Der im Etat enthaltene Vermögensausweis gebe über die vorhandenen Werte ein ganz falsches Bild; so repräsentieren manche Straßen kaum den zehnten Teil des angegebenen Wertes, weil sie jetzt oft leeren. Wenn man dies in Betracht ziehe, dann schrumpfe das mit rund 1 507 877 Mark angegebene Vermögen zu einer kaum nennenswerten Summe zusammen. In der Diskussion wurde der schlechte Zustand der Pflanztröge bemängelt, die an Markttagen bei Regenwetter und im Winter kaum zu pflücken sei. Scharf kritisiert wurde auch die Unfähigkeit der Gemeinde, eine öffentliche Badeanstalt zu errichten, die nun durch den Ortsauswahlschuss für nationale Jugendpflege zur Ausführung komme. Verurteilung fand ferner der fortgesetzte Wechsel der Polizeibeamten und die zwangswise Pensionierung zweier Polizeiergatten, die noch jahrelang hätten ihren Dienst versehen können. Durch die Pensionierung der beiden Beamten würde die Gemeinde um jährlich etwa 4000 M. geschädigt. Die Einwohnerzahl habe dabei ein Recht, gegen eine solche Wirtschaft mit den Mitteln der Allgemeinheit ganz energisch zu protestieren. Da die Ausgaben für die höheren Schulen nach Ansicht der Versammlung weit höhere sind, als für die Volksschulen, so wurde der Vorstand beauftragt, an die Gemeindevorstellung das Ersuchen zu stellen, für die Volksschulen die unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel einzuführen.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevorstellungen.

Budow. Mittwoch, den 15. April, abends 7 Uhr, im Gemeindeburau, Dorfstr. 23.

Wahrensdorf. Donnerstag, den 16. April, nachmittags 5 Uhr, in der Hala des Reformationsmuseums, Radlerstraße 20/21.

Reinickendorf. Donnerstag, den 16. April, nachm. 5 Uhr, im Rathaus, Hauptstraße 34/30, II (großer Sitzungssaal).

Spandau. Freitag, Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, im Sitzungssaal des neuen Rathauses.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählter ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Soziales.

Erpresserische Scharfmacher.

Die Brandschätzung der Materiallieferanten durch die Unternehmerverbände ist keine ganz neue Erscheinung. Schon

Jahreskongress der belgischen Arbeiterpartei.

Brüssel, den 12. April. (Fig. Ber.)

Heute begannen im Brüsseler Volkshaus die Beratungen des Jahreskongresses der belgischen Arbeiterpartei. Auf Vorschlag des Parteisekretärs Vandermisfen wurden zu Vorsitzenden der flandrische Deputierte De Wune und Wauters, Chefredakteur des „Peuple“, gewählt.

De Wune weist auf die 29-jährige Kampfstätigkeit der Partei hin, deren sichtbare Machtsymbole in ganzem Land in Form von Volkshäusern, Genossenschaften und sozialistischen Unternehmungen aller Art inmitten der kirchlichen Volkwerke von Kirchen und Klöstern emporkommen. Der Sozialismus wird auch das Werk der Wahlreform trotz aller Widerstände zu Ende führen. Der Vorsitzende begrüßt Otto Braun, den Vertreter der Sozialdemokratie Deutschlands und Dubreuilh von der geeinigten französischen Partei.

Es erhält das Wort der deutsche Delegierte Otto Braun, der die Größe des deutschen Parteivorstandes abermittleilt. Wir haben, sagt er, stets Ihre Kongressarbeiten, Ihre fruchtbare organisatorische Tätigkeit verfolgt und besonders Ihre Disziplin im Wahlrechtskampf bewundert. Haben wir nicht dieselben Feinde, den Kapitalismus und den Merkantilismus? — Deutschland aber hat vor allem seinen Imperialismus, diese stets Gefahr der Kultur, die uns einen Weltkrieg bringen kann, wie ihn mörderischer die Menschheit noch nicht gesehen hat. Um diese Gefahr zu beseitigen, gibt es nur das eine Mittel: den einmütigen Friedenswillen des Weltproletariats, der zugleich dem Wirtshauswahn der Nationen ein Ende machen wird, der alle Kräfte aufsaugt, die Kultur und die Freiheiten der Völker bedroht. Wir leben die Folge der Militärherrschaft in Deutschland, die die Säbelherrschaft zum Rechtsprinzip erheben will. Auch im Kampfe gegen diese ist die Arbeiterpartei allein: die Bourgeoisie vertritt sich feige und flüchtet hinter die Fiskuslöhner und Maschinengelehrten. Denn sie fürchtet mehr als den äußeren, den inneren Feind, der ihr Portemonnaie bedroht. Indes vergißt sie, daß zu ihren Maschinengelehrten und Kanonen Menschen gehören, die denken — und daß im selben Maße wie das Bewußtsein der Massen fortschreitet, auch die Gefahren des Krieges schwinden.

Wir sehen, daß es trotz alledem unaufhaltsam vorwärts geht: Beweis der Riesenerfolge unserer Notensache, der uns aber lange nicht zufrieden macht, denn die Zufriedenheit wird uns erst das Endziel bringen. — Ich wünsche Ihren Verhandlungen denselben Geist der Zuversicht der uns befeelt! Es lebe der Sozialismus!

Die mit demonstrativem Beifall aufgenommene Rede wird vom Sekretär der belgischen Gewerkschaftskommission, Kertens, ins Französische überleitet.

Dubreuilh weist auf den Wahlkampf der französischen Partei, der augenblicklich alle ihre Kräfte in Anspruch nimmt. Er begrüßt das befreundete Belgien, das für das sozialistische Frankreich stets ein Beispiel im Kampfe war. Wir haben nicht eure schönen Volkshäuser, aber wir haben jetzt eine einige Partei wie Ihr, und wir haben uns unser tägliches Brot gekämpft! Wir verfolgen mit innigem Anteil euren Wahlrechtskampf und wünschen Euch für die kommenden Wahlen Erfolg: Keinen Sieg der Mandate — den das Pluralwahlrecht ausschließt, aber den erhofften moralischen Sieg.

Unsere gegenwärtige Agitation gilt der Klärung der Situation — wir zeigen, wo es zum Krieg und zum Frieden geht und fragen in dieser Alternative das Land, ob es gewillt ist, den nationalistischen und chauvinistischen Treibern der „patriotischen“ Presse und den Machinationen der Regierung zu folgen. (Starker Beifall.) Es beginnt die Diskussion über den

Vericht des Parteivorstandes.

Sekretär Vandermisfen macht die Mitteilung, daß in den ersten Tagen des Mai das neue blämische Tagesblatt für den Brüsseler und Antwerpener Wahlkreis erschienen wird.

Der Bericht des Vorstandes und der parlamentarische Bericht werden zur Kenntnis genommen, für den Finanzbericht inklusive den Bericht über die Kassengebarung des Generalsekretärs Entlastung erteilt.

Es folgt die Diskussion über die sozialistische Presse, in der zunächst

Wauters („Peuple“) das Verhalten der Typographen anlässlich des Generalstreiks bespricht, und vom Kongress Stellungnahme verlangt.

Die Buchdruckerorganisation hat sich nämlich während des Generalstreiks geweigert, das vom Streikkomitee beschlossene „Bulletin“ zu drucken, das dann in Lille hergestellt wurde.

Wauters stellt die Frage: „Wenn ein Beruf sich dem beschlossenen Streik anschließt, darf es ihm dann überlassen bleiben, nach seinem Belieben die Details zu regeln, ohne nach den Wirkungen zu fragen, die für die Allgemeinheit daraus erwachsen?“

Nach kurzer Diskussion wird die Regelung der Frage der Gewerkschaftskommission zugewiesen.

Wauters verlangt weiter, daß alle Organisationen für ihre Einwendungen, Berichte, Anzeigen im „Peuple“ eine Pauschale entrichten. (Ein Teil der Gruppen hat bereits in diesem Sinne Verfügungen getroffen.)

De Wune verlangt Unterstützung der blämischen Presse. Die Berichte des Bildungsausschusses in der sozialistischen Genossenschaft werden ohne Debatte angenommen.

Eine lange und bewegte Diskussion ruft der Bericht der Föderation der sozialistischen Gemeinderäte hervor. Der Anlaß ist die Haltung eines sozialistischen Gemeinderates in der Frage der Gemeinderäte, die erst von ihm selbst gerechtfertigt und dann von anderen kritisiert wird. Den Kern der Debatte bildet die prinzipielle Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Gemeinderäte.

Ein lütticher Genosse erklärt unter vielfachem Widerspruch, die Gemeinderäte sei keine Frage des Prinzips. Es könne vorkommen, daß die Verwaltung einer privaten Gesellschaft mehr taugt als die einer Gemeinde, und dann habe der sozialistische Gemeinderat das Recht, gegen die Gemeinderäte zu stimmen. Eine gute Konzeption, sagt der Genosse, sei ihm lieber als eine schlechte Regie.

Gemeinderat Vind weist diese Auffassung energisch zurück. Gewiß, die Regie an sich sei kein Sozialismus — aber sie soll sozialistisch werden. Wenn eine Gemeinderäte schlecht sei, wenn sie Arbeiter entrechte und zuweilen sogar schlechter behandle als die Privatgesellschaften, ist nicht die Einrichtung der Gemeinderäte daran schuld, sondern die Verwaltung und innere Organisation, die wir eben sozialistisch durchdringen müssen. Die sozialistische Regie ist ein Anfang des sozialistischen Regimes. Wir wollen Eigentümer auf allen Gebieten werden.

Delporte sieht einen Teil der mißverständlichen Auffassung darin, daß manche unserer Genossen in den Gemeinderäten sich von den günstigen Angeboten blenden lassen, die die Privatgesellschaften immer dann machen, wenn ihnen das Monopol entgegen droht. Die Genossen glauben dann, für die Privatgesellschaften und gegen die Regie stimmen zu müssen, weil sie die Vorteile der letzteren und ihre Folgen nicht kennen.

Anjeles: Die Regie ist nichts Sozialistisches. Sicher, aber was ist denn „Sozialistisch“ in der heutigen Gesellschaft? Etwas die Genossenschaften? Nein, wir müssen erst

die neue Welt in die alte einstellen, sie in den Sozialismus hinein führen. Die Regie ist die Administration der Gesamtheit und stellt diese an die Stelle des einzelnen. Und den kapitalistischen Einfluß zu brechen, die kapitalistischen Interessen davon zu jagen, ist unser Ziel. Die Gemeinderäte wird überall dort für die Arbeiterklasse wertvoll sein, wo der Sozialismus seinen Einfluß geltend macht. Wir wollen die Grundfesten des Kapitalismus erschüttern, wo wir können, und allenthalben unsere finanzielle, unsere kommerzielle, unsere administrative Fähigkeit beweisen, um zu zeigen, daß wir insstande sind, die Gesellschaft zu dirigieren und von ihr Besitz zu ergreifen.

Vandermisfen ist mit den Folgerungen Anjeles einverstanden, vor allem auch damit, daß die Arbeiterpartei im allgemeinen die Gemeinderäte anstreben soll. Es ist indes, sagt Vandermisfen, für mich — und ich teile darin die Meinung von lütticher Genossen, Guesdes und vielen anderen — nicht zweifelhaft, daß die Regie an sich nichts Sozialistisches ist. Sind wir nicht gezwungen, uns gegen das Staatsmonopol zu wenden, wie das feinerzeit von unserer Seite gegenüber dem geplanten Tabak- und Getreidemonopol in Deutschland gesehen ist? Ich kann nur in demokratischen Staaten für eine staatliche Regie sein und bin also entschieden gegen eine Ausdehnung der staatlichen Regie, z. B. in England und Deutschland, ohne in einen Fettersismus der Prinzipienfrage zu verfallen oder die Frage des Prinzips genauer unterzuchen zu wollen. Ich ziehe in den meisten Fällen auf dem Gebiet der Gemeindevverwaltung die Gemeinderäte jedem anderen System vor und möchte den lütticher Genossen dahin berichtigen, daß es in der Praxis zwar schlechte Regien geben kann, daß es aber keine guten Konzeptionen gibt.

Damit ist die Diskussion geschlossen. Der Kongress nimmt eine Resolution an, die die Föderation der sozialistischen Gemeinderäte ersucht, die Frage der Regie auf die Tagesordnung ihres nächsten Kongresses zu setzen.

In der Debatte wurde auch Beschlüsse gefaßt, daß von den 1800 sozialistischen Gemeinderäten des Landes nur 900 der Föderation angehören. Es sollen Mittel gefunden werden, den Anschluß der außerhalb des Verbandes stehenden herbeizuführen, um allen sozialistischen Vertretern die Möglichkeit zu geben, sich in entsprechender Weise zu informieren und in der Lage zu sein, ihr Mandat als sozialistische Gemeindevorteiler im Sinne unseres Programms und im Interesse der Arbeiterpartei ausüben zu können.

Die Sitzung wird wegen der nachmittags stattfindenden Einweihungsfestlichkeiten bereits um 1 Uhr geschlossen.

Jahreskonferenz der J. L. P.

Bradford, 11. April. Die Industriestadt Bradford, die stärkste

Burg des Sozialismus in England, sah heute die Eröffnung der „Großjährigkeitskonferenz“ der J. L. P. Vor 21 Jahren wurde die „Independent Labour Party“ in Bradford gegründet und das Zentrum der Vollindustrie hat heute ihre alten Gäste wieder aufgenommen. Freilich viele der Alten sind nicht mehr unter uns. Keir Hardie, Robert Smillie und ein paar andere erschöpften die Riste der noch lebenden und anwesenden Väter der J. L. P. Die „Großjährigkeitskonferenz“ wurde um 1/2 Uhr in der St. Georges Hall feierlich eröffnet. Dr. Granville Santos, der bekannte englische Komponist, hatte einen Festmarsch für diese Gelegenheit geschrieben, der unter seiner Leitung von Chor und Musikkapelle vorgetragen wurde. Die Delegierten wurden darauf von dem sozialistischen Stadtrat Palin im Namen der Arbeiter Bradfords herzlich begrüßt. Der Redner bemerkte, daß in dem großen Kataster des normannischen Eroberers (dem Doomday-book) Bradford als ein Lebdand bezeichnet wurde. Aber dank den Bemühungen der J. L. P. ist dieses Lebdand fürchtbar gemacht worden. Die J. L. P. hat in Bradford 1600 zahlende Mitglieder, sie hat 20 Vertreter im Stadtrat und ihre Kandidaten bereinigten bei den Gemeindevahlen im November des letzten Jahres 43 Proz. aller Stimmen auf sich. Die Bradford Arbeiter, versicherte Genosse Palin, hätten sich nie, wie die Arbeiter anderswo, Täuschungen in bezug auf den Liberalismus hingeben; der Bradford Liberalismus sei ein recht schwächliches Ding.

Der Vorsitzende, Genosse Keir Hardie, hielt die Eröffnungsrede, in der er die Anfänge, das Werden und die Zukunft der J. L. P. besprach. Leider gingen die meisten seiner Bemerkungen in dem unauffälligen Lärm, den eine Reihe Suffragetten in der Galerie veranstaltete, verloren. Eine Person nach der anderen mußte aus dem Saale entfernt werden, und die Unruhe dauerte selbst noch fort, als Genosse Duhmans die Größe des internationalen Bureau überdrachte. In einem erfreulichen Gegensatz zu der ständlichen Aufführung der Suffragetten, deren Haupttätigkeit in der letzten Zeit darin besteht, die besten Freunde und Bahnbrecher des Frauenstimmrechts am Reden zu hindern, fanden die Ausführungen des Fräulein Marshall, die als Gast anwesend war und die Nationale Union der Frauenstimmrechtsvereine vertritt. Sie führte in ihrer Begrüßungsrede aus, daß der Verband so enge Beziehungen mit der Arbeiterpartei unterhalte, weil die Forderung des Frauenstimmrechts eine so hervorragende Stelle auf dem Programm der J. L. P. einnehme. Frauenbewegung und Arbeiterbewegung seien Kinder derselben Mutter — der Demokratie. Die eine wolle die Klassenherrschaft, die andere die Geschlechts-herrschaft abschaffen. Beide hätten viele gemeinsame Feinde. Beide hätten gemeinsam auch viele Probleme zu lösen. Während die Arbeiterbewegung auf der Hut sein müsse, daß das Klassenbewußtsein nicht in Klassenhass umschlage, müsse die Frauenbewegung dafür sorgen, daß das erwachende Geschlechtsbewußtsein der Frau sich nicht in Geschlechtsdualismus verwandle. Beide Bewegungen hätten auch gemein, daß sie international seien und für die Erhaltung des Friedens arbeiteten. Es war eine klare, vorzügliche Rede, die diese Frau hielt, eine Rede, die vom ersten bis zum letzten Wort die Aufmerksamkeit fesselte und keiner der anderen an Inhalt und Form nachstand. Auch die Genossenschaftliche Union hatte einen Vertreter (E. Boulgar) als Gast zum Parteitag der J. L. P. entsandt. Es ist dies das erste Mal, daß die Genossenschaften durch diesen öffentlichen Schritt ihre enge Verwandtschaft mit der sozialistischen Arbeiterbewegung anerkennen. Ihr Vertreter betonte, daß die J. L. P. und die Genossenschaften dasselbe Ziel: die wirtschaftliche Befreiung der Arbeiterklasse verfolgten und nur auf verschiedenen Wegen dem Ziele zustreuten. Wie die Genossenschaftliche Union hatte auch der Gewerkschaftskongress dieses Jahr zum ersten Male einen Vertreter als Gast entsandt. Unter den zahlreichen Gästen der Bruderorganisationen befanden sich auch die Vertreter der französischen und der deutschen Sozialdemokratie. Für die erste sprach der alle und doch jugendliche Mitbegründer der ersten Internationale und Kommunar, Genosse Camélinat.

Die Größe der deutschen Genossen überbrachte Genosse Hermann Müller. Er führte folgendes aus: Der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie hat mich beauftragt, der J. L. P. zu ihrem Parteitag und zu ihrer Feier des 21-jährigen Bestehens der Organisation die herzlichsten Grüße zu überbringen. Seien Sie versichert, daß hinter dieser brüderlichen Kundgebung nicht allein die Willen der in der Sozialdemokratie politisch organisierten Arbeiter Deutschlands steht, sondern auch die vier Millionen sozialdemokratischer Wähler stehen. Es ist nicht wahr, daß die Mehrheit dieser Wähler aus Mißläufern besteht. Diese Wähler wissen wohl, was wir wollen. Wenn wir es ihnen bei den Wahlen nicht erklärt hätten, so würden das unsere Gegner gründlich nachgeholt, ja, sie würden noch mehr hinzugefügt haben. Wir werden in unserem Vaterlande als vaterlandlose Wesen hingestellt und unsere Gegner werden nicht müde, und die patriotischen französischen und englischen Sozialdemo-

kraten als Muster vorzuhalten. Aber wir wissen, wie es mit dieser Sache steht. Wir wissen, daß wir uns auf unsere französischen und englischen Freunde in unserem gemeinsamen Kampf gegen den völkerverheerenden Kapitalismus verlassen können. Bei dem letzten deutsch-französischen Konflikt haben die sozialdemokratischen Parteien der beiden Länder gemeinschaftlich gegen die Kriegsheer gearbeitet. Millionen von Flugblättern wurden in Deutschland und Frankreich verbreitet, in denen dem Volke die wahre Stimmung und die wahren Gefühle des Nachbarn geschildert wurden. Und auch in England haben wir an der Kritik, der der Genosse Keir Hardie die englische Diplomatie — die wahrlich nicht die schlechteste ist — unterzog, gesehen, daß unsere englischen Freunde auf demselben Boden stehen wie wir. Wir marschieren gerade auf unser Ziel los. Aber wir haben auch Gegenwartsarbeiten zu leisten. Eine unserer wichtigsten Gegenwartsarbeiten ist die Propaganda gegen den Krieg. Mit Freunden haben wir gesehen, wie unsere Genossen von der J. L. P. im Parlament, in ihren Versammlungen und ihrer Presse gegen den Krieg und die Kriegsheer arbeiten. Wir in Deutschland warnen die Regierung stets vor den unaussprechlichen Folgen eines Konflikts, den die imperialistische Politik heraufbeschwört. Dem deutsch-französischen Krieg folgte die Kommune; dem russisch-japanischen Krieg folgte die russische Revolution, und dem Weltkrieg würde die Revolution folgen. Der frühere deutsche Reichskanzler Bülow hatte dies erkannt, als er die Regierungen zur Besonnenheit mahnte und darauf hinwies, daß nur die Sozialdemokratie aus einem Kriege Nutzen ziehen würde. Aber wir wollen den Krieg nicht; wir wollen auf dem Wege des Friedens unseren Ziele zustreben, wenn er auch etwas länger ist. Wir haben mit Freunden die Werbung vernommen, daß die sozialistische Einigung in England bevorsteht. Wir wünschen Ihnen Glück zu dem Unternehmen, das noch in allen Ländern unsere Bewegung gekürt und gekräftigt und sie dem Ziele näher gebracht hat. Es lebe die J. L. P.! Es lebe die geeinigte Partei! Es lebe die internationale Sozialdemokratie!

Der morgige Tage (Sonntag) wird von Versammlungen, Demonstrationen und Festlichkeiten ausgefüllt werden.

3. Bundestag des Arbeiter-Samariterbundes.

Erfurt, den 13. April 1914.

Während der Osterfeiertage hielten hier im Gewerkschaftshaus „Lidol“ die Arbeiter-Samariter ihre 3. Bundesversammlung ab. Damit war gleichzeitig eine Ausstellung von Ausdrückungsgegenständen, Lehrmitteln u. dergl. bekräftigt.

Zur Tagung waren aus 40 Orten 54 Delegierte erschienen. Der Bundesvorstand war vertreten durch den Vorsitzenden Stein-Charlottenburg und den Kassierer Frankenstein-Berlin. Vom Ausschuss war dessen Obmann Richter-Dresden anwesend. Als Gäste waren eingetroffen: von der Zentralkommission für Sport und Körperpflege Reichardt-Berlin, vom Arbeiter-Abfahrtsverband „Solidarität“ Lambeck-Offenbach, vom dem Touristenverein „Die Naturfreunde“ (Wien) Frank-Dresden, vom Verband „Vollgesundheit“ König-Dresden. Aus Dänemark war der Gewerkschaftssekretär Kiefer-Kopenhagen vom dänischen Arbeiter-Samariterbund entsandt, dessen Vorsitzender er ist. Begrüßungstelegramme und Schreiben liefen ein vom Parteivorstand-Berlin, von der General-Kommission, Zentralstelle der arbeitenden Jugend, Arbeiter-Abstinenzbund und einer größeren Anzahl Arbeiterportvereine. Kiefer-Kopenhagen gab in seinen Begrüßungsworten eine interessante Schilderung von der Entwicklung des dänischen Arbeiterbundes.

Der Tätigkeitsbericht gab der Vorsitzende Stein.

Auf dem letzten Bundestag, 1912 in Hamburg, konnte der Bund 3107 Mitglieder für Ende 1911 und 2706 Kursteilnehmer für die Jahre 1910 und 1911 zählen. Am Schlusse des Jahres 1912 betrug die Zahl der Mitglieder 3760 und Ende 1913 5281, von denen sich 4206 aktiv beteiligten. In den beiden Berichtsjahren ist also ein Zuwachs von rund 2000 Mitgliedern zu verzeichnen. Gewiß ein schöner Erfolg! Die Zahl der Kolonnen stieg von 43 Ende 1911 auf 98 Ende 1913. In Kurzen wurden 1912 2133 und 1913 2782 Mitglieder für den Sanitätsdienst sachgemäß ausgebildet. Die praktische Tätigkeit des Bundes ist an der Zahl der Hilfestellungen zu erkennen: sie betrug 1912 15 603 und 1913 21 057. Sicherlich eine Tätigkeit, auf die unsere Arbeiter-Samariter stolz sein dürfen. Langsam komme, wie der Referent berichtet, die Anerkennung durch die Gemeinden, die sich in Subventionen und Einräumung von Lokalen zu Unterrichtszwecken äußert. Als Kuriosa erwähnt Stein das Entgegenkommen der Gemeinde Dortmund, die der dortigen Kolonne die — Vermögenssteuer erließ.

Den Kassierbericht gab der Bundeskassierer Frankenstein. Die Ausgaben betragen für das Geschäftsjahr 1913 19 306 M., denen Einnahmen von 24 488 M. gegenüberstehen. Der Kassenbestand betrug am Jahresabschluss 6181 M. Die sich an den Bericht anschließende Debatte brachte eine Menge Anregungen.

In der Nachmittags-sitzung des ersten Verhandlungstages kam die Kartellierungsfrage zur Verhandlung. Einem Auftrage des 2. Bundestages folgend, vollzog der Vorstand den Anschluß an die Zentralkommission für Sport und Körperpflege. Da dieser Kommission auch der Verband „Vollgesundheit“ angegliedert ist, drohen dem Bunde Schwierigkeiten, weil die Ärzte an dieser losen Kartellierung mit dem englischen Kurpfuserverband Anstoß nehmen. Die meisten Kolonnenärzte wollen ihre Tätigkeit einstellen, wenn der Kongress den Anschluß an die Zentralkommission bestätigt. Der Bundesvorsitzende ging als erster Referent auf die Machinationen des Leipziger Ärzteverbandes ein, die auch in die Kartellierung des Bundes hineinspielen. Wenn auch wirklich mit dem Austritt aus dem Kartell ein Stein des Anstoßes beseitigt sei, so würden die Herren Ärzte nicht verlegen sein um eine neue Ursache. Letztere doch die Gefahr, daß auch der Samariterbund über kurz oder lang politisch erklärt wird. Komme aber die Politische Erklärung, dann hätten die ärztlichen Standesvereine willkommenen Grund, den Kolonnenärzten ihre Wirksamkeit in den Kolonnen zu unterjagen. Durch Verbleiben in der Zentralkommission hätte aber der Bund, als junge und noch schwache Organisation, einen starken Rückhalt in dem ausgeprägten Kampfe. (Lebhafter Beifall.) Als zweiter Redner gab nunmehr der Sekretär der Zentralkommission, Reichardt-Berlin, in zweifelhafter Rede ein Bild von dem Zusammenhänge der Nebenorganisationen in der Arbeiterbewegung in der Zentralkommission, um daraus für den Bund die Notwendigkeit abzuleiten, im Kartell zu verbleiben. Die Politisierung sei nur eine Frage der Zeit, denn die feine Spinnerei der Verbände dürfe sehr bald bei dem jetzigen Kurs sozialdemokratische Gipfelverbände entdecken. In der Zentralkommission seien heute bereits durch den Anschluß der verschiedenen Verbände 5 Millionen Personen zusammengefaßt. Dies bedeute Macht, die dem Samariterbund zufließen könne. Als Außenleiter würde aber der Bund sich und seiner Sache nur schaden. Unter stürmischem Applaus schloß der Redner mit der Bitte, den Schritt des Vorstandes zu sanktionieren. Der Arzt der Dresdener Kolonne, Dr. Streckmann, führt den Delegierten vor Augen, daß es sich für den Bund darum handle, ob er auch weiterhin auf medizinisch-wissenschaftlichem Boden weiterarbeiten wolle oder — gewollt oder ungewollt — auf kurpfuscherische Wege geraten soll. Bei der Kartellierung mit der „Vollgesundheit“ wäre das Verbleiben der Ärzte in den Kolonnen unmöglich. Das politische Moment scheide für seine Kollegen hierbei völlig aus. Hieraus nimmt der Vertreter der „Vollgesundheit“ das Wort, um die gänzlich irrtümliche Auffassung zu widerlegen, daß sich

Verband etwas mit Kurpfuscherei zu tun habe. Ihr Ziel sei, im Volksaufklärung über Gesundheitspflege, Körperkultur und Wohnungshygiene zu verbreiten. Die Unternehmung seiens der Vereine wäre ihnen stets willkommen, aber die Ständegerichte dieser Herren lassen dies nicht zu. Es sei ganz unverständlich, von Kurpfuschern zu reden und aus der Kartellierung mit dem Arbeiter-Samariterbund diesem einen Strich zu drehen. Frauen-Samstag meint, es müsse ein Mittelweg gefunden werden, damit den Kolonnen die Kasse nicht verloren gehen. Nach äußerst lebhafter Diskussion fand folgende Resolution mit 22 gegen 22 Stimmen Annahme:

Der 3. Bundestag des Arbeiter-Samariterbundes beschließt, einstweilen von der Zugehörigkeit zur Zentralkommission für Sport und Körperpflege zurückzutreten, um die Stellungnahme der Kasse zu erfahren. Nach Einführung derselben sollen Bundesausschuss und die Zentralkommission gemeinschaftlich die Frage behandeln eventuell nach Ermessen einen außerordentlichen Bundestag einzuberufen oder die endgültige Entscheidung durch eine Urabstimmung herbeiführen zu lassen. Bis dahin bleibt es den einzelnen Kolonnen überlassen, nach Rücksprache mit ihren Ärzten sich den örtlichen Kartellen anzuschließen.

Ueber Agitation und Organisation referierte Frauen-Samstag und Stein-Berlin. Die Einteilung in Gauen oder Kreise bitten die Redner abzulehnen, da sie doch keine Entlastung des Vorstandes bringen. Auch von der Einführung einer Unfallunterstützung solle man Abstand nehmen. Ein Antrag, die Kasse, die bereits bestehen, zu belassen, wurde aufgehoben und beschlossen, Plakate in künstlerischer Ausführung anzufertigen; ferner wurde beschlossen, daß Mitglieder auch gleichzeitig dem „Roten Kreuz“ angehören. Für den Kolonnendienst werden nur täglich geprüfte Samariter zugelassen. Die Vorstandsämter wurden neu bestätigt.

Damit waren die Arbeiten beendet. Der Vorsitzende Stein wünschte in seinem Schlusswort, daß die Arbeiterschaft auch in Zukunft ihnen Sympathie entgegenbringen möge.

15. Bundestag des Arbeiterschwimmerbundes.

Hamburg, den 13. April 1914.

Zum Gewerkschaftshause trafen am Karfreitag 38 Delegierte zum 15. Bundestag des Arbeiterschwimmerbundes zusammen. Zu Vorsitzenden wurden R. Assa-Berlin und Schumann-Hamburg gewählt. Die Arbeitsturner vertraten Bildung-Leipzig, die Arbeiterradfahrer Fischer-Offenbach a. M. und die Organisation der Naturfreunde Töpfer-Hamburg.

Nach dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht hat sich der Bund in der Verichtszeit — den beiden letzten Jahren — gut entwickelt. Am Schlusse des Jahres 1911 waren an 43 Orten Arbeiterschwimmervereine, die zum Bund gehörten, Ende 1913 bestanden an 53 Orten derartige Vereine. Die Zahl der Mitglieder stieg in der Verichtsperiode von 3990 auf 8349, also um rund 2000. Die betriebene Agitation war demnach erfolgreich. Es gelang dem Bund, besonders in Süddeutschland in den wichtigsten Orten Fuß zu fassen. In Frankfurt a. M., Stuttgart, Heilbronn, München, Nürnberg, Mainz sowie Mannheim und Darmstadt wurde eine besondere Werbetätigkeit entfaltet, die zum Teil gute Früchte trug.

Die von der Zentralkommission für Sport und Spiel angeregte förmliche Kartellierung der Sportvereine hält der Geschäftsbericht für unbedingt notwendig. Doch dürfe die Selbständigkeit der einzelnen Vereine nicht darunter leiden. Ganz entschieden sei aber die Schaffung eines sogenannten Zentralvereins, wo alle Sportarten nur Unterabteilungen seien, zu verwerten. Die Erörterung habe gezeigt, daß dabei die kleinen Gruppen immer den größeren zugehen.

Der Kassensbericht des Bundes schließt mit einem Jahresumsatz von rund 17 000 M., ab, eine im Verhältnis zu den früheren Jahren ganz enorme Steigerung. Im Jahre 1911 balancierte der Kassensbericht mit nur 4315 M. Die jetzige Steigerung ist zum Teil auf die auf dem letzten Bundestag in Eiderfeld beschlossene Beitragserhöhung, sowie auf die Einrichtung der Geschäftsstelle zurückzuführen. Das eigene Geschäft hat sich wider Erwarten gut entwickelt. Der Umsatz betrug ungefähr 13 000 M.

In der Debatte über den Geschäftsbericht wurden vielfache Wünsche zur Bekleidungsfrage, zum Ausbau der Bundeszeitung und zur Vereinfachung des technischen Betriebes laut. Im allgemeinen erkannte man die Bemühungen des ehrenamtlich tätigen Vorstandes an.

Nach eingehender Begründung und angeregter Diskussion wurde beschlossen, eine Unfallunterstützungskasse einzuführen. Der Beitrag wurde von 15 Pf. auf 20 Pf. pro Monat erhöht. Je nach der Dauer der Mitgliedschaft werden Mitglieder, die beim Schwimmsport Unfälle erleiden, mit 1 M. bis 150 M. vier bis acht Wochen unterstützt. Bei tödlichen Unfällen wird ein Sterbegeld bis zu 100 M. gezahlt. Bei der Besprechung dieses Antrages wurde darauf hingewiesen, daß besonders in den Badeanstalten kleinerer Städte durch die mangelhaften Einrichtungen die Unfallgefahr nicht gering sei und daß die Mitglieder der Rettungsmannschaften vor Unfallgefahren geschützt werden möchten.

Da der Verband der Ruderer sich dem Arbeiterschwimmerbund angeschlossen hat, machten sich weitgehende Satzungsänderungen notwendig. Der Verband führt in Zukunft den Namen „Arbeiter-Wassersport-Verband“; die Verbandszeitung heißt „Arbeiter-Wassersport“. Um keinerlei Bergsteigerer auskommen zu lassen, wurde beschlossen, daß an jedem Ort nur je ein Schwimm-, Ruderverein oder Segelsportverein bestehen dürfe. Das Ausgehen von Kreisen ist verboten. Den Mitgliedern wird im Rahmen der Vereinstätigkeit Rechtschutz gewährt. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, einen Geschäftsführer anzustellen, weil sich die ständig wachsenden Arbeiten nicht mehr im Nebenamt machen lassen. Zum ersten Vorsitzenden wurde Ruschert-Berlin und zum Geschäftsführer Rassa-Berlin gewählt.

Eine interessante Debatte erhob sich bei einem Antrag des Vereins Leipzig, der die Einsetzung einer Kommission verlangte, die die Frage des Anschlusses an den Arbeiterturnerbund und den Bund der Athleten prüfen solle. Die Begründer wiesen auf die vielen Veräufelungspunkte hin, die die Mitglieder der genannten Verbände hätten. Auf Wunsch des Bundestages äußerte sich auch der Vertreter des Arbeiterturnerbundes, Bildung-Leipzig, zu dem Antrag. Bildung hielt den Zeitpunkt der Verschmelzung auch noch nicht für gekommen. Jedoch sei die Frage einer eingehenden Prüfung wert. Das Ziel müsse ein Sportverband sein, in dem die einzelnen Sportarten eine möglichst autonome Stellung einnehmen. Bei dem Sportverband würden gegen den heutigen Zustand gewaltige Summen gespart werden. Die Arbeiter brauchten nicht mehr in mehreren Vereinen zu gleicher Zeit sein. Zeit und Geld der Arbeiter werde gespart. Die Meinung, daß die zerplitterten Sportvereine die Kraft der Arbeiter zu sehr in Anspruch nehmen, sei nicht ganz unbedeutend. Gemäß mühten einzelne in der Arbeit für den Sport aufgehen, es sei aber nicht gut, wenn das in großen Maße geschehe. Wenn die Warenvertriebsstellen der Verbände zusammengelegt würden, lasse sich großes schaffen. Der Jahresbeitrag werde geringer werden. Der Kampf um die Mitglieder werde aufhören und der moralische Kredit solcher großen Sportorganisation sich in ungeahnter Weise steigern. Nachdem andere Redner noch Bedenken gegen eine Verschmelzung vorgebracht hatten, wurde der Antrag Leipzig dem Vorstand zur Prüfung überwiesen.

Nachdem noch beschlossen war, daß der nächste Bundestag in Frankfurt a. M. abgehalten werden solle, wurde die Tagung mit einer Ansprache des Vorsitzenden Rassa am zweiten Overtage geschlossen.

5. Bundestag des Arbeiter-Athletenbundes Deutschlands.

Leipzig, 13. April.

Der Bundestag wird am Sonntag nach einer Begrüßungsrede von Winkler-Leipzig vom ersten Bundesvorsitzenden Paul Strumpf eröffnet. Der Bundestag ist von 30 Delegierten, drei Vorstandsmitgliedern, dem Obmann des technischen Ausschusses und dem Obmann der Kontrollkommission besetzt. Als Gäste sind anwesend Genosse Koppisch vom Arbeiter-Turnerbund, Treue-Offenbach vom Arbeiter-Radsportbund, Jahn-Leipzig vom Arbeiter-Schwimmerbund. Die Tagesordnung wird um den Punkt „Zentralkommission und Ortskartelle“ erweitert.

Den Verwaltungsbericht gibt der Bundesvorsitzende Strumpf. Der Bericht erstreckt sich auf 1 1/2 Jahre. Der Redner weist darauf hin, daß der Bundestag in Nürnberg nichts Einheitliches geschaffen habe; jetzt müsse man unbedingt zur Einführung einer obligatorischen Unfallkasse schreiten, die eine Notwendigkeit für jede Sportorganisation sei; die freiwillige Unfallkasse biete ein wenig erfreuliches Bild. Die Bundesarbeit sei im letzten Jahre erheblich gemächert, besonders mit der Anstellung eines besoldeten Beamten, die am 1. April 1913 provisorisch erfolgt und von allen Kreisen, außer dem 16., gebilligt worden sei. Leider seien aber die für die Anstellung notwendigen Extrabehälter nur spärlich gezahlt worden. Mit der Anstellung haben Bundesvorstand und Ausschuss nur die Förderung des Bundes beabsichtigt und sicher auch erreicht. Die Mitgliederzahl beträgt 7311 Mitglieder und außerdem 3000 Jugendliche unter 18 Jahren. Bei der Agitation stöße man in den meisten Kreisen noch auf große Schwierigkeiten, nicht nur infolge der Macht der gegnerischen Verbände, sondern auch in der Arbeiterschaft selbst, die vielfach der Meinung ist, daß der Athletenbund überflüssig sei und der Partei nur Kräfte entziehe, während er in Wirklichkeit die Jugend erziehe und der Partei Mitglieder zuführe. Die Zentralkommission für Sport- und Körperpflege müsse dem Bund Geltung verschaffen. Auch das Bundesgeschäft habe sich gehoben. Der Umsatz sei in den letzten 1 1/2 Jahren auf 3995 M. gestiegen. Jeder Verein müsse einen eigenen Betrieb errichten und in jeder größeren Stadt müsse eine Filiale gegründet werden. Die Sportzeitung des Bundes, „Die Athletik“, habe eine Auflage von 9500 Exemplaren; sie diene der Agitation, der Orientierung und dem Studium, und habe die Aufgabe, erzieherisch und aufklärend zu wirken. Aus agitatorischen Gründen sei es nötig, Bezirke zu bilden und einige Kreise zu verschmelzen. Die Zentralisation durch die Sportkartelle biete ganz eminente Vorteile. Die Verschmelzung mit dem Arbeiter-Turnerbund zu einem Sportverband sei in der Zukunft möglich; jetzt sei die Zeit noch nicht gekommen, doch dürfe die Brüder nicht vorzeitig abgebrochen werden.

Den Kassensbericht erstattet Schoof-Magdeburg. Die Gesamteinnahmen in der Geschäftsperiode betrug 18 631,68 M., die Gesamtausgaben 15 986,55 M., an Eintrittsgeldern, Monatsbeiträgen und Delegiertenbeiträgen wurden 14 423 M. eingenommen. Die Zeitung erforderte eine Ausgabe von 5788,17 M. Das Vermögen beträgt 8405,78 M. Ein einheitlicher Bundesbeitrag sei geboten und die Erhöhung der Monatsbeiträge notwendig.

In der Debatte über diese Berichte betonten verschiedene Delegierte, daß die eigenmächtige Anstellung eines besoldeten Beamten durch den Bundesvorstand einen Verstoß gegen das Prinzip der Demokratie bedeute. Die meisten Delegierten aber anerkennt, daß durch die Anstellung ein großer Schritt vorwärts getan worden sei. Es wird eine bessere Ausgestaltung der Sportzeitung und viersprachiges Erscheinen verlangt. Verschiedene Redner wenden sich gegen die Angliederung von Fußballvereinen, während demgegenüber von anderen betont wird, daß man diese Vereine fördern müsse, da sonst zu befürchten sei, daß auch viele Leichtathleten dem Bunde untrau würden. In seinem Schlusswort betont Strumpf nochmals, daß die Anstellung eines besoldeten Beamten eine Notwendigkeit gewesen sei, mit der man nicht bis zum nächsten Bundestag habe warten können.

Die Verhandlungen beginnen am zweiten Tage mit der Diskussion über die Anträge zu dem Verwaltungsbericht. Hauschalter-Ludwigshafen erstattet sodann den Bericht des Technischen Ausschusses und behandelt gleichzeitig die dazu gestellten Anträge. Nach ausgedehnter Debatte beschließt der Bundestag, nur über die Anträge allgemeiner Natur abzustimmen, dagegen die Anträge technischer Natur dem Technischen Ausschuss zu überweisen. Angenommen wird ein Antrag für mögliche Einschränkung der Wettstrenge, ein Antrag auf unbeschränkte Stützung von Ehrenpreisen wird abgelehnt, und der Nürnberger Vorschlag: Stützung von nur zwei Ehrenpreisen erneut bestätigt. Als Bundesrainer für Leichtathletik wird Georg Sieber-Nürnberg bestimmt.

Ueber die Reorganisation des Bundes referiert Strumpf. Die Beitragszahlung müsse fester geregelt werden, es müsse eine straffere Zentralisation eintreten. Die obligatorische Unfallkasse sei notwendig. Man plane ferner die Ausgabe einer zweiten Zeitung, die lediglich als Korrespondenzblatt dienen solle. Diese Änderungen seien nicht ohne Erhöhung der Beiträge durchzuführen und der Bundestag müsse den Anträgen des Bundesvorstandes auf Einführung der einheitlichen Kopfsteuer von 20 Pf. pro Mitglied und Monat, sowie eines jährlichen Delegiertenbeitrags von 2 Pf. für jedes Mitglied zustimmen. Viele Delegierte, besonders aus Süddeutschland, erklären sich gegen eine solche sprunghafte Erhöhung, da sie dadurch eine Abplitterung vieler Vereine befürchten. Im Schlusswort erklärt Strumpf, daß der Bundesvorstand allen Kreisen Rechnung tragen wolle und darum einer Beitragserhöhung auf nur 15 Pf. zustimme. Ein Antrag des Delegierten Erlenwein-Ludwigshafen auf Einführung einer monatlichen Kopfsteuer von 15 Pf. und einer jährlichen Delegiertensteuer von 3 Pf. wird angenommen.

Am dritten Verhandlungstag referiert Reichardt-Berlin von der Zentralkommission für Sport- und Körperpflege über: „Zentralkommission und Ortskartelle“. Die Sportkartelle sollen die Vorläufer eines großen Sportverbandes sein, dessen Kommen sicher sei, für den aber die Verhältnisse jetzt noch nicht reif sind. Der Redner geht dann ein auf die Schwierigkeiten und Demotivationen von hütgerlicher Seite, die zur Gründung der Zentralkommission geführt haben und erörtert die Aufgaben der Zentralkommission und der Ortskartelle. In der Diskussion betont Koppisch vom Arbeiter-Turnerbund: er sei im Grunde für jede Verschmelzung der Arbeitersportvereine. Der Arbeiter-Athletenbund sei jedoch noch nicht reif für eine Verschmelzung mit dem Turnerbund, da auf dem Gebiete des Wettstreites um Ehrenpreise noch zu große Meinungsverschiedenheiten zwischen Athleten und Turnern bestehen. Andere Delegierte, die die Verschmelzungsfrage behandeln, weisen darauf hin, daß noch ein großes Feld für die Athleten zu bearbeiten sei, auch müsse unter den Turnern noch aufklärend gewirkt werden. Ferner wird in der Diskussion die Einrichtung der Zentralkommission wie der örtlichen Sportkartelle begrüßt. Die Anträge in der Verschmelzungsfrage werden dem Bundesvorstande überwiesen. Eine Resolution des Bundesvorstandes, daß in einem Orte oder in einem Stadtteil nur ein Bundesverein bestehen dürfe, wird angenommen.

Die Statutenänderungen werden in der vom Bericht erstatter der Statutenredaktionskommission, Preuß-Berlin, vorgelegten Fassung angenommen, die neuen Statuten sollen am 1. Juli 1914 in Kraft treten. Die provisorische Anstellung des Genossen Strumpf als besoldeten Vorsitzenden und Redakteur wird vom Bundestag nach lebhafter Debatte beschlossen. Als Gehalt wird 2200 M. festgesetzt. Als Kassierer wird Schoof-Magdeburg wiedergewählt, es wird ihm eine Vergütung von 1 Proz. für Mantelgeld gewährt. Als Obmann des Technischen Ausschusses wird Hauschalter-Ludwigshafen gewählt. Sitz des Ausschusses bleibt Berlin. Mit einem Appell an die Solidarität der Sportgenossen wird der Bundestag geschlossen.

Zur Bekämpfung der Schundliteratur und zur Förderung des Vertriebes guter Unterhaltungs- und Bildungslektüre

hat der Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin folgende Einrichtungen getroffen:

1. Anerkannt gute Jugendschriften zum Preise von 10—75 Pf. sind in größerer Anzahl angeschafft worden und werden teilweise gegen Deponierung des Preises zur Verfügung gestellt.
2. Jedermann erhält in den nachstehend angeführten Ausgabestellen ohne Legitimation so viele Bücher wie er will. Er hat entweder den Wert der Bücher zu deponieren oder bereits früher entnommene Bücher zurückzugeben. Eine Leihgebühr wird nicht erhoben.
3. Wer die Bücher behalten will, hat dazu das Recht, er hat dann bei Entnahme neuer Bücher wiederum den entsprechenden Betrag zu deponieren.

Es sind folgende Ausgabestellen eingerichtet:

- Berlin: 1. Wahlkreis**
Stralauer Str. 3-6. Zigarrengeschäft von Blumenberg.
- Berlin: 2. Wahlkreis**
Bogelbergerstr. 53/54. bei Schröder.
Zahnleinstr. 23. bei Meyer.
Zahnleinstr. 29. Lokal von Braß. Jeden Montag von 8—10 Uhr abends.
Moritzstr. 2. bei Selge.
Blumenthalstr. 13 I. bei Schade. Von 7—9 Uhr abends, außer Sonnabends.
Markgrafstr. 73. Lokal von Köhrig. Jeden Freitag von 8—10 Uhr abends.
- Berlin: 3. Wahlkreis**
Engelauer 15. Zigarrengeschäft von Dorff. Von 8—6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Prinzenstr. 41. Hof part. Stefan Reich. Expedition des „Vorwärts“. Abends von 5—7 Uhr, mit Ausnahme des Sonntags.
- Berlin: 4. Wahlkreis**
Stralauer Platz 10 II. Bureau des 4. Wahlkreises. Von 9—1 und 5—7 Uhr.
Gillabergstr. 11. Verband der Fleischer. Von 10—1 Uhr und 5—7 Uhr.
Gr. Frankfurter Str. 126. Arbeiter-Jugendheim. Von 6—10 Uhr.
Lippener Str. 15. Zigarrengeschäft von Herfort. Von 8—6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Mantelstr. 73. Zigarrengeschäft von Otto Basse. Von 8—6 Uhr mit Ausnahme des Sonnabends.
Kottb. 1. Zigarrengeschäft von Holm. Von 8—6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Weinstr. 8. part. Verband der Rührer. Von 9—1 Uhr und 3—7 Uhr.
Gutelandstr. 31. Zigarrengeschäft von Paul Schneider.
- Berlin: 5. Wahlkreis**
Kugelnstr. 49. Zigarrengeschäft von Laskinski. Von 8—8 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Kaugardstr. 39. Zigarrengeschäft von Chmilenk. Von 8—8 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Heinersdorfer Str. 26. Uhrengeschäft von Esslinger. Von 8—8 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Landwehrstr. 3. Zigarrengeschäft von Schroll. Von 8—8 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Gollnowstr. 13. Zigarrengeschäft von Weise. Von 8—8 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
- Berlin: 6. Wahlkreis**
Antonstr. 34. Zigarrengeschäft von Kriegsmann. Von 8—6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Brunnenstr. 70. Arbeiter-Jugendheim. Von 6—10 Uhr.
Schmarstr. 8. Tabakarbeitergenossenschaft. Von 8—6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Gartenstr. 101. Verband der Kupferschmiede. Von 10—11 Uhr und 6—7 Uhr.
Vappeler 15/17. Bureau der Freireligiösen Gemeinde. Sonntags 10—12 Uhr, wochentags außer Donnerstags von 12—5 Uhr.
Tresowstr. 36. Zigarrengeschäft von Binner.
Wiltshofer Str. 23. Zigarrengeschäft von Heßlich.
Siemensstr. 12. Hof part. Arbeiter-Jugendheim. Von 6—10 Uhr.
Amsterdamer Str. 15. Seitenstr. part. bei Ried.

Vororte:

- Wahlkreis Teltow-Deeslow-Storkow-Charlottenburg**
Abtshof. Bismarckstr. 50. bei Samarskole.
Vohndorf. Paradiesstr. 9. Genossenschaftshaus, bei Böhlke. Jeden Freitag von 7—8 Uhr abends.
Bris. Hermannstr. 35 (Idealgenossenschaft). Zigarrengeschäft von Freudenreich.
Charlottenburg. Kofenstr. 3. Arbeiter-Jugendheim. Dienstags, Donnerstags, Sonnabends und Sonntags von 7—9 1/2 Uhr.
Grünen. Friedrichstr. 1. bei Blume.
Nichtersfelde. Bätehr. 7. Arbeiterbibliothek. Sonnabends von 8—10 Uhr.
Johannisthal. Johannes-Berner-Str. 23. Zigarrengeschäft von Seher.
Köpenick. Nieber Str. 6. bei Böhlke. Von 8—8 Uhr.
Kantow. Kaiser-Wilhelm-Str. 35. bei Richter.
Mariensfelde. Berliner Str. 114. part. Bibliothek.
Neutal. Bleichstr. 1. Zigarrengeschäft von Wiplof. Von 8—6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Reichstr. 8. Arbeiter-Jugendheim. Mittwochs und Sonnabends von 6 1/2—10 Uhr.
Zehmeuburg. Adolfer Str. 10 I. bei Baskow.
Zehmeuburg. Oberstr. 32. Zigarrengeschäft von Dräger. Von 8—6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Zigglitz. Jugendheim. Aniepoststr. 59. Mittwochs von 4—6 Uhr.
Tempelhof-Mariendorf. Kaiser-Wilhelm-Str. 76. Arbeiter-Jugendheim. Wochentags von 8—10, Sonntags von 3—10 Uhr.
Trepow. Grenzstr. 16. Zigarrengeschäft von Friebe. Von 8—8 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Trebzin. Bahnhofsstr. 52a. bei Trabus.
Wannsee. Adolferstr. im Restaurant Katernann.

Wahlkreis Niederbarnim

- Vernau. Kaiserstr. 10. Bäume, Zentralbibliothek. Sonntags von 5—7, Freitags von 8—10 Uhr abends.
Vitzthum. Hauptstr. 90 II. bei Wilhelm Pieper. Wochentags zu jeder Zeit.
Vorsigt. Freie Scholle 4. Max Jachau. Sonntags vormittags.
Wramkau. Bismarckstr. 4. Max Lindholz. Mittwochs nachmittags, Sonntags von 9—12 Uhr vormittags.
Zickler. Bismarckstr. bei Richter.
Zicktenau. Mollstr. Ernst Rodow. Laden. Täglich von 4—8 Uhr, außer Sonntags.
Zigglitz. Waderstr. 49. part. Bibliothek des Wahlvereins. Dienstags von 1/2 8 Uhr abends ab.
Zigglitz. Droschkestr. 2. part. Konsumverein. Montags und Donnerstags von 8—1 und 3—8 Uhr.
Zigglitz (Nordbahn). Hauptstr. 5. Haberland, Zigarrengeschäft. Täglich während der Geschäftsstunden.
Zigglitz. Berliner Str. 23a. August Schulze. Schuhwaren. Außer Sonnabends täglich während der Geschäftsstunden.
Zigglitz. Hauptstr. 64 II. Bäck. Hierker. Sonntags von 9—12 Uhr.
Zigglitz. Schönfelder Str. 79. Karl Tiedt. Wochentags von 4—8 Uhr.
Zigglitz. Berliner Str. 23. Emil Derschke.
Zigglitz. Adolfer 11 II. Raskinski. Montags, Donnerstags und Freitags von 6—8 Uhr.
Zigglitz. Karl Fischer. Täglich.
Zigglitz (Züd). Landsberger Chaussee. Thomas Schmidt. Täglich bis 7 Uhr abends.
Zigglitz. Dofelstr. 22. Jugendheim. Täglich von 7—9 1/2 Uhr abends.
Zigglitz. Max Braun. Zigarrengeschäft. Von 5—8 Uhr.
Zigglitz. Ernst Droschke. Zigarrengeschäft. Täglich während der Geschäftsstunden, außer Sonnabends und Sonntags.
Zigglitz. 33 I. Willi Richter. Schuhwaren. Täglich während der Geschäftsstunden.
Zigglitz. 26. Brantow. Zigarrengeschäft. Von 10—6 Uhr, außer Sonnabends und Sonntags.
Zigglitz. 15/17. Rud. Kaiser. Zigarrengeschäft. Täglich außer Montags von 8—6 Uhr.
Zigglitz. 12. part. I. Natur Pader. Nähmaschinen. Donnerstags und Sonnabends von 6—8 Uhr.
Zigglitz. 1. Rüd. Bunsche. Zigarrengeschäft. Außer Sonnabends von 8—6 Uhr.

Mühlendorf. Bahnhofstr. 16. Tische. Montags, Mittwochs und Freitags von 6-8 Uhr.
Mühlend. Buchhändler Straße. Paul Bruckmann. Sonntags.
Nieder-Schönhausen. Charlottenstr. 44. Schierbaum, Laden. Täglich. Eichenstr. 14. Richter, Laden. Täglich.
Ober-Schönweide. Marokr. 2. Jugendheim. Mittwochs von 8-9 1/2 Uhr. Siemensstr. 8. B. Burghard. Dochentags von 3-4 Uhr.
Craunenburg. Konjum-Gesellschaft, Lager 1 und 2, Königs-Allee und Kassestraße. Ausverkauf in der Geschäftzeit.
Pantow. Mühlentstraße 2. "Sommer"-Expedition. Von 10-12 Uhr. Drechslerstr. 20. Otto Seiwert, Filialgeschäft. Täglich von 10-6 Uhr, außer Sonntags und Feiertags.
 Spielermännchen. 3. Filialgeschäft von Hügel.
Rahndorfer Mühle. Chausseestr. 11. Max Bobbin. Täglich.
Reinholdsdorf-Cf. Heidenstr. 66. Reumann, Zigarrengeschäft. Wochen- tags bis 7 Uhr.
 Reichenstr. 138. Zeile, Zigarrengeschäft. Dochentags bis 7 Uhr abends.
 Provinzstr. 56. "Vocodris"-Expedition. Dochentags bis 7 Uhr abends.
 Provinzstr. 74. Bibliothek des Wahlvereins. Montags von 8-10 Uhr.
Reinholdsdorf-Wein. Eichbornstr. 87. Anna Meier, Zigarrengeschäft. Täglich von 8-6 Uhr, außer Sonntags.
Röntgenal. Kar. Plehn, Barbiergeschäft, am Bahnhof. Außer Sonntags abends und Sonntags täglich bis 8 Uhr.
Rosenthal-Wilhelmsruh. Berliner Allee 30. Jugendheim. Mittwochs und Sonntags von 8-10 Uhr.
Rüdersdorf-Kalberge. Reichenstr. 14. Otto Fiebig. Täglich.
Gr.-Schönebeck. Liebenwalde 65. Paul Wolfin. Sonntags von 10-12 Uhr.
St.-Schönebeck. Albert Hamn. Täglich.
Schönebrunde. Haus 39a. Otto Binder. Dienstags und Freitags von 4-8 Uhr.
Schönwalde. Dorfstr. 18. Stegemann. Täglich von 7-9, Sonntags von 10-12 Uhr.

Stralau. Prochstr. 16 II. Emil Kaufmann. Montags und Donnerstags von 5 1/2-8 Uhr, Sonntags von 6-8 Uhr.
Regel. Bahnhofstr. 15. Jugendheim. Montags und Donnerstags von 8-10 Uhr.
Waldmannsdorf. Nimrodstr. 105. Pallavicini. Täglich.
Weihensee. Haldenstr. 165. Franz Grauert, Zigarrengeschäft. Täglich von 2-7 Uhr.
 Gedankstr. 72. Wg. Schöber, Zigarrengeschäft. Täglich von 2-7 Uhr.
 Gutsa-Abstr. 17. Wg. Schöber, Zigarrengeschäft. Täglich von 2-7 Uhr.
Wilhelmsruh. Kollfestr. Herm. Diederich, Laden. Täglich von 4-8 Uhr, außer Sonntags.
Woltersdorf. Schützenstr. 55. Arol, Zigarrengeschäft. Täglich.
Zerpenschleuse-Stieritz. Bahnhofstr. 49. Karl Grund. Sonntags von 10-12 Uhr.

Wetterprognose für Mittwoch, den 13. April 1914.
 Zunächst vorwiegend trübe, kühler mit leichten Regenfällen und ziemlich kalten nordwestlichen Winden; nachher langsam aufklarend und wieder etwas wärmer.
 Berliner Wetterbureau.
Wetterausichten für das mittlere Norddeutsche Land bis Donnerstag mittag: Großenteils trocken und vielach heiter, anfangs kühl und später wieder östwärts fortschreitende Erwärmung und langsame Zunahme der Bewölkung.
Wasserstands-Nachrichten
 der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Witterungsübericht vom 11. April 1914.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wolken- art	Wetter	Temp. u. d. 5 u. 8 u. 12 u. 1914	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wolken- art	Wetter	Temp. u. d. 5 u. 8 u. 12 u. 1914
Eutin	760	SW	0	Wollosig	12	Labaranda	747	SW	3	Rebel	1
Hamburg	762	SW	0	Regen	8	Petersburg	756	SW	1	bedekt	4
Berlin	761	SW	0	bedekt	11	Scilla	772	SW	4	halb bed.	8
Kranf. a. M.	764	SW	0	Dunst	11	Kopenhagen	761	SW	6	mollert	7
München	763	SW	0	Wollosig	12	Paris	768	SW	3	bedekt	12
Wien	765	SW	0	1 halb bed.	12						

Unserem treuen Mitgliede
Wilhelm Ahrendt
 nebst Braut
 die herzlichsten Glückwünsche
 zur heutigen Vermählung
 vom
 Freundschaftsklub „Klette“.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.
 Gruppe VIII.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Buchbinder
Heinrich Duden
 Nürnberger Str. 18, gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. April, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Gemeindefriedhofes, Friedrichs- feld, aus statt.
 Um rege Beteiligung erucht
 Der Vorstand.
 250/11

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Jobstische Berlin.
Nachruf.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Hans Kowalkowski
 (Neußän, Treptower Str. 65/69) im Alter von 55 Jahren ge- storben ist.
 Ehre seinem Andenken!
Nachruf.
 Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Peter Holländer
 (Charlottenburg, Vestalozstr. 82) im Alter von 60 Jahren ge- storben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Ortsverwaltung.
 86/5

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Galva- niker
Richard Rottmann
 Neußän, Hermannstr. 23 am 9. April an Lungenleiden ge- storben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Ortsverwaltung.
 116/12

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederharnim.
 Bezirk Lichtenberg.
 Am Montag, den 13. April, verstarb unser Genosse, der ehe- malige Tischler, jetzige Privatier
Moritz Gläser
 Sonntagstr. 2 (53. Gruppe).
 Ehre seinem Andenken!
 Die Umänderung findet am Donnerstag, den 16. April, nach- mittags 5 Uhr, im Krematorium, Gerschulstraße, statt.
 Um rege Beteiligung erucht
 Die Bezirksleitung.

Dankagung.
 Für die vielen Beweise inniger Teil- nahme bei der Beerdigung unserer teuren Entschlafenen Minna Kauschke sagen wir allen Hiermit, insbesondere meinen Kollegen von der Turbinen- fabrik, Abteil. Eisengießerei, unseren besten Dank.
 Im Namen der Hinterbliebenen
C. Kauschke.

Mohrenstr. 37a
 Kolonnaden.
 Gr. Frankfurterstr. 115
Trauer- Magazin
 Kleider, Hüte etc.
 Außerste Preise
Farbige Konfektion
 in größtem Maßstabe
 zu billigsten -Preisen-
Westmann

St. Jakobs-Balsam
Hausmittel I. Ranges
 von Apotheker C. Trautmann, Basel. Einget. Schutzmarke. - Bow. Heilsalbe für Wunden u. Ver- letzungen jeder Art, off. Beine, **Krampfader**, Brand- schaden, Ausschl., Hämorrhoid., **Flechten**. In den Apotheken a. M. 1.40 Gen.-Depot: St. Jakobs- Apotheke, Basel. Depots Berlin: König Salomonsp., Charlotten- straße, Falkensp., Reichenberger- straße, Viktoriap., Friedrich- straße, Reichsadler - Apotheke, Gr. Frankfurter Str. 134. 872b*
 Für blutarme Kinder und bleichsüchtige junge Mädchen gilt die Ernährung mit Milch als sehr zweckmäßig; für viele aber ist die reine Milch schwer verdaulich, andern widersteht sie. Beide Schwierigkeiten überwindet man erfolgreich durch Zusatz von „Auzel“. Dieses demäute Nährmittel wirkt zugleich appetitanregend, kräftigend und verdauungsfördernd.

Spezialarzt
Dr. med. Wockentuf.
 Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor) für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden - Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage). Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Beru- störung. Mäßige Preise.
 Sprechst. v. 8-8, Sonntags 9-11.

Stoppdecken
 größte Auswahl, billigst; auch Ausarbeiten aller Stoppdecken.
Bernhard Strohmendel.
 Fabrik Berlin, Wallstr. 72.

Rheumatisches Elektrikum
 (Echtes Nichtenadel- malzmoßel) ein reines unschädliches Natur- produkt ohne Alkohol. **Elektrikum** wirkt nicht nur oberflächl. wie spirituelle Ein- reibungen auf den Körper, sondern ist von fräftig durchgreifender, schmerz- stillender Wirkung.
 Man nehme nur **„Elektrikum“**. Flaschen 60 Pf., 1.- Mark u. 2.- Mark. Wenn in Drogerien nicht erhältlich: d. Otto Reichel, 50 43, Eisenbahnstr. 4.

Knaben- und Jünglings-Garderobe
 Großes Lager in jeder Ausführung, nur eigene Anfertigung, zu sehr billigen Preisen. Herren-Garderobe nach Maß
Karl Hustädt, Koppenstr. 85, partier., 2 Minuten vom Södel. Bahnhof.
 Ohne jede Anzahlung!!
 Keine Raffierer, keine Paten!
 Bettwäsche, Teppiche, Portieren, Bilder, Gardinen, Stores, Stopp- u. and. Decken.
MATZNER, Aufsenlandstraße Nr. 41.

Bruchbandagen
 Leibbinden, Geradenhalter, Irrigatore, Spritzen etc., **Suspensorien**, sowie alle Artikel z. Krankenpflege empfiehlt
Fabrikant Pollmann, Jotat Berlin N., Lothringer Str. 60. Eigene Werkstatt. Lieferant für Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

Reifenpannen

lassen sich nicht ganz vermeiden, aber abschwächen. An Ihnen liegt es, mühsam eine Stunde im Chausseestaube zu montieren oder in wenigen Minuten wieder flott zu sein durch die

abnehmbare Continental Felge

Jeder Reifenwechsel ein Kinderspiel.

Continental-Caoutchouc- u. Gutta-Percha-Co., Hannover

Personal 12 000

Reste

Damentuene 3 M. an schwarz u. farb. Mtr.
Kostümfstoffe neueste englische Muster p. Meter von 2 M. an
Cörelé ... von 3.25 M. an
Gabardine von 2.75 M. an
Futter-Seide in allen Preislagen
Suim Futter grösste Auswahl
Knöpfe u. Besatzartikel usw.
C. PELZ
 Kottbuser Str. 5

Berühmt
 Können Sie werden wenn Sie Ihre Stimme mit **Wyberf-Tabletten** pflegen. Vorrätig in allen Apotheken und Drogerien. Preis der Originalschachtel M. 1.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
 Haupt-Niederlage der k. k. österr. Tabak-Regie.
 Zigarren - Zigaretten - Rauchtabelle.
 Nur für Wiederverkäufer zu Originalpreisen. Alleinverkauf der Fabrikate der Firma
F. J. Burrus St. Kreuz
 Größte deutsche Rauchtabellefabrikation. Jahresproduktion über 5 000 000 Pfd. Rauchtabelle, Zigaretten-Spezialität: L'Algerienne.

Westmann

Mohrenstr. 37a (nahe Jerusalem Str.)
 Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)
Beginn des grossen Modell-Verkaufs!

Modell-Kostüme regul. bis 36, 54, 60 bis 250
 blau Kammgarn, schwarz weiss, für 22, 33, 41-150
 tango, grün entwürfene Passons

Modell-Mäntel regul. bis 35, 54, 72 bis 230
 Seide, Lollions, Moiré, kurz u. lg. Kammg., Tuch, stärkste Figur. für 21, 33, 45-140

Sperr-Jackets in 17 Farben, v. 7 1/2 M. an

Röcke schwarz, weiss von 5 M. an

Neu aufgenommen: **Backstich- und Kinder-Konfektion.**

Winer-Konfektion: Pezmäntel sonst 66 bis 250 M. jetzt 100 b. 600 M.
Plüschmäntel sonst 66 bis 250 M. jetzt 30 bis 100 M. Uister sonst 27 bis 120 M. jetzt 8 1/2 bis 45 M.

Garbáty

Cigaretten

Qualität

Arbeiter-Bildungsschule.

Heute Mittwoch, den 15. April, abends 7 1/2 Uhr, im Schul-lokal, Grenadierstr. 37:

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes, des Lehrerkollegiums und der Revisoren. 2. Uebnahme der Schule durch den Bezirks-Bildungsausschuss Groß-Berlin. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Beiträge müssen bezahlt werden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85.

Telephon: Amt Norden 1987, 1239, 9714, 185.

Donnerstag, den 16. April 1914,

abends 8 Uhr:

Versammlung aller in den Innungsbetrieben beschäftigten Schmiede

in Voeters Festsaal, Weberstr. 17.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Wilhelm Ziering. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert:

Die Vertrauensmänner-Konferenz der Schmiede findet am Donnerstag, den 16. April, nicht statt.

Achtung! Dreher!

Die Vertrauensmänner-Konferenz der Eisendreher findet nicht am Donnerstag, den 16. April, sondern Donnerstag, den 23. April, statt.

Die Ortsverwaltung.

Steinarbeiter!

Heute Mittwoch, 15. April, abends 8 Uhr, im Englischen Hof, Alexanderstraße 27c:

Versammlung der Marmorarbeiter.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgemacht. Die Wichtigkeit derselben erfordert das Erscheinen aller Kollegen. Die Ortsverwaltung.

Hausarzt-Verein Charlottenburg.

Donnerstag, den 16. April 1914, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstraße 3:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Moses über:

„Die Erziehung des Proletariats“.

2. Diskussion, eventuell Fragebeantwortung.

Der Eintritt in die Versammlung ist für jedermann frei. Wer sich in der Versammlung als Mitglied des Hausarztvereins Charlottenburg ansprechen lässt, braucht das sonst übliche Eintrittsgeld nicht zu zahlen.

Zentralverband der Handlungsgehilfen

Bezirk Groß-Berlin - Büro: C 25, Münzstr. 20

Heute Mittwoch, den 15. April, pünktlich 8 1/2 Uhr, in Musiker-Sälen (großer Saal), Kaiser-Wilhelm-Str. 31:

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Neuwahlen:

- a) Aktions-Ausschuss;
- b) Bildungs-Ausschuss;
- c) Vorort-Kommission.

2. Besprechung der Anträge zum Verbandstag.

Kolleginnen und Kollegen! Wegen der äußerst wichtigen und reichhaltigen Tagesordnung bitten wir um zahlreiches und pünktliches Erscheinen. — Mitgliedsbuch legitimiert.

77/11*

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Einsetzer.

Donnerstag, den 16. April, abends 8 1/2 Uhr:

Bezirks-Versammlung

in den bekannten Lokalen.

Der 8. Bezirk tagt im Lokal von Ulrich, Malplaquetstr. 33.

Tagesordnung:

Bericht von der letzten Generalversammlung. Verbands-Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Mit der Beseitigung des Normalbuchs aus dem Schreibunterricht der preussischen Schulen sind der Reib- und die Kugelschreiber unter anderen als Schreibwerkzeuge zugelassen. Dieses Resultat verdanken wir dem berühmten Wiener Kunstgewerbelehrer Prof. Rudolf von Larisch und dem Berliner Pädagogen Heinrich Grothmann, die in ihren interessanten Werken und Vorträgen unermüdet für die Schriftreform eingetreten sind.

Bekanntmachung

Orts-Krankenkasse für die Gewerbe der Tischler u. Piano-forte-Arbeiter zu Berlin.

Nach einer Wahlvorschrift vom 24. März 1914, betreffend die Wahlen zum Vorstande obiger Kasse ist von den Vertretern der Arbeitgeber sowie der Beschäftigten nur je ein Wahlvorschlager eingegangen, welcher vom Vorstand als gültig anerkannt worden ist.

Die auf dem Wahlvorschlager der Arbeitgeber unter Nr. 1 bis 4 bezeichneten Herren:

- Heinrich Roeste, Paderstr. 31,
- Konrad Hille, Köpenicker Str. 154a,
- Friedr. Kortum, Wiener Str. 44,
- Hermann Jengler, Kreuzstr. 52,
- sowie die auf dem Wahlvorschlager der Beschäftigten unter Nr. 1 bis 8 bezeichneten Herren:
- Emil Bocke, Reußstr. 18,
- Otto Kube, Schönleinstr. 16,
- Hermann Waack, Rungelstr. 30,
- Robert Dorn, Reußstr. 18,
- Friedrich-Str. 238,
- Heinrich Zinke, Krügerberger Str. 80,
- Robert Krüger, Wanteufelder Str. 72,
- Wilhelm Hiele, Landsberg Allee 145,
- Julius Müller, Buchholzer Str. 18,

gelten (sowohl gemäß §§ 9 und 25 der Wahlordnung) als gewählt. Einträge gegen die Gültigkeit der Wahl sind bis zum 13. Mai 1914 bei dem Vorstande oder bei dem Versicherungsausschuss zu erheben, daselbst entscheidet endgültig.

Die ordentliche Ausschuss-Sitzung

der Vertreter der Arbeitgeber und der Beschäftigten findet statt am Donnerstag, den 23. April 1914, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelfufer 15, Saal 1, zu welcher dieselben hierdurch eingeladen werden.

Tagesordnung:

- 1. Wahl des Vorsitzenden des Ausschusses.
- 2. Abnahme der Jahresrechnung pro 1913 nebst Bericht der Revisoren.
- 3. Beratung und Beschlussfassung über den Voranschlag für das Rechnungsjahr 1914.
- 4. Beschlussfassung über die Krankenordnung. 271/20

Der Vorstand

Emil Bocke, Vorsitzender.
Otto Kube, Schriftführer.

Haben Sie bloß?

ich fertige davon Anzug od. Jacket nach Mass, schick, sammt. Zuzutun von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8, II. (Stadtth. Bldg.)



Asthma

wird in heilbaren, wenn auch veralteten Fällen behoben durch meine glänzend bewährten Asthmastropfen, Flasche 2.50 M. Bei starken Anfällen sofortige Hilfe durch Indische Asthmakräuter, Kart. 2.00 M. Garant. unschädlich! VorNachnahm. jed. Art sei gewarnt! Otto Reichel, Berl. 43, Eisenbahnstr. 4



geben schmutzigstem Metall Dauerglanz Unentbehrlich für Autos Überall zu haben in Flaschen.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, den 15. April 1914.

Anfang 4 Uhr.
Urania. Ueber den Brenner nach Venedig.

Anfang 5 Uhr.
Passage-Theater. Kino-Varieté.

Anfang 6 1/2 Uhr.
Eines Rollendorf-Theater. Was mir die Wilnis gab.

Anfang 7 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Parsifal. Deutsches Opernhaus. Parsifal.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Schauspielhaus. Die Venus mit dem Papagei. Deutsches. Was ihr wollt. Girkus Schumann. Solovorsstellung.

Anfang 7 3/4 Uhr.
Metropol. Die Reise um die Welt in 40 Tagen.

Anfang 8 Uhr.
Urania. Hochspannung. Verfassung. Köstlichkeit. Kammermusik. Die gelbe Jacke. Berliner. Die einst im Mai. Königstäger Straße. Dr. Zu. Theater des Westens. Polenblut. Theater am Rollendorfplatz. Des Juxbarons.

Anfang 8 1/4 Uhr.
Urania. Hochspannung. Verfassung. Köstlichkeit. Kammermusik. Die gelbe Jacke. Berliner. Die einst im Mai. Königstäger Straße. Dr. Zu. Theater des Westens. Polenblut. Theater am Rollendorfplatz. Des Juxbarons.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Urania. Hochspannung. Verfassung. Köstlichkeit. Kammermusik. Die gelbe Jacke. Berliner. Die einst im Mai. Königstäger Straße. Dr. Zu. Theater des Westens. Polenblut. Theater am Rollendorfplatz. Des Juxbarons.

Anfang 8 3/4 Uhr.
Urania. Hochspannung. Verfassung. Köstlichkeit. Kammermusik. Die gelbe Jacke. Berliner. Die einst im Mai. Königstäger Straße. Dr. Zu. Theater des Westens. Polenblut. Theater am Rollendorfplatz. Des Juxbarons.

Anfang 9 Uhr.
Urania. Hochspannung. Verfassung. Köstlichkeit. Kammermusik. Die gelbe Jacke. Berliner. Die einst im Mai. Königstäger Straße. Dr. Zu. Theater des Westens. Polenblut. Theater am Rollendorfplatz. Des Juxbarons.

Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Am Tangoklub. Berliner Eispalast. Eisballett. Amor auf Urlaub. Eines Rollendorf-Theater. Was mir die Wilnis gab.

Sternwarte, Invaldenstr. 57-62

URANIA
Taubenstraße 48/49.
4 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
8 Uhr:
Hochspannung.

Schiller-Theater O. Theater.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Wann wir altern. Hieraus: Liebe, Nachher: Lotichens Geburtstag.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Wann wir altern. Hieraus: Liebe, Nachher: Lotichens Geburtstag.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Des Meeres und der Liebe Wellen.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die beiden Leonoren.

Theater in der Königgrätzer Straße
Täglich 8 Uhr:
Mr. Wu.

Komödienhaus.
8 Uhr:
„Kammermusik“.

Berliner Theater.
8 Uhr:
Wie einst im Mai.
Theater a. d. Weidendammerbrücke
8 Uhr: Der müde Theodor.

Deutsches Künstlertheater
Sozialität.
Nürnbergstr. 70/71, am Zoo.
Kasse: Nollendorf 1383.
Mittwoch, 8 Uhr:
Erziehung zur Liebe.
Donnerstag, 8 Uhr:
Der Raub der Sabinerinnen.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
Anfang 8 1/2 Uhr:
Die Förster-Christl.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
8 1/2 Uhr:
Freie Bahn.
Komödie in 4 Akten von Paul Wih.

Walhalla-Theater.
8 1/2 Uhr:
Tangofieber.
Gr. Poße in 3 Akten u. 3 Rollen von E. Urban. Russl. u. Gugo Hirsch.

Touristenverein
„Die Naturfreunde“
Ortsgruppe Berlin.
Mitglied der Zentralkom. für Sport u. Körperpflege.
Freitag, den 17. April 1914:
abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelfufer 15:
Lichtbilder - Vortrags - Abend.
„Die Natur im Wechsel der Jahreszeiten“
1. Frühling am Bodensee. 3. Herbst im deutschen Walde.
2. Sommer in Tirol. 4. Winter im Schwarzwald.
Ca. 80 hervorragend schöne Farbenphotographien, hergestellt nach dem System Lumière.
Vortragender: H. Zieher-Stuttgart (Gesandmann der Naturfreunde).
Eintritt 30 Pf. 1/5 Rauchen nicht gestattet.

Theater des Westens.
8 Uhr:
Polenblut.
Sonntag 8 1/2 Uhr: Der liebe Augustin.

Folies Caprice.
8 1/4 Uhr:
Tohuwobu Das Karnickel Das Erdbeben.

Theater am Nollendorfplatz 5.
8 Uhr:
Der Juxbaron.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 192.
Anfang 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von W. Meißner und Weinbaum. Musik von Leo Fall.
Morgen: Die Dollarprinzessin.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82 — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert u. Gastspiel
Prager Tonkünstler Orchester. Dirigent: Kapellmeister und Komponist Julius Fuokl.
Musikkorps des Garde-Fußler-Regiments, Dirig. Oberm. Dippel.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt.

Apollo-Theater.
8 Uhr. Tel.: Lützow 2757. 8 Uhr. Zum 121. Male!
Der Stolz d. 3. Kompagnie mit
Hartstein.
Vorher das große Varieté-Programm. Rauchen gestattet!

Wintergarten
Ein
beispielloser Erfolg
der von
Publikum und Presse glänzend beurteilten April-Attraktionen!
Entreeplatz wochentags M. 0.60.
— Rauchen gestattet! —

Admiralspalast.
Eis-Arena.
Die Novität „Im Tangoklub“ und zum 223. Male das effektvolle Eisballett „Die lustige Puppe“. Bis 6 Uhr abends und ab 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise. Wein- und Bier-Abteilung.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Unsere süßen Dienstmädel.
Ursprüngliche Barlette von Reysel.
Anfang 8 Uhr. Sonnt. 7 1/2 Uhr.

Casino-Theater
Lortzingstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Bieder ein großer Theater-Erfolg! Der neue Lustspiel-Schlager
Wo die Liebe hinfällt.
Vorher das neue April-Programm Tauberts! Selma Wallis! Willi & Wivi! Sonnt. 4 U. Geheimnisse v. New York.

Nur noch kurze Zeit!
Zirkus Alb. Schumann.
Heute Mittwoch, 15. April, abends 7 1/2 Uhr:
Große Sport-Vorstellung
sowie Aufführung des großen Ausstattungsstücks
„Tipp“
Außerdem Fortsetzung des Intern. Ringer-Wettstreits (Catch as catch can)
Es ringen folgende Paare:
1. Salt gegen Esson (Deutschland) (England)
2. De Ridder gegen Jussuf (Belgien) (Türkei)
3. Entscheidungskampf Humbert gegen Spouhl (Tunis) (Rußland)

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Die Notbrücke.
Sonntags um 3 Uhr: Die Notbrücke.

Passage-Panoptikum.
Die große
Oster-Schau!!
Der englische
Riese
Teddy Bobs.
Der größte Mensch, der je gelebt! 160 mm größer als Machnow! 19 Jahre alt.
20 Säle mit Schenswürdigkeiten
Alles
ohne
Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

wiederholt ist es bekannt geworden, daß gewisse Scharfmacherverbände, das gilt insbesondere vom Arbeitgeberverband für das Baugewerbe, den Lieferanten die Verpflichtung auferlegen, bestimmte Prozente ihres Umsatzes an den Kampffonds der Unternehmer abzuliefern. Auch der Arbeitgeberverband für das Maler-, Ausreicher- und verwandte Gewerbe in Rheinland und Westfalen, die Bad- und Farbwarenhändler für seine Vereinzwecke tributpflichtig zu machen. Dieser Scharfmacherverband, der eine gewisse Verühmtheit dadurch erlangt hat, daß er im Herbst vorigen Jahres vom Haupttarifamt für das Malergewerbe als tarifbrüchig erklärt wurde, arbeitet mit „Vorzugskarten“, welche die Lieferanten lösen müssen. Um diese Geldquelle recht ergiebig fließen zu lassen, verordnet der Arbeitgeberverband an seine Mitglieder nicht nur eine Liste der Firmen, welche Vorzugskarten gelöst haben, sondern auch eine weitere Liste der Firmen, welche die Karte nicht gelöst haben.

Diese Erpressungsmethode schien sogar der „Kölnischen Zeitung“, die im allgemeinen den Vorfürhungen der Scharfmacher viel Sympathie entgegen bringt, etwas bedenklich. Sie berichtete darüber unter der Ueberschrift „Ein verfehltes Mittel“ und sie mahnte die Malermeister, auch den Schein zu vermeiden, als ob sie auf die nichtzahlenden Firmen einen unzulässigen Druck ausüben wollten. Der Arbeitgeberverband für das Malergewerbe suchte nun sein Vorgehen zu beschönigen, indem er in einer Zuschrift an das genannte Blatt auseinandersetzte, daß die Berechtigung der Vorzugskarten in weiten Händlerkreisen anerkannt werde. Die Gegenleistung bestehe darin, daß der Arbeitgeberverband durch die Herstellung geordneter Lohn- und Arbeitsverhältnisse (das sagt der Unternehmerverband, dem der Tarifbruch ordnungsmäßig bescheinigt wurde) die Abnahmefähigkeiten der Lieferanten aufrecht erhält, daß er die Gründung von Einkaufsgenossenschaften zu verhindern sucht und daß er den Lieferanten Auskunft über die Kreditfähigkeit der Malermeister erteilt.

Von dieser Erklärung war die „Kölnische Zeitung“ noch nicht recht befriedigt. Ihre Auffassung wurde bekräftigt durch eine Zuschrift des Zentralausschusses der „Vereinigung der Bad- und Farbenbranche Deutschlands“. Diese Organisation der gebrandschigten Lieferanten schreibt: („Kölnische Zeitung“ Nr. 412 vom 9. April.)

Die Ausgabe der Vorzugskarten durch den Arbeitgeberverband für das Malergewerbe in Rheinland und Westfalen erfolgt lediglich zu dem Zweck, um mit Geldmitteln der Fabrikanten und Händler die Kasse des Arbeitgeberverbandes zu füllen, der zur Ausbringung dieser Mittel aus eigener Kraft außerstande ist. Die für die Abnahme der Vorzugskarten den Fabrikanten und Händlern in Aussicht gestellten Gegenleistungen sind gleich Null. Der Arbeitgeberverband schiebt diese angeblichen Gegenleistungen nur in den Vordergrund, um so seine Abtät zu verbergen, durch Androhung wirtschaftlicher Nachteile die Fabrikanten und Händler zu zwingen, dem Verband Mittel zuzuführen. Kein Fabrikant und Händler hätte je wegen der angeblichen Gegenleistungen sich zur Abnahme der Vorzugskarten entschlossen. Der Arbeitgeberverband hat jedoch durch Herausgabe von Listen, Beeinflussungen seiner Mitglieder und unmittelbares Herantreten an die beteiligten Fabrikanten und Händler letztere zu zwingen gesucht, die Karten abzunehmen, da ihnen andernfalls Verlust der Kundenschaft in unverblümter Weise in Aussicht gestellt wurde. Ein von uns eingeholtes Rechtsgutachten einer Autorität hat auf Grund des eigenen, dem Gutachten zugrunde gelegten schriftlichen Materials des Arbeitgeberverbandes in dessen Vorgehen den Tatbestand der strafbaren Verbrechen der Erpressung erblickt. Trotzdem dieses Gutachten dem Arbeitgeberverband zur Verfügung gegeben ist, hat es ihn nicht veranlaßt, die Ausgabe der Karten zu unterlassen. Sämtliche Organisationen der Bad- und Farbenbranche haben sich einmütig gegen das System der Kartenausgabe gewandt und in ihm den Veruch des Arbeitgeberverbandes gebrandmarkt, durch wirtschaftlichen Boykott angebliche ideale Interessen zu vertreten und sich Vorteile von Freieren zu verschaffen, welche seiner Verbandstätigkeit nicht unterstehen. Im Interesse der Moral des geschäftlichen und wirtschaftlichen Lebens kann vor dem Vorgehen des Arbeitgeberverbandes nur aufs entschiedenste gewarnt werden.

Das Reichsgericht hat erst kürzlich wieder in einem Hamburger Fall, bei welchem der Angeklagte allerdings ein Arbeiter war (siehe „Vorwärts“ vom 12. April) entschieden, daß die Androhung des Boykotts ein Erpressungsveruch sei. Im vorliegenden Falle ist es nicht bei dem Versuch geblieben, der Arbeitgeberverband für das Malergewerbe in Rheinland-Westfalen hat sich durch sein Vorgehen gegen die Lieferanten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil verschafft. Wird nun, nachdem diese Tatsache offenkundig ist, der Staatsanwalt gegen ihn einschreiten? Wir glauben, daß man darauf vergeblich warten wird. Der Erpressungsparagraph wird nur zur Anwendung gebracht, um die Arbeiter in ihrem wirtschaftlichen Kampfe zu schädigen. Gesetzesverletzungen der Unternehmer im Kampfe gegen die Bestrebungen der Arbeiter bleiben bei uns gewöhnlich ungeahndet, denn in Preußen-Deutschland gilt bekanntlich als oberster Rechtsgrundsatz: Wenn zwei dasselbe tun, dann ist es nicht dasselbe!

Aus einer sozialdemokratisch verwalteten Krankenkasse.

Unter dieser Epithete macht zurzeit eine Notiz die Kunde durch die Reichsverbandspresse, in der von der Crisfrankenkasse in Stolp i. L. die Rede ist, die nimmere zu einer allgemeinen Ortskrankenkasse umgewandelt ist. In der betreffenden Notiz wird gleich zur Einleitung gesagt, daß die neue Kassenerwaltung ein schwieriges Stück Arbeit zu leisten hat, „um die eingeriffene Mißwirtschaft auszuräumen“. Und dann geht es im einzelnen über die „Mißwirtschaft“ her, die natürlich von der „früheren sozialdemokratischen Mehrheit“ stammt. Der frühere Vorsitzende soll noch schnell, bevor die Pertzlichkeit ein Ende nahm, „ein Grundstück an die Krankenkasse zu einem anormal hohen Preis verkauft haben“. Der frühere zweite Vorsitzende und der Schriftführer der Kasse, die als Vertreter der Krankenkasse den Kauf abgeschlossen hatten, wurden noch schnell zu Beamten befördert. „Es sei später eine gerichtliche Taxierung erfolgt“. Hierbei wurde das Grundstück um 20 000 M. billiger taxiert, wie es der Vorsitzende an die Kasse verkauft hatte. Der schon begonnene Neubau wurde sofort eingestellt und weitere Schritte in die Wege geleitet, um den sonderbaren Kauf rückgängig zu machen. Soweit die Notiz, in den bürgerlichen Amts- und Winkelblättern.

Was ist nun eigentlich in der Stolper Krankenkasse vorgegangen, so lange die „sozialdemokratische Mehrheit am Ruder“ war? Die eingeriffene „Mißwirtschaft“, von der die Notiz spricht, wird am besten dadurch gekennzeichnet als das, was sie in Wirklichkeit war, wenn wir darauf verweisen, daß es der „sozialdemokratischen Mehrheit“ gelungen war, bei einer erhöhten Krankenzahl innerhalb zwei Jahren einen Ueberschuß von 40 000 M. zu erzielen

und 60 Proz. Krankengeld zu zahlen, während alle übrigen Klassen am Orte nicht über 50 Proz. herausgeben konnten. Ferner war die Kasse so müßiggelüht geleitet, daß die Ausschüsse sich in schwierigen Fällen von ihr Rat und Hilfe holte. Nach der Umwandlung der Kasse zu einer „Allgemeinen“ war Stolp die erste Stadt im Reiche, deren Kasse einen amtlich bestellten Vorsitzenden erhielt. Dieser, ein Leutnant a. D., legte aber schon nach kurzer Zeit das Amt nieder, nachdem er eingesehen hatte, daß mit den „nationalen Vertretern“ nicht zu arbeiten war.

Daß die Krankenkasse von dem ehemaligen Vorsitzenden ein Grundstück gekauft hat, ist richtig. Dieser Vorsitzende war aber kein Sozialdemokrat. Unwahr ist, daß der Preis des Grundstückes ein anormal hoher gewesen sei. Das Grundstück kostete dem Verkäufer 51 000 M., was bei der Berechnung der Wertzuwachssteuer mit Urkunden belegt worden ist. Für das gleiche Grundstück, das im Werte nicht gesunken ist, hat er von der Kasse nur 45 500 M. erhalten. Kann da behauptet werden, daß 20 000 M. zuviel gezahlt wurden? Im übrigen ist ein Gerichtsverfahren anhängig gemacht worden, das die Angelegenheit genau prüfen wird. Der frühere Vorsitzende hat Strafantrag gestellt.

Und wie steht es mit der schnellen Anstellung der Beamten, die den Kauf gutgehen haben? Am 6. September wurde der Kaufvertrag geschlossen. Am 1. November wurde ein Beamter angestellt, der als Dirigent bei den nationalen Vertretern tätig war. Am 1. Dezember erfolgte die Anstellung des früheren Schriftführers als Kontrolleur. Also der Nichtsozialdemokrat wurde noch vier Wochen eher angestellt, als der Sozialdemokrat und letzterer noch dazu nur als Krankenkassentrolleur. Am 1. Januar kam dann erst der ehemalige stellvertretende Vorsitzende an die Reihe und zwar wurde er Kassendirektor. Fünf Wochen später wurde er aber, da er zu der Zeit auch national geworden war, des wenig angenehmen Kundendienstes enthoben und dafür als Beamter auf der Kasse selbst beschäftigt.

Das ist der Sachverhalt. Von einer angeblich sozialdemokratischen Mißwirtschaft wird wohl niemand etwas entdecken. Wohl aber kann mit Recht von einer nationalen Güntlingswirtschaft gesprochen werden.

Zur Wahrnehmung berechtigter Interessen.

Der § 193 des Strafgesetzbuches schützt denjenigen vor Strafe wegen Verleumdung, der zur Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt hat. Leider besteht über das, was der Begriff „berechtigtes Interesse“ wohlwollend umfaßt, oft eine sehr verschiedenartige Auffassung zwischen dem natürlichen Gerechtigkeitsempfinden des urteilsfähigen Laien und dem durch die Strafrechtlichkeit unserer Strafgesetzbücher beeinflussten juristischen Empfinden mancher Richter. Unsere Rechtspraxis will das „berechtigtes Interesse“ am liebsten auf die nächste Person oder einen bestimmten Kreis beschränken; ein Handeln nach dem alten Grundsatz: einer für alle, alle für einen, wird nicht anerkannt. Im Gegensatz hierzu deutet das natürliche Gerechtigkeitsprinzip darauf, daß jeder, der dazu berufen ist, allgemeine Interessen öffentlich zu vertreten, als berechtigt erscheinen muß, sie zu wahren. Einer Zeitung, die von allen Kreisen täglich um tausenderlei Dinge befragt wird, die berufen ist, aufklärend und unterrichtend zu wirken, sollte man immer das Recht zuerkennen, dem Allgemeininteresse unter die Arme zu greifen. Vorausgesetzt, daß ein besserer, weniger verletzender Weg nicht bestand, um das erstrebenswerte Ziel zu erreichen. (Ein Recht, jemanden aus bloßer Freude oder Schläne zu beleidigen oder zu blamieren, wird man natürlich niemandem einräumen dürfen.) So hat die Zeitung doch geradezu die Pflicht, Mißstände aller Art in objektiver Weise zu kritisieren. Jeder Leser erwartet das von einer Zeitung. Wollen unsere Juristen der Presse das Recht zu dieser Pflicht streitig machen? — Von Interesse zu diesen Ausführungen sind jedenfalls einige Urteilsprüche der Strafkammer des Reichsgerichts:

Berechtigtes Interesse kann nur derjenige wahrnehmen, den die behandelte Angelegenheit wegen seines besonderen Verhältnisses zu ihr nahe angeht. An dieser Voraussetzung fehlt es bei Wahrnehmung allgemeiner politischer Interessen, die den Täter nicht näher angehen als jeden anderen. In einem solchen Falle ist der Verbreiter nicht erweislich wahrer Tatsachen nicht straflos. (4 D 442/13 — 19. 8. 13.) — Die Strafkammer hatte den Angeklagten, der in bezug auf eine Beschwerdeverpflichtung das Wort „Lüge“ gebraucht hatte, auf Grund des § 193 freigesprochen. Das Reichsgericht hat dieses Urteil gebilligt. (1 D 1220/13 — 23. 1. 14.) — Die Strafkammer hat die Anwendbarkeit des § 193 des Strafgesetzbuches verneint, weil aus der Form der in der Eingabe gebrauchten Ausdrücke ungewisselhaft das Vorliegen einer Verleumdung und die Absicht, zu beleidigen, hervorgehe. (1 D 455/13 — 9. 10. 13.) — Die Strafkammer stellt ausdrücklich fest, daß der Angeklagte als Lehrer und Mitglied des Provinzial-Lehrervereins und als von dem Lehrerverein mit der Leitung der Lehrerbildung beauftragter berechtigt gewesen sei, in dieser Zeitung die Mißstände im Schulwesen zur Sprache zu bringen und die Interessen der Vereinsmitglieder zu vertreten; sie versagt ihm aber den Schutz des § 193, weil er nicht „in Wahrnehmung“, gemeint ist offenkundig „zur Wahrnehmung“ berechtigter Interessen gehandelt habe. (Er hätte erst an den ihm bekannten amtlichen Stellen den Beschwerdeveruch beschränken sollen.) Damit ist die Nichtanwendung des § 193 gerechtfertigt; denn zur Anwendung dieser Gesetzesbestimmung genügt es nicht, daß der Täter mit den beleidigenden Äußerungen ein berechtigtes Interesse hätte wahrnehmen können, die Äußerungen müssen vielmehr zur Wahrnehmung eines solchen gemacht sein; der Täter muß mit dem Willen, dieses Interesse wahrzunehmen, gehandelt haben. (4 D 681/13 — 1. 11. 13.) — Es erhebt sich die Frage, wann ein nur „allgemeines“ Interesse im Gegensatz zu einem besonderen des Täters anzunehmen ist. In dieser Richtung genügt es, auf die Darlegung des Reichsgerichts in dem Urteil vom 21. Mai 1894 (R.-G., S. 35, 363, 384, 385) zu verweisen; danach ist unter dem „allgemeinen Interesse“, welches den Begriff der berechtigten Interessen im Sinne von § 193 des Strafgesetzbuches nicht erfüllt, das Interesse der Gesamtheit aller Staatsbürger, das für jedermann im Staate vorhandene Interesse zu verstehen, im Gegensatz zu dem besonderen Interesse des einzelnen, das aber nicht ein höchstpersönliches zu sein braucht, sondern ebenso anzuerkennen ist, wenn es in gleicher Weise im Dienste eines gemeinsamen Band verbunden sind und einen erkennbar gegen die Allgemeinheit abgegrenzten Vereinungskreis bilden, etwa einen Verein, eine Genossenschaft, eine Stadt, oder Landgemeinde, ein Richter- oder Lehrerkollegium und dergleichen mehr. (3 D 95/13 — 20. 10. 13.)

Berichtszeitung.

Die „unzüchtigen“ Tango-Postkarten.

Postkarten mit Federzeichnungen bekannter französischer Künstler bildeten den Gegenstand eines „Sittlichkeitsprozesses“, der die

12. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Wegen Verbreitung unzüchtiger Abbildungen war der Kaufmann Gustav Mandel angeklagt. — Im Auftrage der Staatsanwaltschaft waren im Dezember v. J. in mehreren Papiergeschäften Postkarten beschlagnahmt worden, die ein Tango-Tanzpaar darstellten. Der Tänzer trägt einen Frack, während die dargestellte Dame eine Decolleté-Kalloslette trägt. Von der Kleidung dieser Dame wird, zum Beweise der Unzüchtigkeit der Darstellung, von der Staatsanwaltschaft folgendes gesagt: „Echon diese Kalloslette ist auf dem Rücken eine derartige, daß sie den weiblichen Körper nicht in schamhafter Weise verhüllt (1), sondern vielmehr die Keize desselben in plumper Weise hervorhebt. Auch der Brustauschnitt sei so tief, daß er der Wirklichkeit unähnlich entsprechen kann, vielmehr die Pikanterie der Darstellung zu erhöhen geeignet ist. Außerdem sei die Stellung der tanzenden Paare zueinander so, daß die Vorstellung erweckt wird, als befänden sich die Tanzenden in Gedanken an Vorgängen intimer Art.“ — Gegen diese Hineinlegung des unzüchtigen Namens erhob Rechtsanwalt Georg Leitz I als Verteidiger des Angeklagten Protest. Wenn der Staatsanwalt eine Kalloslette verlange, die die Keize der Frau verhülle, so verlange er etwas Unmögliches. Er wäre dann in der Konsequenz gezwungen, bei den Postbältern einzuschreiten, bei denen bekanntlich ein ziemlich tiefes Decolleté Vordruff sei. Nicht zulässig sei es auch, wenn die Staatsanwaltschaft mit der etwas hart geäußerten Kombination arbeite, die tanzenden Paare könnten Gedanken an Vorgänge intimer Art haben. Es komme lediglich auf das Empfinden des normalen Menschen an, und die Gedanken, die ein solcher beim Anblick eines tanzenden Paares habe, seien wirklich nicht „beschlagnahmefähig“. — Während der Staatsanwalt die Beschlagnahme der Karten und die Verurteilung des Angeklagten beantragte, kam das Gericht, dem Anträge des Verteidigers entsprechend, zu einer Freisprechung auf Kosten der Staatskasse.

Aus aller Welt.

Silowitsch und Badschisch.

Budapest, 8. April. Die von dem österreichisch-ungarischen Konsulat in Neßüb gemeldete Verhaftung des Debrecziner Bombenattentäters Caturan erweist sich als ein Irrtum. Der Chef der Neßüber Polizei erklärte, Caturan sei nicht verhaftet worden, sondern sei nur, angeblich, von einem horigen Gendarmen gefahren worden; dieser Gendarm ist aber seit gestern vollständig bezrunken und konnte deshalb bisher noch nicht vernommen werden.

Eine Idylle aus Neu-Serbien! Ist es nicht herzig? Die es sich nicht, wie aus der Feder eines Modaschreiber? In atemloser Spannung harret die politisch interessierte Welt im Habeburger Reich und weiterhin auf die Kunde, daß man den Rumänen gefaßt oder gesehen hat, der Sprengkapseln gegen den Debrecziner Bischofspalast schleuderte, und schließlich und treuherzig kommt die Meldung: „Hat sich Gendarm Dimitri Pawlowitsch Asteniater gefaßt, ist sich aber besuffa und red't nig!“

Aber wer nunmehr nach der billigen Art des „Simplicissimus“ die Serben wieder als eine Nation von Verschnappten hinstellen möchte, gerät mit der Wahrheit arg ins Hintertreffen. Nach allem, was über den Balkankrieg von 1912/13 bekannt geworden ist, war die serbische Armee die einzige, in der ganze Truppenteile den Feldzug abtrotzen durchnahmen und in denen der Branntweingenuß verboten war. Nachmachen!

Über haben wir auch sonst Grund, uns angesichts des vom Silowitsch übermannen Gendarmen von Neßüb in die Brust zu werfen? Eben ist der Polizeipräsident von Köln über die Dinge gesprochen, und ein neuer Wesen erscheint in der Karnenals-residenz, um einen wahren Anglisten — Badschisch! — auszufegen. Und eben ist in Frankfurt ein Polizeieinspektor wegen Verfehlungen im Amte — Badschisch! — verhaftet worden. Und eben hat man auch in Frankfurt a. Main einen königlich preussischen Polizeikommissar beim Schlafittchen gepackt, weil er — Badschisch! Badschisch! — das Ressort der Sittenpolizei sehr weitberzig verwaltet hat. Und eben ist auch noch in frischer Erinnerung, daß — Badschisch! Badschisch! — in Myslowitz preussische Polizeibeamte dem Mädchenhandel Vorkub geleistet haben.

Das alles drängt sich in wenige Wochen zusammen. Fällt daneben der aufrichtig besoffene Gendarm von Neßüb wirklich noch ins Gewicht? Und sind wir Nicht-Wilden wirklich bessere Menschen?

Noch ein verschollener Dampfer.

Das furchtbare Unwetter in den Gewässern von Neufundland hat noch den Untergang eines dritten Robbendampfers herbeigeführt. Es handelt sich um den Dampfer „Aite“, der seit den Tagen des furchtbaren Blizzards verschollen ist. Der Kapitän des Dampfers „Bloodhound“ berichtet, daß er einen Mann von der Besatzung des Dampfers „Aite“ gerettet hat, alle anderen scheinen umgekommen zu sein. Nach weiteren Angaben desselben Kapitän hat dieser 80 Meilen südlich vom Kap Race große Mengen Schiffstrümmer und eine große Anzahl schwimmender Leichen angetroffen. Man glaubt, daß es sich hier um Ueberreste des am 31. März gescheiterten Dampfers „Southern Cross“ handelt.

Verzweiflungsdakt einer Mutter.

Die 22 Jahre alte Ehefrau des Hilfskassisten Schachtmeider in Posen verlegte Montagabend ihre vier Kinder im Alter von fünf Jahren bis drei Monaten mit einer eisernen Stauchschauer und verübte dann einen Selbstmordversuch. Ein Kind ist bereits gestorben, der Zustand eines zweiten ist äußerst bedenklich; die Frau ist nur leicht verlegt. Der Grund ist darin zu suchen, daß die Frau von ihrem Ehemann geschieden wurde und in den nächsten Tagen die gemeinsame Wohnung verlassen sollte. Sie war als der schuldige Teil erklärt worden.

Schwere Vootsunfälle.

Bei einer Kahnfahrt auf dem Main verunglückte bei Schweinfurt der Glasergehelle Wilhelm Stubenrauch mit seinen beiden Kindern im Alter von acht und sechs Jahren und der zehnjährigen Tochter seines Bruders. Der Kahn wurde von einer starken Strömung erfasst, stürzte um und alle vier Personen ertranken.

Drei junge Mädchen, die sich mit Gondelfahren auf der Saale vergnügten, kamen dem Trostboer Wehr zu nahe und wurden über das Wehr gezogen. Das Voot schlug um. Nur eines der jungen Mädchen konnte gerettet werden.

Auf dem Necker bei Prenzlau ertranken am Dienstag zwei Arbeiter, die eine Ruderpartie unternommen hatten. Zwischen dem See kippte auf bisher nicht aufgeklärte Ursache das Voot um, die beiden Insassen fielen ins Wasser und konnten nicht mehr gerettet werden. Die Leichen sind noch nicht geborgen.

Eisenbahnkatastrophe in Schottland.

Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich Dienstagmorgen in der Nähe der Eisenbahnstation Burntisland in Schottland zugetragen. Der Expresszug von London nach Aberdeen fuhr mit einer Geschwindigkeit von 60 englischen Meilen nahe der genannten Station mit einer Güterzuglokomotive zusammen. Ein Lokomotivführer und ein Heizer wurden getötet, vier Reisende wurden schwer verletzt. Durch die Gewalt des Stohes wurde die Maschine des Expresszuges neben die Gleise auf das Feld geworfen, wobei sie zwei Wagen mit sich riss. Viele Reisende sind wie durch ein Wunder dem Tode entronnen.

Gegenfäße.

In einem bürgerlichen Blatte wird gemeldet, daß wohl die allerlobbarste Garderobe der Welt der Papst besitze. Die Toilette verlangt von ihm, daß er jeden Tag des Jahres andere Gewänder trägt, und da diese fast alle mit den kostbarsten und seltensten Edelsteinen verziert sind, dürfte kein Millionär hoffen, sie erwerben zu können, selbst wenn ihm ein Preis dafür angegeben würde. Die kleinen Kopfbedeckungen (Käpfe) des Papstes sind aus der allerfeinsten Seide hergestellt und seine besitzten samtlichen Pantoffeln bieten einen prächtigen Anblick. Noch kostbarer sind seine Handschuhe aus weißer Wolle, die in Kreuzesform mit barocklichen Verzierungen versehen sind. In Rom wird eine besondere Herde von 50 Schafen gehalten, deren Wolle nur zu Kleidungsstücken des Papstes dient. Die Stola des Oberhirten besteht ausschließlich aus den kostbarsten, feinsten Spitzen, während eine Art längerer Mantels, die cappamagna, der nur selten getragen wird und dann von den Schultern gerade hinabhängt, von oben bis unten durchsichtig aus Gold und kostbaren Steinen blendend glitzert. Auch die mit vielen Juwelen von unvergleichbarer Pracht besetzten Ringe des Papstes entziehen sich völlig jeder Schätzung ihres Geldwertes.

Eine brennende Erdgasquelle.

In der Nähe der ungarischen Ortschaft Magharjaro brach vor vulkanartigem Donnergetöse bei den staatlichen Bohrungen das Erdgas aus und entzündete sich. Eine riesige Feuerzunge ist auch hier sichtbar. Seit Montagabend erstreckt sich das Herdvorquellen des Gases auf über 100 Joch. Da das Gas sich an mehreren Stellen entzündete, sind bereits mehrere Gebäude abgebrannt. Infolge der durch die Gasausströmung hervorgerufenen Bodenveränderungen hat sich der Sarosbach ein neues Bett gebahnt.

Sozialdemokratische Umtriebe.

In einem ostpreussischen Ort hatte der Bahnmeister erfahren, daß einer seiner Eisenbahnarbeiter nicht zur Stadtvorordnetenwahl gegangen war. Dabei hatte er ihm eine Stunde Urlaub gegeben und an zahlreichen väterlichen Ermahnungen, unter allen Umständen zur Wahl zu gehen, hatte es wirklich nicht gefehlt. Der Mann hatte wohl sein Fernbleiben von der Wahl mit einer plötzlichen Krankheit entschuldigt, doch die kannte der Bahnmeister. Sie stellte sich bei öffentlichen Wahlen recht häufig in seinem Betriebe ein. Der Arbeiter war ihm gewiß schon dadurch verdächtig gekommen, daß er keinen Schnaps trank, doch der Bahnmeister hat das leider zu leicht genommen.

Eines Tages nun beauftragte der Bahnmeister den verdächtigen Arbeiter, einen Signalmast rot und weiß anzufreihen. Der Mann machte sich auch an die Arbeit, hatte jedoch vergessen, die weiße Farbe mitzunehmen und strich zuerst den Mast von oben bis unten rot an; die weiße Farbe wollte er das nächste Mal auftragen. Als der Bahnmeister hinzukam, stand es für ihn fest, daß der Arbeiter auf diese Weise nur seine sozialdemokratische Gesinnung hätte zum Ausdruck bringen wollen. Und er entließ den Arbeiter auf der Stelle wegen staatsgefährlicher sozialistischer Umtriebe.

Kleine Notizen.

Vorbereitungen zur Taufe. Die kirchlichen Eheleute in Thiemendorf im Kreise Lauban wollten am Dienstag die Taufe ihres Kindes abhalten. Wegen der in Aussicht genommenen Feierlichkeit entstand zwischen den Eheleuten ein Streit, der in Fäuligkeiten ausartete. Der Mann erkrankte hierbei die Frau mit einer Art Erbsenruhr.

So gefährliche Panik im Theater. Im Stadttheater zu Tortosa in Spanien brach infolge eines blinden Feuerlärms eine Panik aus. 20 Frauen und Kinder wurden im Gedränge schwer verletzt.

Deutsche Opfer der Fremdenlegion. Die aus Saigon gemeldet wird, sind bei den Kämpfen mit Chinesen an der Tonkinischen Grenze unter andern drei deutsche Fremdenlegionäre gefallen und zwar Manid aus Klagen in Esch-Lothringen, Mathies aus Magig und Aid aus Naibingen.

Einwurfskatastrophe in Algier. Im Eingeborenenviertel in Algier stürzte eine Terrasse eines Hauses ein, in dem sich ein arabisches Café befand. Drei Mohammedaner wurden getötet, zehn schwer verletzt. Man befürchtet, daß noch weitere Leichen unter den Trümmern sich befinden.

Sieben Menschen verbrannt. In Boston kam in einem fünfstöckigen Wohnhause ein Brand aus, der sich so schnell verbreitete, daß sieben Personen sich nicht mehr retten konnten. Unter den Trümmern fand man ihre teilweise verkohlten Leichname.

Briefkasten der Redaktion.

Die literarische Sprechstunde findet **Montag** ab 6 Uhr, **Donnerstag** ab 4 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsbestätigung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

Zub. trib. Senden Sie sich um Auskunft in dieser Sache an die Zentralkommission der Krankenkassen, Berlin, Alexanderstraße 39/40, — eine Karte an den Vorsitzenden des Reichsrats Berlin, Poststr. 18 Schmidt, bei der Stützungsdeputation des Reichsrats Berlin, Poststr. 18 zu erhalten. — **R. 86.** Bund der Mutterland, Kasselerstraße 11, Frau Müller, Berlin S., Regensburger Str. 14a (Sprechstunden 10—11). — **W. 6. 26.** Private Institute empfehlen wir nicht. Im Berliner Adressbuch, Band 2 finden Sie die gewünschten Adressen. — **S. 2. 93.** In der königlichen Staatsbibliothek, Berlin, Schumannstr. — **Walter Sprenger.** Ober-Schöneweide, Wilhelmstr. — **R. G. 3677.** Alter nicht unter 30 und nicht über 50 Jahre. Stroh 300 Pf., Kautschuk in der Charlö vom 1. Oktober

bis Ende März, Meldungen bei dem für den Wohnort der Bedienten zuständigen Kreisamt und demnach bei dem künftigen Polizeipräsidium. — **G. 8. 33.** Fragen Sie bei dem betreffenden Landgericht an. — **W. 8. 26.** Rein. — **Kosmos 21.** Uns nicht bekannt. — **Imperator.** 250 Meter lang, 32 Meter hoch, 2 1/2 Knoten in der Stunde, der Kohlenverbrauch ist uns leider nicht bekannt.

A. 8. 23. Die Kosten sind richtig berechnet. Zahlen Sie sofort, sonst haben Sie Zwangsversteigerung zu erwarten. — **33 Johannisthal.** Sie können die Sachen durch einen Gerichtsvollzieher öffentlich versteigern lassen, nachdem Sie vom Schuldner unter Stellung einer Pfand die Einlösung unter Androhung der Versteigerung geordert haben. Laagerfeld können Sie unteres Erachtens nicht verlangen. — **Reinheim.** Auf Verlangen müßten Sie die Strafen angeben. Richten Sie vor dem Termin ein Gesuch an das Gericht, Sie nach den Vorstrafen nicht zu befragen.

V. J. 25. 1. Ja, soweit Nachlaß des Vaters vorhanden war. 2. Ja, falls Ihr Eigentum, andernfalls nur mit Zustimmung der Miterben.

Neustolln. A. 84. Sie haben Anspruch auf die drei Tage. Handelt es sich bei der Unternehmung immer um dieselbe, auch nicht gebilligte Anträge, so erlischt die Unterhaltungsspflicht, wenn für 24 volle Wochen Krankenunterstützung ausbezahlt worden ist. — **A. P. Bernau.** Ja, da im Gesetz vorgelesen. — **Neub. 2.** Ihr Sohn kann am 16. die Stellung verlassen. — **W. 29. 99.** Für die Zeit vom 1. Januar bis einschließlich Dezember 1913. Die Kündigung ist rechtswirksam, da für Sie die gesetzliche vierzehntägige Kündigungsfrist maßgebend ist. Einen Anspruch auf Fortzahlung des Lohnes haben Sie nicht, sofern die Krankheitsdauer die 14 Tage übersteigt. — **P. 8. 11.** 1. Ja, sofern Ihre Mutter im Sinne des Gesetzes invalide ist. 2. Um zwei. 3. Fragen Sie bei der Stützungsdeputation des Reichsrats an. — **G. 29. 49.** Unteres Erachtens ja. Der Antrag ist an die Ortsbehörde zu richten. — **R. 8. 37.** 1. Ja. 2. Beim Polizeipräsidium in Charlottenburg. — **R. 29. 14.** 1. Ja, sofern die Kinder nicht das 17. Lebensjahr erreicht haben. 2. Unteres Erachtens sind Patente für die Kinder nicht erforderlich. Erkundigen Sie sich doch noch bei dem Reichsamt der Schiffsahrtsgesellschaft. 3. Rein. 4. Eventuell eine Vollmacht. 5. Unteres Erachtens nein.

J. 2. 100. Nach Ihrer Darstellung haben Sie an Ihrem Kollegen einen Zahlungsanpruch, der beim Gewerbeamt geltend zu machen ist. — **Z. Steglitz.** 1. Sie können die Beträge beanspruchen, die die Krankenkasse nach dem Statut zu gewähren verpflichtet ist für den Fall ihrer Krankenbehandlung. 2. Rein, da die neue Erwerbslosigkeit in das neue Steuerjahr 1914. — **P. 2. 100.** 1. Bei Ermäßigungen aus § 19 kommen Ermäßigungen um Steuern in Frage. Im übrigen haben Sie, da eine Unterhaltungsspflicht gegenüber der Schwiegermutter nicht besteht, keinen Anspruch auf Anwendung des § 19. Es könnte sich eventuell nur um § 20 (Berücksichtigung bei der Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen) handeln, wenn Sie die Einkünfte der Schwiegermutter in das neue Steuerjahr 1914. 2. Rein, da die neue Erwerbslosigkeit in das neue Steuerjahr 1914. 3. Rein, fahrig nur dann, wenn Sie vermöge Ihrer Beschäftigungsart genötigt sind, häufig die Arbeitsstelle zu wechseln.

Neustolln. Ja, legen Sie sich mit der Handwerkskammer in Verbindung, dort erfahren Sie auch den Kostenbetrag. — **A. J. Rein.**

24713*

Militarismus, Krieg und Arbeiterklasse

Rosa Luxemburg vor der Frankfurter Strafkammer

Ausführlicher Bericht über die Verhandlungen am 20. Februar 1914. — — — Preis 10 Pf.

Dieser Prozeß, eine der feinsten Blüten preussisch-deutscher Rechtsprechung, der mit der Beurteilung unserer Genossin Luxemburg zu einem Jahr Gefängnis endete, hat überall berechtigtes Aufsehen erregt. So interessant nun auch die Ausführungen des Staatsanwaltes sein mögen, auch die Urtergerichte bei der Anwendung der zur Beurteilung benötigten Paragraphen, alles dies wird in den Schatteln gestellt durch die mütterliche und aufrechte Verteidigerrede unserer Genossin Luxemburg.

Dieser Prozeß wirkt aufpeitschend. Sorgt für eine Massenverbreitung dieser Broschüre!

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstr. 69

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE ALEXANDERPLATZ FRANKFURTER ALLEE

Dieses Angebot zeichnet sich durch Besondere Preiswürdigkeit aus.

Tafelgeschirr „Feston Goldrand“		Waschgarnituren	
Speiseteller	28 Pf.	Jena 5teilig	2 65
Suppenteller	28 Pf.	Golf 5teilig	3 75
Abendbrotteller	20 Pf.	Jenny 5teilig	4 25
Kompotteller	15 Pf.	Strassburg 5teilig	5 75
Kaffeegeschirr „Goldrand“ „konisch“		Küchengerät	
Kaffeekannen	33, 50 Pf. bis 1 50	Vorratsst. 48 Pf.	50 Pf. 85 Pf.
Teekannen	80 Pf. 1 00 1 45 1 95	Gewürztonne	22 Pf. 25 Pf. 35 Pf.
Zuckerdosen	50, 75 Pf.	Essig- od. Oelfl.	48 Pf. 50 Pf. 85 Pf.
Milchgiesser	12, 16, 20 bis 60 Pf.	Salz- o. Mehlmst.	90 Pf. 1 15 2 15
Tassen	25 Pf.		
Kaffeesevice „Porzellan“		Präglas-Service „Vulkan“	
neue Formen, hübsche Dekore		Kompotteller	5 Pf.
5teilig für 2 Personen	1 45 2 10 3 25	Kuchenteller	30, 38 Pf.
9teilig f. 6 Personen	2 75 2 95 3 65 4 75 5 95	Kompottieren	8, 10, 18, 25 Pf.
16teilig für 12 Personen	9 75 10 90 12 80	Butterglocken	25 Pf.
Tafelservice „gute Steingut-Quantität“		Käseglocken	38 Pf.
mit netten Randmustern		Zuckerschalen	12, 15 Pf.
Magdeburg 5teilig, für 6 Personen	4 95	Fruchtschalen	78 Pf.
Prag 5teilig, für 6 Personen	6 75	Zitronenpressen	8, 12 Pf.
Wien 5teilig, für 6 Personen	8 50	Bierbecher glatt, ohne Eiche	8 Pf.

Wirtschafts - Artikel

Eierversandkisten	geinkt 1 45 1 75 2 15	Emaille-Geschirre	
Aermelbretter bezogen	38, 75 Pf.	Schmortöpfe ohne Ring	30, 45, 55 Pf.
Plättbretter bezogen	1 75 2 45 2 90	Gastöpfe mit Deckel	75, 90 Pf. 1 00
Wäscheleinen Aloe	1 65 2 25 2 75	Kasserollen ohne Ring	28, 35, 45 Pf.
Waschwannen Zink	5 90 7 25 9 25	Pfannen mit Sieb	25, 30, 40, 50 Pf.
Waschzuber Zink	7 25 9 25 11 25	Wasserkessel	85 Pf. 1 15 1 35
Brot Schneidemaschine	2 85	Wassereimer	65, 75, 85, 95 Pf.
Spirituskocher 25, 35 Pf.	mit Ballen 2 75	Toiletteimer	95 Pf.
Gaskocher	85 Pf. 1 00 3 75 8 00	Mülleimer	90 Pf. 2 00 2 35
Wandkaffeemühlen	1 90 2 75 3 50	Wannen	1 35 1 65 2 15 2 35
Messerputzmaschine	5 00 5 75	Fusswannen oval mit Wulst	2 90
Reibemaschinen	85 Pf. 1 10 1 65	Teesiebe	10, 15 Pf.
Wirtschaftswagen	1 50 1 85 2 25	Wasserkrüge dekoriert	2 25
Rosshaarbesen	1 25 1 45 2 10 2 60	Schüsseln zur Garnitur dekoriert	2 50
Rosshaarhandfeger	65, 80, 95 Pf. 1 35	Kaffeekannen dekoriert	85 Pf. 1 00 1 25
Borstenbesen	75 Pf. 1 10 1 35	Teekannen dekoriert	60, 80, 95 Pf.
Borstenhandfeger	35, 45, 60 Pf.	Eimer dekoriert	95 Pf. mit Deckel 1 65
Garten-Geräte			
Gartenschlauch	95 Pf. 1 35 1 90	Balkonkästen	40 60 80 100 Pf. bis 1 10
Motor		Blumenkübel grün	2 00 2 75 3 50
Giesskannen lackiert	28, 40 Pf. bis 1 25	Schlauchrollen	6 50 9 00 11 00
Giesskannen blank	80 Pf. 1 00 1 35 1 55		

Besonders billige Posten

Tassen mit Untertassen	Porzellan, kobalt an, Steingut, mit Goldrand	18, Porzellan, Golddekor.	18, Porzellan, weiß ger.	22 Pf.
Blumenkübel	in verschiedenen Ausführungen	9, 18, 22, 28, 35, 45 bis	95 Pf.	
Karlshader Kaffee-Maschinen	Porzellan für 2 Pers.	1 65 für 4 Pers.	1 85 für 6 Pers.	2 35
Sturzfflaschen	28 Pf.	Weissbier-Pokale	0,5 Liter	20 Pf., 0,6 Liter 32 Pf.

ca. 10 000 Kilo weisses Porzellan
mit nur kleinen Schönheitsfehlern, enorm billig

Besonders billige Posten

Obstmesser mit Horngriff	45 Pf.	Isolierflaschen	1/2 Liter Inhalt	90 Pf.
Fleischmesser	38 Pf.	Zuckerdosen	Emaille	25 Pf.
Stahl-Scheren	45 Pf.	Saugsauger		8 50

Ein Posten vernickelter Metallwaren
Kaffee-, Teekannen, Sahnengießesser, Zuckerdosen, Brotkörbe enorm billig!

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Neustolln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Wode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.